

Ordentlicher Landesparteitag der NRWSPD  
am 6. März 2021



# **Antragsbuch I**

## **Leitanträge (L)**

# **Antragskommission**

zum ordentlichen Landesparteitag  
der NRWSPD am 6. März 2021

Dogan, Aylin	Landesparteirat
Kammerevert, Petra	Landesvorstand
Kämmerling, Stefan	Landesparteirat
Kampmann, Christina	Landesparteirat
Kapteinat, Lisa-Kristin	Landesparteirat
Lemmen, Veith	Landesparteirat
Lüders, Nadja	Landesvorstand
Maelzer, Dennis	Landesparteirat
Neumann, Josef	Landesparteirat
Ott, Jochen	Landesparteirat
Rimkus, Andreas	Landesparteirat
Rosenthal, Jessica	Landesparteirat
Stinka, André	Landesvorstand

Sprecherin der Antragskommission: Nadja Lüders

## Informationen zu Änderungsanträgen

Antragsschluss für Änderungsanträge ist Mittwoch, 24. Februar 2021  
(24.00 Uhr). Bitte sendet Änderungsanträge an [antraege.nrw@spd.de](mailto:antraege.nrw@spd.de).

## Inhaltsverzeichnis

### Antragsbereich 02: Leitanträge (L)

1

#### L-01

**Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD**

Solidarpakt Zukunft

*Empfehlung der Antragskommission:*

*Annahme in Fassung der Antragskommission* . . . . . 1

#### L-02

**Antragsteller: NRW Jusos**

Stärker zurückkommen: Die neue Normalität muss eine bessere sein! – Ansätze für eine progressive Politik nach Corona

*Empfehlung der Antragskommission:*

*Erledigt durch Annahme von L-01 in Fassung der Antragskommission* . . . . . 49

#### L-03

**Antragsteller: Forum Eine Welt der NRWSPD**

Krise als Chance. Eine Welt nach Corona

*Empfehlung der Antragskommission:*

*Erledigt durch Annahme L-01 in Fassung der Antragskommission* . . . . . 63



Antragsbereich 02: Leitanträge (L)

1 L-01

2 Antragsteller: Landesvorstand der NRWSPD

3

4 Der Landesparteitag möge beschließen:

5

6 Solidarpakt Zukunft

7

8 Solidarpakt Zukunft

9

10 Keine Herausforderung seit Ende des Zweiten Welt-  
 11 krieges haben unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft  
 12 und jede Einzelne und jeden Einzelnen so gefordert wie  
 13 Corona-Pandemie. Es geht um die Bekämpfung der Aus-  
 14 breitung des Virus zum einen und um die Abmilderung  
 15 der wirtschaftlichen und sozialen Folgen dieses Vorge-  
 16 hens zum anderen. Wir sehen: Wir haben es bislang ge-  
 17 meinsam und oft solidarisch geschafft – doch die Aus-  
 18 wirkungen und Herausforderungen wirken stark unter-  
 19 schiedlich auf Branchen, Beschäftigte, Wirtschaftszwei-  
 20 ge, Familien, unser Bildungs- und Gesundheitssystem.

21  
 22 Deutschland und Nordrhein-Westfalen waren binnen  
 23 weniger Tage nicht mehr wiederzuerkennen: Schulen  
 24 und Kitas blieben geschlossen, Geschäfte und Restau-  
 25 rants ebenfalls, die Fußballstadien waren verwaist, Ur-  
 26 laubsreisen verboten, selbst das Treffen mit Familie  
 27 und Freunden untersagt. Gesellschaft und Staat haben  
 28 schnell und beherzt reagiert – doch Verunsicherungen  
 29 entstanden durch unterschiedliches Vorgehen in den  
 30 Ländern und widersprüchliche Kommunikation. In einer  
 31 Krise sind Orientierung, Klarheit und Zusammen-  
 32 halt gefragt wie nie. Unser Sozialstaat hat sich bewie-  
 33 sen: Durch die richtigen politischen Weichenstellungen  
 34 kann Massenarbeitslosigkeit durch Kurzarbeit verhin-  
 35 dert werden und Ressourcen für ein zuvor schon belas-  
 36 tetes Gesundheitssystem bereitgestellt werden, um nur  
 37 zwei Beispiele zu nennen.

38  
 39 Umgehend wurden Soforthilfen beschlossen, um Exis-  
 40 tenzen zu sichern. Und um der Wirtschaft einen kräfti-  
 41 gen Schub zu geben, haben wir im Bund ein Konjunk-  
 42 turprogramm beschlossen, das sozial gerecht ist – und  
 43 unser Land auch ökologisch nach vorne bringt. Ein Pro-  
 44 gram für Familien, für Kommunen, für Auszubildende,  
 45 für kleine und mittelständische Unternehmen, für die  
 46 Kultur und die Umwelt. Doch es bleibt auch die Erkennt-  
 47 nis, dass es nach der Corona-Pandemie nicht wieder so  
 48 sein wird wie zuvor. Die Pandemie wird ein Ende finden,  
 49 aber unseren Alltag, die Arbeit und das Leben auf Dauer  
 50 verändern. Die zentralen Fragen rücken wir in den Mit-  
 51 telpunkt. Was wollen wir zum Besseren verändern und  
 52 damit die Frage aus Sicht der Sozialdemokratie beant-  
 53 worten: Wie geht es für NRW weiter?

54

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme in Fassung der Antragskommission

Solidarpakt Zukunft

Keine Herausforderung im 21. Jahrhundert fordert je-  
 jede Einzelne und jeden Einzelnen, unsere Gesellschaft  
 und unsere Wirtschaft wie die CoronaPandemie. Es geht  
 zum einen um die Bekämpfung der Ausbreitung des Vi-  
 rus und zum anderen um die Abmilderung der sozia-  
 len und wirtschaftlichen Folgen. Bislang haben wir vie-  
 les gemeinsam, oft solidarisch und in kürzester Zeit ge-  
 schafft. Doch wir sehen auch, dass die Auswirkungen  
 der Pandemie und die daraus resultierenden Herausfor-  
 derungen sehr unterschiedlich auf Beschäftigte, Fami-  
 lien, unser Bildungs- und Gesundheitssystem, auf Bran-  
 chen und Wirtschaftszweige wirken.

Deutschland und damit auch Nordrhein-Westfalen wa-  
 ren seit März 2020 binnen weniger Tage nicht mehr wie-  
 derzuerkennen: Schulen und Kitas blieben geschlossen,  
 Geschäfte und Restaurants ebenfalls, die Fußballstadi-  
 en verwaist, Urlaubsreisen abgesagt, selbst Treffen mit  
 Familie und Freunden massiv eingeschränkt. Diese, teil-  
 weise massiven Grundrechtseingriffe haben wir im Lau-  
 fe des Jahres 2020 und bis in den Februar 2021 immer  
 wieder erleben müssen vom Lockdown in die Lockerun-  
 gen und umgekehrt.

Es hat sich zum einen deutlich gezeigt, wie wichtig  
 ein funktionierender solidarischer Sozialstaat ist. Durch  
 die richtigen politischen Weichenstellungen kann Mas-  
 senarbeitslosigkeit durch Kurzarbeit verhindert werden  
 und durch die Bereitstellung von finanziellen Ressour-  
 cen ein schon zuvor belastetes Gesundheitssystem der  
 Druck gemildert werden, um nur zwei Beispiele zu nen-  
 nen.

Durch den vehementen Einsatz unserer Bundesvorsit-  
 zenden, Saskia Esken und Norbert Walter-Borjans so-  
 wie durch die Beharrlichkeit unseres Bundesfinanzmi-  
 nisters und Spitzenkandidaten Olaf Scholz konnten wir  
 im Bund ein Konjunkturprogramm beschließen, das so-  
 ziale Härten abfedert und unser Land auch ökologisch  
 nach vorne bringt. Ein Programm für Familien, für Kom-  
 munen, für Auszubildende, für kleine und mittelständ-  
 iche Unternehmen, für die Kultur und Klima.

Die Corona Pandemie wird ihr Ende finden; auch durch  
 die hoffentlich bald einsetzenden, flächendeckenden  
 Impfungen. Was allerdings bleiben sollte, ist das Be-  
 wusstsein, dass sich in vielen gesellschaftlichen Berei-  
 chen bereits jetzt, aber auch langfristig nach Beendi-

55 Auch wir müssen die Lehren aus der Corona-Pandemie  
 56 ziehen. Die gesamte öffentliche Daseinsvorsorge, das  
 57 Gesundheitswesen, Altenpflege, Wirtschaft und Be-  
 58 schäftigte, Bildung, Familien und Kommunen – alle ha-  
 59 ben sich bewiesen, haben ihr Stärken gezeigt. NRW ist  
 60 zusammengerückt, ist solidarisch. Doch auch Schwach-  
 61 stellen und Versäumnisse haben sich gezeigt: Teils sind  
 62 diese Schwachstellen neu, aber in vielen Bereichen  
 63 wirkt die Pandemie wie ein Brennglas und zeigt dras-  
 64 tisch, wo wir Probleme haben liegen lassen. Das war  
 65 und ist fahrlässig und teils gefährlich.

67 Mit fast 18 Millionen Menschen ist NRW das bevölke-  
 68 rungsreichste Bundesland. Wir können und wir werden  
 69 Vorbild sein – in Deutschland, aber auch für Europa. Wir  
 70 wollen die Probleme anpacken. Wir bezeichnen uns ge-  
 71 rne als die Weltmeister des Strukturwandels – das wer-  
 72 den wir nun erneut unter Beweis stellen. Diese Umbrü-  
 73 che erfahren nicht zuletzt durch die Corona-Pandemie  
 74 eine Beschleunigung und stellen in der Kombination  
 75 mit der Pandemie einen zusätzlichen Stresstest dar.

77 Deshalb braucht es einen Solidarpakt Zukunft für NRW.  
 78 Die NRWSPD hat gemeinsam mit VertreterInnen aus  
 79 ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen –  
 80 Partei, Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und  
 81 Zivilgesellschaft – Ideen entwickelt, um die richtigen  
 82 Lehren aus der Pandemie zu ziehen. Wir haben Lösun-  
 83 gen formuliert. Kein leichter, sondern ein anspruchsvol-  
 84 ler Weg. Wir wollen in unser Land investieren. Aber  
 85 diese Investitionen müssen sich daran messen lassen,  
 86 zukunftstauglich zu sein. Wir wollen Fortschritt – und  
 87 der ist ökologisch, aber vor allem sozial gerecht. Dabei  
 88 setzen wir auf ein solidarisches Miteinander: wir wol-  
 89 len die unterschiedlichen Regionen und Teile der Gesell-  
 90 schaft zusammenhalten, indem wir allen eine gute Per-  
 91 spektive bieten. So schaffen wir Sicherheit im Wandel  
 92 und Akzeptanz in der Bevölkerung. Das ist der Solidar-  
 93 pakt Zukunft für NRW.

94  
 95 **Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft**

96  
 97 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass die Digitalisie-  
 98 rung im Bildungswesen kein Selbstzweck ist. Sie hat das  
 99 Lernen auf Distanz ermöglicht. Doch auch abseits von  
 100 Corona liegen große Potenziale in der Digitalisierung.  
 101 Sie ermöglicht mehr Teilhabe und Chancengleichheit. Es  
 102 ist unser Kernanliegen, dass alle Kinder und Jugendliche  
 103 davon profitieren.

104  
 105 Fast 3 Millionen Kinder lebten in NRW. Und es werden  
 106 mehr, die Geburtenrate steigt, 2019 wurden in NRW  
 107 knapp 170.000 Kinder geboren. Daher wird auch ab-  
 108 sehbar die Zahl der SchülerInnen an den NRW-Schulen  
 109 deutlich steigen. Rund 620.000 Mädchen und Jungen  
 110 unter sechs Jahren werden in NRW in Kindertagesein-  
 111 richtung betreut – Tendenz steigend. Jährlich absolvier-  
 112 ten rund 300.000 – zumeist junge – Menschen in NRW  
 113 eine duale Ausbildung. Und an den NRW-Hochschulen

gung der Pandemie etwas verändern muss. Ein einfa-  
 ches „Zurück“ darf es nicht geben. Die NRWSPD ist dazu  
 bereit. Wir geben Orientierung und rücken die zentralen  
 Fragen in den Mittelpunkt.

So hilfreich die Soforthilfeprogramme waren und sind,  
 so stark sich die Solidarität der Menschen nicht nur im  
 Gesundheitsbereich, in der Altenpflege, in den kommun-  
 alen Behörden, dem Einzelhandel oder Gastronomie,  
 im Bildungsbereich und insbesondere in den Familien  
 gezeigt hat, dürfen die finanziellen Hilfen und der Ap-  
 plaus nicht weiße Salbe zum Überdecken der grund-  
 sätzlichen strukturellen Probleme sein. Vielmehr müs-  
 sen wir die Pandemie auch als Weckruf begreifen, um  
 Lehren aus dem Bisherigen zu ziehen, neue Ideen zu  
 entwickeln und diese dann auch mutig durchsetzen.

Mit fast 18 Millionen Menschen ist NRW das bevölke-  
 rungsreichste Bundesland. Wir können und wir werden  
 Vorbild sein – in Deutschland, aber auch für Europa. Wir  
 wollen die Probleme anpacken. Wir bezeichnen uns ge-  
 rne als die Weltmeister des Strukturwandels – das wer-  
 den wir nun erneut unter Beweis stellen.

Deshalb braucht es einen Solidarpakt Zukunft für NRW.  
 Die NRWSPD hat gemeinsam mit VertreterInnen aus  
 ganz unterschiedlichen gesellschaftlichen Bereichen –  
 Partei, Wissenschaft, Wirtschaft, Gewerkschaften und  
 Zivilgesellschaft – Ideen entwickelt, um die richtigen  
 Lehren aus der Pandemie zu ziehen und Perspektiven  
 zu geben. Wir haben Lösungen formuliert. Wir wol-  
 len in unser Land investieren. Diese Investitionen müs-  
 sen sich daran messen lassen, zukunftstauglich zu sein.  
 Wir wollen Fortschritt – der ökologisch, aber vor al-  
 lem sozial gerecht ist. Dabei setzen wir auf ein solida-  
 risches Miteinander- auch und gerade weil Nordrhein-  
 Westfalen so unterschiedlich und vielfältig ist: wir wol-  
 len die unterschiedlichen Regionen und Teile der Gesell-  
 schaft zusammenhalten, indem wir allen Perspektiven  
 bieten. Wir schaffen Sicherheit im Wandel.

**Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft**

Fast 3 Millionen Kinder leben in NRW – Tendenz stei-  
 gend. Rund 620.000 Mädchen und Jungen unter sechs  
 Jahren werden in NRW in Kindertageseinrichtung be-  
 treut. Jährlich absolvierten rund 300.000 – zumeist jun-  
 ge – Menschen in NRW eine duale Ausbildung. Und an  
 den NRW-Hochschulen sind etwa 768.000 Studierende  
 eingeschrieben. Sie sind die Zukunft von NRW und sie  
 alle verdienen beste Bildung.

Auf beste Bildung müssen Kinder und Jugendliche auch  
 in der Krise vertrauen dürfen. Dafür setzen wir ihren Er-  
 folg an erste Stelle und hören ihnen zu. Denn es braucht  
 gute Kommunikation, schlüssige Handlungsanweisun-  
 gen und verlässliche Perspektiven. Die schwarz-gelbe  
 Landesregierung führt schmerzlich vor Augen, wie Ver-  
 trauen bei Kindern, Jugendlichen, Eltern, Schulleitun-  
 gen und Lehr-Personal verspielt wird. Anstatt Chaos zu

114 sind etwa 768.000 Studierende eingeschrieben. Sie sind  
115 das Potenzial von NRW und sie alle verdienen beste Bil-  
116 dung.

117  
118 Knapp jede/jeder fünfte Minderjährige in NRW lebt je-  
119 doch in einer Familie, die aus eigenen Kräften nicht in  
120 der Lage ist, für den gemeinsamen Lebensunterhalt zu  
121 sorgen. Sie leben in Armut oder sind von ihr bedroht.  
122 Weder die soziale oder kulturelle Herkunft noch die Fi-  
123 nanzkraft der Eltern dürfen jedoch nicht über die Bil-  
124 dungschancen von Kindern und Jugendlichen entschei-  
125 den.

126  
127 Wir wollen Chancengleichheit und dazu gehört auch,  
128 dass alle Kinder und Jugendliche von der Digitalisierung  
129 profitieren. Wir müssen Kinder, Jugendliche und Bil-  
130 dungseinrichtungen entsprechend ausstatten. Die digi-  
131 tale Bildungsagenda braucht einen echten politischen  
132 Aufbruch.

- 133  
134 • **Wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Digita-**  
135 **lisierung im Bildungswesen. Sie muss bei der frü-**  
136 **hen Bildung ansetzen und über allgemeine- und be-**  
137 **ruftsbildende Schulen sowie Ausbildung bis zu den**  
138 **Hochschulen gehen.**

139  
140 *Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft S. 6*

141  
142 **Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fortschritt**  
143

144 Mehr als ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Deutsch-  
145 land, rund 9,6 Millionen Menschen, sind in NRW be-  
146 schäftigt. Sie haben im Jahr 2019 Güter und Dienst-  
147 leistungen mit einem Wert von mehr als 710 Milliar-  
148 den Euro produziert. Das sind rund 21 Prozent der ge-  
149 samten deutschen Wirtschaftsleistung. 10 der 30 DAX-  
150 Unternehmen haben ihren Firmensitz in NRW. Damit ist  
151 NRW nicht nur der Motor innerhalb Deutschlands, son-  
152 dern auch innerhalb Europas ein echtes Schwergewicht.  
153

154 Und NRW soll Schwergewicht bleiben. Doch dafür müs-  
155 sen wir investieren. Bereits vor der Pandemie war die  
156 NRW-Industrie in keiner guten Verfassung. Die Globali-  
157 sierung, Handelsstreitigkeiten und der Brexit haben uns  
158 zugesetzt. Gleichzeitig stecken wir durch den Klima-  
159 wandel mitten im Umbau der Wirtschaft. Vor diesem  
160 Hintergrund treffen uns die wirtschaftlichen Folgen der  
161 Pandemie besonders schwer. Unternehmen, die bisher  
162 in Schwierigkeiten steckten, ringend jetzt um Luft. Aus  
163 Handlungsdruck wird nun echter Zeitdruck.  
164

165 Wir wollen dieser Herausforderung durch Fortschritt  
166 begegnen. Im Angesicht der Lage sind für uns „ver-  
167 walten“ oder gar „aussitzen“ keine Optionen. Der Fort-  
168 schritt ist ökologisch – aber vor allem sozial. Daher müs-  
169 sen wir jetzt in Zukunftstechnologien und in die dafür  
170 nötige Infrastruktur investieren. Nur so werden wir die  
171 Herausforderungen der Energiewende und der digita-  
172 len Revolution meistern. Wir wollen unsere Wirtschaft

stiften, muss die Landesregierung die vielen engagier-  
ten Schulleitungen, Eltern, LehrerInnen, Sozialarbei-  
terInnen und SchülerInnen endlich bestmöglich unter-  
stützen und anerkennen, dass dieses Schuljahr eben  
kein normales ist.

Die Corona-Pandemie hat auch gezeigt, dass die Digi-  
talisierung im Bildungsbereich kein Selbstzweck ist. Sie  
hat das Lernen auf Distanz an vielen Orten, aber längst  
nicht allen ermöglicht. Doch auch abseits von Corona  
liegen große Potenziale in der Digitalisierung. Sie er-  
möglicht mehr Teilhabe und Chancengleichheit. Es ist  
unser Kernanliegen, dass alle Kinder und Jugendliche  
davon profitieren.

Denn knapp jede/jeder fünfte Minderjährige in NRW  
lebt in einer Familie, die aus eigenen Kräften nicht in der  
Lage ist, für den gemeinsamen Lebensunterhalt zu sor-  
gen. Sie leben in Armut oder sind von ihr bedroht. Weder  
die soziale Herkunft noch die Finanzkraft der Eltern dür-  
fen über die Bildungschancen von Kindern und Jugend-  
lichen entscheiden. Wir wollen, dass jede und jeder alles  
aus seinem oder ihrem Leben machen kann.

Wir wollen Chancengleichheit und dazu gehört auch,  
dass alle Kinder und Jugendliche von der Digitalisierung  
profitieren. Wir müssen Kinder, Jugendliche und Bil-  
dungseinrichtungen entsprechend ausstatten. Die digi-  
tale Bildungsagenda braucht einen echten politischen  
Aufbruch.

- **NRW braucht jetzt schnell einen Neustart im Bil-**  
**dungsbereich. Dieses Schuljahr ist kein normales**  
**Schuljahr. Wir brauchen eine transparente und um-**  
**fassende Öffnungsstrategie für die Wiederaufnah-**  
**me des Präsenzunterrichts und für den Schulbetrieb**  
**im Schuljahr 2020/21 und 2021/22.**  
• **Wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Digita-**  
**lisierung im Bildungswesen. Sie muss bei der frü-**  
**hen Bildung ansetzen und über allgemeine- und be-**  
**ruftsbildende Schulen sowie Ausbildung bis zu den**  
**Hochschulen gehen.**

*Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft S.7*

**Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fortschritt**

Mehr als ein Fünftel aller Erwerbstätigen in Deutsch-  
land, rund 9,6 Millionen Menschen, sind in NRW be-  
schäftigt. Sie haben im Jahr 2019 Güter und Dienst-  
leistungen mit einem Wert von mehr als 710 Milliar-  
den Euro produziert. Das sind rund 21 Prozent der ge-  
samten deutschen Wirtschaftsleistung. 10 der 30 DAX-  
Unternehmen haben ihren Firmensitz in NRW. Damit ist  
NRW nicht nur der Motor innerhalb Deutschlands, son-  
dern auch innerhalb Europas ein echtes Schwergewicht.

Und NRW soll Schwergewicht bleiben. Doch dafür müs-  
sen wir investieren. Bereits vor der Pandemie war die

173 wieder in Gang zu bringen und die Rezession überwin-  
 174 den. Wir sind bereit, massiv in den Wirtschaftsstandort  
 175 NRW und seine Beschäftigten zu investieren.

176

- 177 • **Für die Sozialdemokratie müssen Investitionen in**  
 178 **den Wirtschaftsstandort NRW drei Kriterien erfül-**  
 179 **len: wir wollen ökonomischen, ökologischen und**  
 180 **sozialen Fortschritt.**

181

182 *NRW: Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fort-*  
 183 *schrift S. 15*

184

185 NRW ist Industrieland und soll es bleiben. Wir sehen die  
 186 Industrie als einen unverzichtbaren Kern unserer Wirt-  
 187 schaft an, ohne deren Wertschöpfung und Produktion  
 188 wir nicht krisenfest und zukunftsfähig sein können. In  
 189 unserem Antrag „*Social Green Deal – nachhaltige Indus-*  
 190 *trie als Grundlage für sozialen, demokratischem und öko-*  
 191 *logischen Fortschritt*“ machen wir daher deutlich, wel-  
 192 che Vorstellungen die Sozialdemokratie für eine aktive  
 193 und nachhaltige Industriepolitik hat.

194

195 *„Social Green Deal“ Antragsbuch St-01*

196

197 **Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im**  
 198 **System**

199

200 Die Grundlage dieses Erfolgs, das hat uns die Pandemie  
 201 vor Augen geführt, ist ein verlässliches Gesundheits-  
 202 und Pflegewesen. In NRW leben rund 770.000 pflege-  
 203 bedürftige Menschen. Rund drei Viertel von ihnen wer-  
 204 den zu Hause versorgt. Jährlich werden in den NRW-  
 205 Krankenhäusern rund 4,5 Millionen PatientInnen ver-  
 206 sorgt. In fast allen Bereichen des Gesundheits- und  
 207 Pflegewesens steigen die Kennziffern, die Nachfrage  
 208 ist groß. Die Versorgung stellen in NRW rund 1,3 Mil-  
 209 lionen Beschäftigte sicher – so viele Menschen sind  
 210 in Gesundheitswesen und -wirtschaft tätig. Etwa je-  
 211 de/jeder siebte Erwerbstätige in NRW arbeitet dort. In-  
 212 zwischen wird dort sogar knapp ein Zehntel der NRW-  
 213 Wirtschaftsleistung erbracht.

214

215 Unsere Gesundheits- und Altenpflege wird durch die  
 216 Corona-Pandemie jedoch auf eine harte Probe gestellt,  
 217 insbesondere die Beschäftigten – sie tragen die Last.  
 218 Seit geraumen Zeit erleben wir, dass oft das gemacht  
 219 wird, was sich finanziell rechnet. Leidtragende sind Pa-  
 220 tientInnen und Personal. Die Pandemie zeigt, dass es  
 221 ein gefährliches Spiel ist, wenn wir zentrale Systeme der  
 222 Daseinsvorsorge auf Kante nähern.

223

224 Das Handeln im Gesundheitswesen muss sich daher  
 225 wieder daran ausrichten, was medizinisch erforderlich  
 226 und sinnvoll ist. Notwendig sind vor allem verlässliche  
 227 Finanzierungsgrundlagen, mehr öffentliche Investitio-  
 228 nen und der Schutz vor internationalen Kapitalinteres-  
 229 sen. Der Sozialstaat muss wieder mehr Einfluss nehmen  
 230 und seine Verantwortung auch finanziell untermauern.  
 231 Die Bürgerversicherung ist nur ein Baustein dieser Poli-

NRW-Industrie in keiner guten Verfassung. Die Globa-  
 lisierung, Handelsstreitigkeiten und der Brexit haben  
 der Wirtschaftskraft zugesetzt. Gleichzeitig steht der  
 Wirtschaftsbereich durch den Klimawandel in großen  
 Umbauprozessen. Vor diesem Hintergrund treffen uns  
 die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie besonders  
 schwer. Unternehmen, die bisher in Schwierigkeiten  
 steckten, ringend jetzt um Luft. Aus Handlungsdruck  
 wird nun echter Zeitdruck.

Wir wollen dieser Herausforderung durch Fortschritt  
 begegnen. Im Angesicht der Lage sind für uns „ver-  
 walten“ oder gar „aussitzen“ keine Optionen. Der Fort-  
 schritt ist ökologisch – aber vor allem sozial. Daher müs-  
 sen wir jetzt in Zukunftstechnologien und in die dafür  
 nötige Infrastruktur investieren. Nur so werden wir die  
 Herausforderungen der Energiewende und der digita-  
 len Revolution meistern. Wir wollen unsere Wirtschaft  
 wieder in Gang zu bringen und die Rezession überwin-  
 den. Wir sind bereit, massiv in den Wirtschaftsstand-  
 ort NRW zu investieren; diese Investitionen müssen und  
 werden auch den Beschäftigten zu Gute kommen.

- **Für die Sozialdemokratie müssen Investitionen in**  
**den Wirtschaftsstandort NRW drei Kriterien erfül-**  
**len: wir wollen ökonomischen, ökologischen und**  
**sozialen Fortschritt.**

*NRW: Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fort-*  
*schrift S. 19*

NRW ist Industrieland und soll es bleiben. Wir sehen die  
 Industrie als einen unverzichtbaren Kern unserer Wirt-  
 schaft an, ohne deren Produktion und Wertschöpfung  
 wir nicht krisenfest und zukunftsfähig sein können. In  
 unserem Antrag „*Social Green Deal – nachhaltige Indus-*  
*trie als Grundlage für sozialen, demokratischem und öko-*  
*logischen Fortschritt*“ machen wir daher deutlich, wel-  
 che Vorstellungen die Sozialdemokratie für eine nach-  
 haltige Industriepolitik hat.

*„Social Green Deal“ Antragsbuch St-01*

**Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im**  
**System**

NRW verdient ein verlässliches Gesundheits- und Pfl-  
 gewesen. Rund 965.000 pflegebedürftige Menschen so-  
 wie deren Angehörige zählen darauf. Vier von fünf  
 Pflegebedürftigen werden zu Hause versorgt. Jährlich  
 werden in den NRW-Krankenhäusern rund 4,7 Millio-  
 nen PatientInnen versorgt. In fast allen Bereichen des  
 Gesundheits- und Pflegewesens steigen die Kennzif-  
 fern, die Nachfrage ist groß. Die Versorgung stellen in  
 NRW rund 1,3 Millionen Beschäftigte sicher – so viele  
 Menschen sind in Gesundheitswesen und -wirtschaft  
 tätig. Etwa jede/jeder siebte Erwerbstätige in NRW  
 arbeitet dort. Inzwischen wird dort sogar knapp ein Zehn-  
 tel der NRW-Wirtschaftsleistung erbracht.

232 tik.

233

- 234 • **Nur eine auskömmliche Finanzierung des**
- 235 **Gesundheits- und Pflegewesens wird Löhne,**
- 236 **Arbeitsbedingungen und damit auch die Qualität**
- 237 **nachhaltig verbessern.**

238

239 *Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im*

240 *System S.24*

241

242 **Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leerer**

243 **Kassen**

244

245 Für uns ist klar: Zukunft wird vor Ort entschieden. Wirk-

246 samer Klimaschutz, ökologische Verkehrswende, kon-

247 sequente Digitalisierung, gute Arbeitsplätze, beste Bil-

248 dung, befriedigende Gesundheits- und Pflegeversor-

249 gung, verlässliche Kinderbetreuung und starke Wirt-

250 schaftsförderung – all das und noch viel mehr leisten

251 unsere Kommunen. Sie setzen Politik um, investieren in

252 Zukunft und machen Politik erlebbar. Das gelingt jedoch

253 nur, wenn Kommunen auch das nötige Geld haben.

254

255 NRW ist ein Land mit großen Stärken und vielen Erfol-

256 gen. Es ist aber auch ein Land sozialer und ökonomi-

257 scher Unterschiede – bereits vor Corona. Es gibt Städ-

258 te, die wachsen, und Städte, die schrumpfen. Es gibt

259 ländliche Räume, die prosperieren, und ländliche Räu-

260 me, deren Einwohnerzahlen sinken. Boom-Regionen

261 mit Vollbeschäftigung grenzen an strukturschwache

262 Regionen, die gegen Langzeitarbeitslosigkeit und sozia-

263 le Ungleichheit zu kämpfen haben.

264

265 Viele Kommunalhaushalte sind nun durch Corona ins

266 Wanken geraten, die Pandemie hat massive finanzielle

267 Folgen. Es trifft besonders die Schwachen. Unsere Kom-

268 munen brauchen daher dringende Unterstützung aus

269 Bund und Land – mehr denn je und das sofort. Die NRW-

270 SPD steht in diesem Kampf an der Seite der Kommunen.

271

- 272 • **Die ungleichen Lebensverhältnisse, die wir heute in**
- 273 **NRW erleben, sind das Ergebnis ungleicher Vertei-**
- 274 **lung. Vielerorts fehlt das Geld. Daher fordern wir:**
- 275 **Ungleiches auch ungleich behandeln!**

276

277 *Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leere Kas-*

278 *sen S.37*

279

280 **Die Basis: Ein handlungsfähiger und solidarischer Sozi-**

281 **alstaat**

282

283 Entscheidend ist, dass wir den Staat wieder als Ak-

284 teur begreifen, der den Alltag aller BürgerInnen besser

285 macht und jedem Menschen die gleichen Chancen für

286 ein gutes und gelingendes Leben bietet. Was wir brau-

287 chen, ist ein handlungsfähiger Staat. Und wir wollen,

288 dass der Grundsatz wieder gilt: Starke Schultern tragen

289 mehr als Schwache. Denn nur mit Solidarität wird es ge-

290 lingen, Fortschritt für alle Menschen in NRW zu errei-

Unsere Gesundheits- und Altenpflege wird durch die Corona-Pandemie jedoch auf eine harte Probe gestellt, insbesondere die Beschäftigten – sie tragen die Last. Seit geraumer Zeit erleben wir, dass oft das gemacht wird, was sich finanziell rechnet. Leidtragende sind PatientInnen und Personal. Die Pandemie zeigt, dass es ein gefährliches Spiel ist, wenn wir zentrale Systeme der Daseinsvorsorge auf Kante nähren. Die Pflege von und die Gesundheit von Menschen darf nicht länger renditeorientiert sein, sondern muss sich an der Qualität und nicht an den Kosten messen lassen.

Das Handeln im Gesundheitswesen muss sich daher wieder daran ausrichten, was medizinisch erforderlich und sinnvoll ist. Notwendig sind vor allem verlässliche Finanzierungsgrundlagen, mehr öffentliche Investitionen und der Schutz vor internationalen Kapitalinteressen. Der Sozialstaat muss wieder mehr Einfluss nehmen und seine Verantwortung auch finanziell untermauern. Die Bürgerversicherung ist nur ein Baustein zu diesem Ziel.

- **Nur eine auskömmliche Finanzierung des**
- Gesundheits- und Pflegewesens wird Löhne,**
- Arbeitsbedingungen und damit auch die Qualität**
- nachhaltig verbessern.**

*Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im*

*System S. 28*

**Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leerer**

**Kassen**

Für uns ist klar: Zukunft wird vor Ort entschieden. Wirk-

samer Klimaschutz, ökologische Verkehrswende, kon-

sequente Digitalisierung, gute Arbeitsplätze, beste Bil-

dung, befriedigende Gesundheits- und Pflegeversor-

gung, verlässliche Kinderbetreuung und starke Wirt-

schaftsförderung – all das und noch viel mehr leis-

ten die kommunalpolitisch Verantwortlichen in unse-

ren Gemeinden, Städten und Kreisen. Sie setzen Politik

um, investieren in Zukunft und machen Politik erlebbar.

Das gelingt jedoch nur, wenn Gemeinden, Städte und

Kreise in NRW auch das nötige Geld haben.

NRW ist ein Land mit großen Stärken und vielen Erfolgen. Es ist aber auch ein Land sozialer und ökonomischer Unterschiede – bereits vor Corona. Es gibt Städte, die wachsen, und Städte, die schrumpfen. Es gibt ländliche Räume, die prosperieren, und ländliche Räume, deren Einwohnerzahlen sinken. Boom-Regionen mit Vollbeschäftigung grenzen an strukturschwache Regionen, die gegen Langzeitarbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit zu kämpfen haben.

Viele Kommunalhaushalte sind nun durch Corona ins Wanken geraten, die Pandemie hat massive finanzielle Folgen. Es trifft besonders die Schwachen. Unsere Kom-

291 chen.  
 292  
 293 Für einen handlungsfähigen Staat müssen sich alle soli-  
 294 darisch an der Finanzierung unseres Zusammenlebens  
 295 beteiligen. Mit uns haben Steuertrickserei, Steuerbe-  
 296 trug und Steuerraub in NRW keine Zukunft. Im Bund  
 297 braucht es eine Vermögensteuer und eine Reform der  
 298 Erbschaftssteuer. Die zehn Prozent der höchsten Ein-  
 299 kommensbezieherInnen müssen wieder mehr in die  
 300 Verantwortung genommen werden. Auch Kapitalerträ-  
 301 ge müssen dabei Berücksichtigung finden. Über eine Di-  
 302 gitalsteuer wollen wir auch digitale Großkonzerne wie  
 303 Amazon und Google in die selbstverständliche Steuer-  
 304 pflicht nehmen.

305  
 306 So wird der Staat wieder in der Lage sein, für gleichen  
 307 und gerechten Zugang zu Bildung und Arbeit zu sor-  
 308 gen, er wird dafür sorgen können, dass genügend be-  
 309 zahlbare Wohnungen gebaut werden und endlich die  
 310 vielerorts verrottete Infrastruktur wieder repariert wird:  
 311 Schulen, Schwimmbäder, Brücken, Straßen, Schienen,  
 312 das heißt Daseinsvorsorge, Mobilität und Gigabit für al-  
 313 le – in Stadt und Land, an jeder Milchkanne.

314  
 315 So schreiben wir einen neuen, modernen, zuversicht-  
 316 lichen und sozial gerechten Entwurf für die Zukunft  
 317 unseres Landes. Dabei orientieren wir uns an einem  
 318 Gesellschafts- und Menschenbild, das anerkennt, dass  
 319 Freiheit für jede Einzelne und jeden Einzelnen nur durch  
 320 die Solidarität aller möglich ist.

321  
 322 Das ist der Solidaripakt Zukunft.

323  
 324 **Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft**

325  
 326 Die soziale oder kulturelle Herkunft der Eltern darf nicht  
 327 über die Bildungschancen von Kindern, Jugendlichen  
 328 und jungen Erwachsenen entscheiden. Dass unsere Kin-  
 329 der es einmal besser als wir selbst haben sollen, ist das  
 330 Ziel sozialdemokratischer Politik. Bildung im gesamten  
 331 Lebensverlauf muss kostenfrei sein – diese Forderung  
 332 wird durch die Corona-Krise nicht außer Kraft gesetzt. In  
 333 Nordrhein-Westfalen muss wieder gelten und das ohne  
 334 Ausnahme: kein Kind zurücklassen!

335  
 336 Das NRW-Bildungschaos im Jahr 2020 darf sich nicht  
 337 wiederholen. Dies ist zwar in erster Linie die Schuld ver-  
 338 fehlter schwarz-gelber Landespolitik, die Lehre ist aber  
 339 auch, dass es im Krisenfall ein Gesundheitsschutzkon-  
 340 zept braucht.

341  
 342 **Unsere Position:**

- 343  
 344 • **NRW braucht ein Gesundheitsschutzkonzept für**  
 345 **das Bildungswesen. Kinder, Familien, Bildungsträ-**  
 346 **ger und Personal brauchen Verlässlichkeit in der Kri-**  
 347 **se. Ein solches Konzept erfordert die Evaluation des**  
 348 **Bildungsjahres 2020 und muss darauf aufbauen.**  
 349 • **Es braucht zeitnah einen Schulgipfel, um gemeinsa-**

munen brauchen daher dringende Unterstützung aus  
 Bund und Land – mehr denn je und das sofort. Die NRW-  
 SPD steht in diesem Kampf an der Seite derer, die in  
 den Gemeinden, Städten und Kreisen Verantwortung  
 tragen.

- **Ungleiches auch ungleich behandeln: Die Tendenz in der Gemeindefinanzierung, die finanzkraftunabhängigen Pauschalen zulasten der finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen zu erhöhen, muss rückgängig gemacht werden.**

*Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leere Kas-  
 sen S. 42*

**Die Basis: Ein handlungsfähiger und solidarischer Sozi-  
 alstaat**

Entscheidend ist, dass wir den Staat wieder als Ak-  
 teur begreifen, der den Alltag aller BürgerInnen bes-  
 ser macht und jedem Menschen die gleichen Chan-  
 cen für gelingendes Leben bietet. Was wir brauchen, ist  
 ein handlungsfähiger Staat. Und wir wollen, dass der  
 Grundsatz wieder gilt: Starke Schultern tragen mehr als  
 Schwache. Denn nur mit Zusammenhalt wird es gelin-  
 gen, Fortschritt für alle Menschen in NRW zu erreichen.

Für einen handlungsfähigen Staat müssen sich alle soli-  
 darisch an der Finanzierung unseres Zusammenlebens  
 beteiligen. Mit uns haben Steuertrickserei, Steuerbe-  
 trug und Steuerraub in NRW keine Zukunft. Im Bund  
 braucht es eine Vermögensteuer und eine Reform der  
 Erbschaftssteuer. Denn wir wollen, dass Multimillionä-  
 rInnen wieder mehr in die Verantwortung genommen  
 werden und mehr Steuern zahlen. Auch Kapitalerträge  
 müssen dabei Berücksichtigung finden. Über eine Digi-  
 talsteuer wollen wir zudem digitale Großkonzerne wie  
 Amazon und Google in die selbstverständliche Steuer-  
 pflicht nehmen.

Vor dem Hintergrund ungleicher Vermögensverteilung  
 nehmen wir bei der Finanzierung der krisenbedingen  
 Kosten besonders Vermögende in die Pflicht. Wir for-  
 dern eine einmalige, krisenbedingte Vermögensabgabe  
 für sehr hohe Vermögen.

So wird der Staat wieder in der Lage sein, für gleichen  
 und gerechten Zugang zu Bildung, Gesundheit und Ar-  
 beit zu sorgen, er wird dafür sorgen können, dass genü-  
 gend bezahlbare Wohnungen gebaut werden und end-  
 lich die vielerorts verrottete Infrastruktur wieder repa-  
 riert wird: Schulen, Schwimmbäder, Brücken, Straßen,  
 Schienen, das heißt Daseinsvorsorge, Mobilität und Gi-  
 gabit für alle – in Stadt und Land, an jeder Milchkanne.

So schreiben wir einen neuen, modernen, zuversicht-  
 lichen und sozial gerechten Entwurf für die Zukunft  
 unseres Landes. Dabei orientieren wir uns an einem  
 Gesellschafts- und Menschenbild, das anerkennt, dass

350 me Meilensteine für das Bildungssystem in NRW zu  
 351 entwickeln. Hier müssen das Parlament, die kom-  
 352 munalen Spitzenverbände, die Lehrerverbände, die  
 353 LandesschülerInnenvertretung und die Elternver-  
 354 bände vertreten sein.

- 355 • Wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Digita-  
 356 lisierung im Bildungswesen. Sie muss bei der frü-  
 357 hen Bildung ansetzen und über allgemeine und be-  
 358 rufsbildende Schulen sowie Ausbildung bis zu den  
 359 Hochschulen gehen.
- 360 • Die Digitalisierung im Bildungsbereich soll durch  
 361 einen Digitalpakt 2.0 gesichert werden. Dieser er-  
 362 möglicht zusätzliches Fachpersonal, finanziert die  
 363 Fortbildungen für die PädagogInnen und gewähr-  
 364 leistet die Versorgung mit leistungsfähigen Inter-  
 365 netzugängen und kostenfreien Endgeräten.
- 366 • Lernprogramme und vor allem Programme, die  
 367 zur direkten Kommunikation dienen, müssen wei-  
 368 terentwickelt und in allen Bildungsreinrichtungen  
 369 zum Standard werden.
- 370 • Die digitale Organisation und Verwaltung in Bil-  
 371 dungseinrichtungen muss verstärkt genutzt wer-  
 372 den. Sie können Arbeits- und Handlungsabläufe er-  
 373 leichtern, um mehr pädagogische Ressourcen zur  
 374 Verfügung stellen zu können.

376 **Es braucht ein NRW-Gesundheitsschutzkonzept für das**  
 377 **Bildungswesen**

378 Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit  
 379 braucht verlässliche Strukturen – gerade in der Krise.  
 380 Das Bildungschaos 2020 hat Familien und PädagogIn-  
 381 nen jedoch an den Rand ihrer Belastungsgrenzen ge-  
 382 führt – das darf sich nicht wiederholen. Das Lernen auf  
 383 Distanz und das Lernen von zu Hause muss die Ultima  
 384 Ratio bleiben – und gerade deswegen gut vorbereitet  
 385 und in ein Gesamtkonzept integriert werden. Elemente  
 386 des Distanzlernens, die sich in den vergangenen Mona-  
 387 ten als praktikabel erwiesen haben, müssen sich darin  
 388 wiederfinden. Es gilt zu überlegen, inwiefern dringend  
 389 notwendige, individuelle Förderungen, ergänzend zum  
 390 Vorteil der SchülerInnen genutzt und zugleich in Krisen-  
 391 zeiten weiterhin umgesetzt werden können.

392  
 393 Dieses Gesamtkonzept muss jetzt erstellt werden und  
 394 allen Beteiligten deutlich machen, welche Maßnahmen  
 395 generell im Fall einer gesundheitlichen Krise getrof-  
 396 fen werden und wie der Ausfall von Präsenzunterricht,  
 397 Erziehung und Betreuung kompensiert wird. Hierbei  
 398 ist es wichtig, dass verschiedenste Akteure und damit  
 399 auch akut betroffenes Lehrpersonal, in die Erstellung  
 400 des Konzepts eingebunden werden. Die Verantwortung  
 401 darf nicht – wie 2020 geschehen – auf Familien, Päd-  
 402 agogInnen und Bildungsträger abgewälzt werden. Bil-  
 403 dungseinrichtungen müssen durch das Land für unter-  
 404 schiedliche Szenarien gerüstet sein.

405 Infektionsschutz und Bildungsförderung dürfen dabei  
 406 nicht gegeneinander ausgespielt werden: Kinder und  
 407 Jugendliche haben ein Recht auf Gesundheit und auf

Freiheit für jede Einzelne und jeden Einzelnen nur durch  
 die Solidarität aller möglich ist.

Das ist der Solidarpakt Zukunft.

**Verlässliche Bildungspolitik mit Zukunft**

Die soziale Herkunft der Eltern darf nicht über die Bil-  
 dungschancen von Kindern, Jugendlichen und jungen  
 Erwachsenen entscheiden. Dass unsere Kinder es ein-  
 mal besser als wir selbst haben sollen, ist das Ziel sozi-  
 aldemokratischer Politik. Bildung im gesamten Lebens-  
 verlauf muss kostenfrei sein – diese Forderung wird  
 durch die Corona-Krise nicht außer Kraft gesetzt, viel-  
 mehr hat sich die Dringlichkeit der Erfüllung der For-  
 derung verschärft. Es zeigt sich, dass die Forderungen,  
 die wir 2019 unter der Überschrift „Aufstieg durch Bil-  
 dung“ beschlossen haben, richtig sind. In Nordrhein-  
 Westfalen muss wieder gelten und das ohne Ausnah-  
 me: kein Kind zurücklassen!

Wir müssen kurzfristig wieder für Orientierung im  
 Bildungsbereich sorgen. Kinder, Jugendliche, Familien,  
 Schulleitungen und LehrerInnen brauchen Perspektive  
 und Verlässlichkeit. Es braucht einen Neustart. Damit  
 sich das NRW-Bildungschaos der Jahre 2020 und 2021  
 nicht wiederholt, müssen wir zudem aus Fehlern ler-  
 nen. NRW verdient ein Schutzkonzept, dass im Vorfeld  
 einer Krise definiert, wann welche Maßnahmen grei-  
 fen. Ein Schutzkonzept, dass rechtliche Sicherheit bietet  
 und welches vor allem Verlässlichkeit schafft. Dazu ge-  
 hört auch die konsequente Digitalisierung im Bildungs-  
 bereich. Hier wollen wir kein „Klein-Klein“, sondern ein  
 schlüssiges Gesamtkonzept.

**Unsere Position:**

- NRW braucht jetzt schnell einen Neustart im Bil-  
 dungsbereich. Das kommende Schuljahr kann auf-  
 grund der Ereignisse in den letzten Monaten nicht  
 wie gewohnt ablaufen.
- NRW braucht ein Schutzkonzept für das Bildungs-  
 wesen. Kinder, Familien, Bildungsträger und Perso-  
 nal brauchen Verlässlichkeit in der Krise. Ein solches  
 Konzept erfordert die Evaluation des Bildungsjah-  
 res 2020/2021 und muss die Lehren daraus ziehen.
- Wir brauchen eine Gesamtstrategie für die Digita-  
 lisierung im Bildungswesen. Sie muss bei der frü-  
 hen Bildung ansetzen und über allgemeine und be-  
 rufsbildende Schulen sowie Ausbildung bis zu den  
 Hochschulen gehen.
- Die Digitalisierung im Bildungsbereich soll durch  
 einen Digitalpakt 2.0 gesichert werden. Dieser er-  
 möglicht zusätzliches Fachpersonal, finanziert die  
 Fortbildungen für die PädagogInnen und gewähr-  
 leistet die Versorgung mit leistungsfähigen Inter-  
 netzugängen und kostenfreien Endgeräten.
- Lernprogramme und vor allem Programme, die  
 zur direkten Kommunikation dienen, müssen wei-

409 Bildung; und PädagogInnen haben ein Recht darauf,  
410 ihrem Beruf nachzugehen, ohne vermeidbare Anste-  
411 ckungsrisiken in Kauf nehmen zu müssen.

412  
413 In erster Linie müssen daher Hygienestandards defi-  
414 niert werden. Dies betrifft die Infrastruktur, also sämt-  
415 liche Räumlichkeiten, Lüftungsmöglichkeiten, die Rei-  
416 nigung von Bildungseinrichtungen sowie den Schutz  
417 von Personen durch Schutzausrüstung wie Masken  
418 und Desinfektionsmittel. Die Standards müssen für  
419 allgemein- und berufsbildende Schulen und Kinder-  
420 tageseinrichtungen gleichermaßen gelten. Vorausset-  
421 zung ist ein finanzielles Engagement durch das Land.  
422 Wir fordern hierfür die Fortsetzung des Programms aus  
423 unserer Regierungszeit, nun als „Gute Schule 2025“ be-  
424 titelt.

425  
426 Eine Sanierung unserer Schulen ist in Zeiten der Pande-  
427 mie wichtiger denn je. Daher erneuern wir unsere For-  
428 derung nach einem Schulbau-Notprogramm. Hier müs-  
429 sen Land und Kommunen gemeinsam agieren. Denn  
430 auch wenn formal die kommunalen Schulträger die  
431 Verantwortung für die Ausstattung der Schulgebäude  
432 haben, kann es ohne eine neue „Verantwortungsge-  
433 meinschaft“ nicht zu einer raschen und guten Lösung  
434 kommen. Die gegenwärtigen Verflechtungen zwischen  
435 Bund, Ländern und Kommunen sind nicht mehr zeit-  
436 gemäß und schwer durchschaubar. Zudem lähmen sie  
437 Prozesse eher, als Lösungen zu bieten. Daher bekräf-  
438 tigen wir noch einmal unsere Forderung nach einem  
439 „New Deal“. ExpertInnen, darunter auch VertreterInnen  
440 z.B. der Städte und Gemeinden, unterstützen uns hier-  
441 bei.

442  
443 Im Vorfeld einer gesundheitlichen Krise braucht es ver-  
444 lässliche Kriterien, für welche Gruppen der intensivere  
445 Einsatz von Lernen auf Distanz in Frage kommt. Wir sind  
446 der Überzeugung, dass für jüngere und für bildungs-  
447 benachteiligte Kinder möglichst viel Präsenz vorgese-  
448 hen werden muss. Jugendliche, beispielweise Schüle-  
449 rInnen in den Oberstufen, können überwiegend bes-  
450 ser mit den Angeboten des Distanzlernens umgehen.  
451 Unabhängig von der tatsächlichen Ausgestaltung einer  
452 solchen Richtlinie ist für uns klar, dass Ressourcen stra-  
453 tegisch eingesetzt werden müssen. Priorität muss die  
454 kurzfristige Versorgung der Schulen mit verleihbaren  
455 Endgeräten mit Internetzugang (SIM-Karte) sein, damit  
456 im Bedarfsfall benachteiligte Kinder und Jugendliche  
457 entsprechend ausgestattet werden können.

458  
459 Unabhängig gilt, dass die zu unterrichtenden Gruppen  
460 verkleinert werden müssen, um das Lehrpersonal zu  
461 entlasten und die Ansteckungsrisiken zu minimieren.  
462 Dabei zeigt sich jedoch erneut das Problem, dass in  
463 den seltensten Fällen genug Lehrkräfte vorhanden sind,  
464 die durch die Verkleinerung neu entstehende Lerngrup-  
465 pen betreuen und unterrichten können, ohne das ältere  
466 SchülerInnen dabei auf der Strecke bleiben. Daher be-  
467 kräftigen wir unsere Forderung erneut, dem Lehrkräfte-

**terentwickelt und in allen Bildungsreinrichtungen  
zum Standard werden.**

- **Die digitale Organisation und Verwaltung in Bil-  
dungseinrichtungen muss verstärkt genutzt wer-  
den. Sie können Arbeits- und Handlungsabläufe er-  
leichtern, um mehr pädagogische Ressourcen zur  
Verfügung stellen zu können.**

**Vertrauen in Schule zurückgewinnen – NRW braucht ei-  
nen Neustart**

Die Pandemie fordert von Familien, von SchülerInnen, Schulleitungen und dem Personal an und in den Schulen Enormes. Dabei werden sie von der Landesregierung allein gelassen. Wir sind an der Seite all der engagierten Kräfte vor Ort, die jeden Tag alles dafür geben die Krise bestmöglich zu stemmen. Für die Bildungschancen unserer Kinder ist es zentral, den AkteurInnen in den Schulen zu vertrauen, ihre Arbeit wertzuschätzen und sie zu unterstützen. Genau das verweigert die schwarze Landesregierung. NRW braucht einen Plan für die Schuljahre 2020/2021 und 2021/2022, der mehr Aspekte als Wechsel- und Distanzunterricht einbezieht, sondern kreative und pragmatische Lösungen ermöglicht und die Gesundheit aller und den Erfolg der Lernenden an erste Stelle setzt.

Damit der Neustart gelingt, muss die Landesregierung anerkennen, dass dieses Schuljahr kein normales Schuljahr ist. Wir brauchen eine transparente und umfassende Öffnungsstrategie für die Wiederaufnahme des Präsenzunterrichts und für den Schulbetrieb im Schuljahr 2020/21 und 2021/22.

Jedes Kind und jeder Jugendliche soll in den Blick genommen werden. Die Ängste und Sorgen der SchülerInnen müssen wir ernst nehmen. Sie müssen intensiver als bisher in alle Diskussionen einbezogen werden.

Individuelle Lernlücken werden gemeinsam mit den SchülerInnen festgehalten und in Form von individuellen Förder- und Lernplänen dokumentiert. Darüber hinaus müssen Förderkonzepte für alle SchülerInnen, unabhängig bereits festgestellter Förderbedarfe, geschrieben werden. Die Lehrpläne sind kurzfristig zu verschlanken, damit in den Schulen klare Prioritäten gesetzt werden können.

Gerade Grundschulkindern brauchen soziale Kontakte. Hierzu bedarf es der Einrichtung von Kleinstgruppen unter Einhaltung der RKI-Standards, damit ein Austausch und Kontakt mit den Fach- und Klassenlehrkräften ermöglicht wird.

Für die Klassen 4 ist der Übergang in die weiterführenden Schulen zu sichern. In den ersten Monaten des fünften Schuljahres ist das Augenmerk auf die individuelle Förderung der SchülerInnen zu legen, da die Lernunterschiede wahrscheinlich noch nie so große waren, wie in

468 mangel, auch kurzfristig, entgegenzuwirken, beispiels-  
 469 weise durch zusätzliches pädagogisches Personal oder  
 470 durch die Erleichterung des Zugangs für Quereinsteiger.  
 471 Des Weiteren zeigt sich, dass auch die Räumlichkeiten  
 472 den veränderten Rahmenbedingungen nicht angemess-  
 473 sen sind. Die kleineren Gruppen brauchen mehr multi-  
 474 funktionale Räume, wie wir sie bereits gefordert haben.  
 475 Dies muss auch weiterhin unser Ziel bleiben.

476  
 477 Bevor Kinder und Jugendliche im Ernstfall doch nach  
 478 Hause geschickt werden, müssen alle vorgelagerten  
 479 Maßnahmen geprüft und ausgeschöpft werden. Da-  
 480 zu gehört Unterricht auf Abstand, welcher mit Dis-  
 481 tanzlernphasen kombiniert wird. Des Weiteren müssen  
 482 auch außerschulische Lernorte und, falls vorhanden,  
 483 das dortige Personal einbezogen werden. Und wenn  
 484 Schul- oder Klassenschließungen unvermeidbar sind,  
 485 muss es für benachteiligte Kinder und Jugendliche Or-  
 486 te für das betreute Lernen in Kleingruppen geben.

487  
 488 Die in unserem Land garantierte Rechtssicherheit darf  
 489 auch und gerade in einer Krise nicht gefährdet oder  
 490 gar außer Acht gelassen werden. Dies gilt für den Ein-  
 491 satz der Fach – und Lehrkräfte, den Einsatz kommerziel-  
 492 ler Chat- und Videokonferenzprogramme, für die Beno-  
 493 tung und Versetzung und den Umgang mit Veranstal-  
 494 tungen und Klassenfahrten. Ziel muss eine rechtlich si-  
 495 chere Lösung sein, durch die die Verantwortung nicht  
 496 allein bei den betroffenen Fach- und Lehrkräften ver-  
 497 bleibt.

498  
 499 Die Digitalisierung des Bildungswesens muss unab-  
 500 hängig von der Krise geschehen, auch wenn die Kri-  
 501 se ein Beschleuniger ist. Trotzdem kommt ihr ange-  
 502 sichts der Pandemie-Bekämpfung eine besondere Rolle  
 503 zu, weil die Krise das Lernen auf Distanz erfordert, wenn  
 504 analoge Strukturen wegbrechen. In der Krise müssen  
 505 für Distanzlernen erforderliches Know-How und Aus-  
 506 stattung zur Verfügung stehen. So lange im NRW-  
 507 Lernmanagementsystem „Logineo“ Messenger- und Vi-  
 508 deodienste in der Fläche noch nicht zur Verfügung ste-  
 509 hen oder Rechtssicher sind, müssen Lehrkräfte über-  
 510 gangsweise mit Lizenzen versorgt werden. Ein Vorbild  
 511 können dabei die Hochschulen in NRW sein, die sich  
 512 in der Krise bei der schnellen Organisation einer E-  
 513 Learning-Infrastruktur bewährt haben.

514  
 515 Lernanwendungen, die seit Beginn der Corona-  
 516 Pandemie zunächst schnell und als Notlösung einge-  
 517 setzt wurden, müssen nun auf ihren Nutzen überprüft  
 518 und ggf. in pädagogische Konzepte integriert werden.

519  
 520 **Wir müssen die Digitalisierung im Bildungswesen be-**  
 521 **schleunigen**

522  
 523 „Aufstiegschancen durch Bildung. Beste Bildung NRW  
 524 – ein Leben lang!“ Unter dieser Überschrift formulier-  
 525 ten wir 2019 unser Ziel, Bildungsspitzenreiter im Bun-  
 526 desdurchschnitt zu werden. Dieses Ziel wird durch Coro-

dieser Zeit der Pandemie. Daher muss die Erprobungs-  
 stufe (5. und 6. Klasse) bis zum Ende der Klasse 7 verlän-  
 gert werden.

Im Rahmen eines neuen Bildungsganztages werden ins-  
 besondere in den Klassen 1 bis 6 Möglichkeiten ge-  
 schaffen, individuelle Defizite auszugleichen. Die Erpro-  
 bungsstufe wird bis zum Ende der Jahrgangsstufe 7 aus-  
 geweitet.

In Absprache mit Trägern der OGS und pädagogischem  
 Personal, das pandemiebedingt Kapazitäten zur Verfö-  
 gung hat, wie Kunst-, Theater und Musikpädagoginnen  
 und -pädagogen, und Kommunen sind Ferienprogram-  
 me aufzulegen, um Kindern flächendeckend pädago-  
 gisch untermauerte Spiel- und Freizeitaktivitäten an-  
 zubieten. Dort können gleichzeitig Lerndefizite aus der  
 Schule aufgearbeitet werden. Im Zuge dieser Planung  
 sollten Gespräche mit der Familienbildung und weite-  
 ren Akteuren der Weiterbildung geführt werden, und  
 Möglichkeiten der Kooperation geprüft werden.

Insbesondere die Bedürfnisse von Kindern mit beson-  
 deren Förderbedarfen müssen in den Blick genommen  
 werden. Dabei müssen die Förderschulen stärker be-  
 rücksichtigt werden.

Zur Unterstützung der Lehrkräfte für diese Aufgaben,  
 brauchen die Schulen zusätzliches Personal. Lehramts-  
 oder Pädagogikstudierende können hierfür gezielt an-  
 geworben und an den Schulen in Abstimmung mit den  
 unterrichtenden Lehrkräften eingesetzt werden. Ähn-  
 liches gilt für MitarbeiterInnen, sowie PädagogInnen  
 geschlossener Jugendeinrichtungen, die pandemiebe-  
 dingt Kapazitäten frei haben. Sie arbeiten wo möglich  
 mit den Schulen zusammen, um den Kindern einen ge-  
 lungenen Neustart zu ermöglichen.

Die MitarbeiterInnen der Familien- und Jugendhilfe ar-  
 beiten mit den Schulen und Lehrkräften zusammen, da-  
 mit Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern auch bei  
 den besonderen Herausforderungen in und nach der  
 Pandemie die notwendigen Hilfen und Unterstützung  
 erfahren, um drohende individuelle Beeinträchtigun-  
 gen der Kinder und Jugendlichen in ihrer schulischen  
 Ausbildung auszugleichen.

Ausgerichtet an den schulischen Begebenheiten vor Ort  
 sollen die Wechselunterrichtskonzepte von den Schu-  
 len in Eigenverantwortung geplant und realisiert wer-  
 den. Die Schulen brauchen organisatorische Freiheiten  
 innerhalb klarer rechtlicher Leitplanken. Best-Practice-  
 Beispiele müssen benannt und beworben werden.

Ausgerichtet an den baulichen Begebenheiten vor  
 Ort sowie der kommunalen Räumlichkeiten sollen  
 Lernraumkonzepte von den Schulen in mit Museen,  
 Theatern, Bibliotheken biologischen Stationen etc. in  
 Eigenverantwortung geplant und realisiert werden.

527 na nicht außer Kraft gesetzt! Die Corona-Pandemie hat  
528 den Handlungsdruck jedoch erhöht.

529  
530 Die Digitalisierung im Bildungswesen, insbesondere  
531 das Lernen und Lehren auf Distanz, hat sich in der Krise  
532 als Schlüssel dafür erwiesen, dass Bildung, wenn auch  
533 kompensiert, durch die entsprechenden Einrichtungen  
534 noch stattfinden konnte. Nach wie vor unklar ist, wie  
535 lange uns das Virus noch beschäftigen wird. Ein wei-  
536 terer Shutdown könnte drohen, Bildungseinrichtungen  
537 könnten erneut schließen. Darauf müssen wir vorberei-  
538 tet sein.

539  
540 Bereits vor der Pandemie war klar, dass ein souveräner  
541 Umgang mit Computer- und Informationstechnik für  
542 das gesamte Bildungswesen zukunftsrelevant ist. Die  
543 Digitalisierung darf jedoch nicht an den Kindern, Ju-  
544 gendlichen und jungen Erwachsenen aus einkommens-  
545 schwachen Familien vorbeiziehen. Wie sich während  
546 der Pandemie erneut gezeigt hat, stehen ihnen oft-  
547 mals nicht die technischen Endgeräte, ein ausreichen-  
548 der Internetanschluss sowie ein geeigneter Arbeits-  
549 (Lern-)platz zur Verfügung. Vor allem aber fehlt es vie-  
550 len Kindern, Jugendlichen und Eltern an den für die Nut-  
551 zung digitaler Lernmöglichkeiten erforderlichen Kom-  
552 petenzen. Chancengleichheit besteht nicht, wenn der  
553 Zugang zur digitalen Bildung von Einkommen und Bil-  
554 dungsnähe des Elternhauses abhängt. Zudem sind die  
555 Nutzungsmöglichkeiten zwischen Bildungseinrichtun-  
556 gen ungleich verteilt, sodass sich sowohl soziale als  
557 auch regionale und quartiersbezogene Ungleichheiten  
558 im Zugang zu Bildung verschärfen. Auch hat sich wäh-  
559 rend der Pandemie gezeigt, dass wieder die Bedürfnisse  
560 der Kinder und Jugendlichen mit geistigen und körperli-  
561 chen Beeinträchtigungen sowie ihrer Familien nicht be-  
562 rücksichtigt wurden. Sie wurden mit den Herausforde-  
563 rungen der Krise faktisch alleingelassen, ungeachtet ih-  
564 res verbrieften Rechts auf Bildung und Teilhabe.

565  
566 Um beste Bildung in und für NRW zu realisieren, müs-  
567 sen die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden.  
568 Diese liegen aus sozialdemokratischer Perspektive vor  
569 allem in der Verbesserung von Teilhabe und Chancen-  
570 gleichheit. Eine so verstandene „digitale Bildung“ er-  
571 setzt weder pädagogisches Handeln noch die persönli-  
572 chen Beziehungen zwischen PädagogInnen und Kin-  
573 dern, Jugendlichen und ihren Familien. Die Digitalisie-  
574 rung muss vielmehr eingebunden sein in ein Gesamt-  
575 konzept und ist kein Selbstzweck, sondern ein Instru-  
576 ment, dessen Einsatz sich an bildungspolitischen Zielen  
577 messen lassen muss.

578 Eine teilhabe- und chancenorientierte Förderung von  
579 Kindern und Jugendlichen erfordert eine früh einset-  
580 zende, niederschwellig und sozialraumorientiert an-  
581 gelegte Unterstützung von Familien. Sie erfordert die  
582 Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Bil-  
583 dungseinrichtungen und Eltern, gute Lernbedingungen,  
584 individuelle Förderung und eine kognitiv und sozial ak-  
585 tivierende, kompetenzorientierte Gestaltung von Ler-

Lernende aller Jahrgangstufen, die keine Lernräume in der häuslichen Umgebung haben, müssen Lernräume in der Schule zur Verfügung gestellt werden. Dieses „Study Hall Konzept“ gewährleistet, dass die Lernenden die von ihnen benötigte Lernumgebung haben, um die schulischen Aufgaben zu bearbeiten.

Für den digitalen Distanzunterricht – später auch für digitale Angebote im Präsenzunterricht – bedarf es einer verbindlichen Struktur und eines umfassenden Medienkonzepts, das nicht nur die Hardware, sondern auch die Software (Lernplattformen, Chat- und Konferenztools etc.) und das pädagogische Konzept in den Blick nimmt. Eine Beratungsstelle, die beispielsweise in den Regionalen Bildungszentren verankert ist, kann hierfür einen einheitlichen Rahmen schaffen und koordinierende Aufgaben übernehmen.

Kurzfristig brauchen die Schulen klare Hinweise, explizit zum Datenschutz, um Sicherheit für alle Beteiligten zu schaffen. Konkret muss das MSB endlich verbindliche Aussagen machen, z. B. ob Kinder und Jugendliche verpflichtet sind, die Videoübertragung zu nutzen, ob Videoaufzeichnungen des Unterrichtsstoffs (zur späterer Vertiefung und Wiederholung der Inhalte) erlaubt sind, wie mit illegaler Verwendung von Bild- und Videomaterial aus den schulischen Kontext umgegangen wird und wie bei der Bewertung beispielsweise auch Netzprobleme berücksichtigt werden.

Es muss sichergestellt werden, dass Angebote der Berufsorientierung, einschließlich Lösungen für die Berufspraktika, an allen weiterführenden Schulen gewährleistet werden, um einen Anschluss nach dem Schulabschluss zu ermöglichen.

Die zentralen Abschlussprüfungen der Klasse 10 sollten noch stärker in die Verantwortung der betreuenden Lehrkräfte gelegt werden, die mit Unterstützung der Fachaufsicht die Qualität sichern, auch wenn die Quantität nicht die gleiche sein kann. SchülerInnen, die nur knapp oder nicht bestehen, sollen das Angebot erhalten, ggf. mit Unterstützung der Kammern und ggf. der Agentur für Arbeit von August bis November nachgeschult zu werden.

Die Schüler der Klasse 8 und 9 am Gymnasium sollen das Angebot bekommen, freiwillig in G9 umzusteigen.

Die Kernlehrpläne in NRW gehen von einem bestimmten Umfang und Unterrichtszeit aus. Diese standardisierten Zeitfenster wurden durch die Pandemie außer Kraft gesetzt. Noch nie hat es in NRW so unterschiedliche Lern- und Unterrichtszeiten gegeben. Die Kernlehrpläne in NRW sind kompetenzorientiert. Dieser Umstand birgt die große Chance, geforderte Inhalte, Themen und Lerngegenstände vor dem Hintergrund der Pandemie neu zu bewerten und eine Engführung der

586 nen. Und sie erfordert die Begleitung der Bildungslauf-  
587 bahn einschließlich der Übergänge von Kita zu Schule,  
588 von Grund- zu weiterführender Schule und in Ausbil-  
589 dung oder Studium. Während der Corona-Pandemie hat  
590 sich besonders deutlich gezeigt, dass diese bildungspo-  
591 litischen Ziele bisher nicht erreicht werden.

592  
593 **Die Digitalisierung betrifft die gesamte Bildungsbiogra-**  
594 **fie**

595  
596 Die Digitalisierung im Bildungswesen muss die gesam-  
597 te Bildungsbiografie eines Menschen in den Blick neh-  
598 men: von der Frühen Bildung bis zur Ausbildung und  
599 Hochschule und darüber hinaus.

600  
601 Auch in der Frühen Bildung können digitale Instru-  
602 mente und digitale Bildung sinnvoll eingesetzt und  
603 gefördert werden, z. B. Lernprogramme oder Online-  
604 Angebote. Der Austausch zwischen PädagogInnen und  
605 Eltern kann durch digitale Unterstützung vereinfacht  
606 werden.

607  
608 Zu wenig beachtet wurde bisher die Funktion der Ber-  
609 ufskollegs für den Ausgleich von Bildungsbenachteilig-  
610 ung und für die Versorgung des Wirtschaftsstandorts  
611 NRW mit Fachkräften. Berufskollegs können dazu bei-  
612 tragen, die gerade auf der mittleren Qualifikationsebe-  
613 ne prognostizierte Fachkräftelücke zu schließen. Insbe-  
614 sondere in Bildungsgängen, die auf den Hauptschul-  
615 oder einen mittleren Schulabschluss vorbereiten, müs-  
616 sen digitale Schlüsselkompetenzen systematisch ver-  
617 mittelt und die Potenziale der Digitalisierung für die  
618 individuelle Förderung und das Ermöglichen von Bil-  
619 dungsaufstiegen genutzt werden. Viele Berufskollegs  
620 haben bereits mit großem Engagement entsprechen-  
621 de Konzepte entwickelt; deren Weiterentwicklung und  
622 Transfer müssen gezielt gefördert werden.

623  
624 Hochschulen haben sich in der Corona-Lockdown-Phase  
625 als anpassungsfähig, innovativ und flexibel gezeigt –  
626 Semesterstarts und Fristen wurden verschoben, viele  
627 Veranstaltungen wurden auf digitale Formate umge-  
628 stellt. Doch auch hier zeigt sich, dass Studierende in  
629 finanziell schwächeren Situationen stark von der Kri-  
630 se betroffen waren und sind. Räume zur PC-Nutzung  
631 schlossen ebenso wie Bibliotheken. Wer zuhause über  
632 schlechtes oder gar kein Internet verfügt, konnte nicht  
633 an den Lehrveranstaltungen teilnehmen. Auch fielen  
634 Aufgrund des Lockdowns viele Nebentätigkeiten weg.  
635 Dabei wurde außer Acht gelassen, dass viele Studieren-  
636 de eben nicht, oder nur unzureichend, durch ihr Eltern-  
637 haus finanziell abgesichert sind und somit in ernsthafte  
638 finanzielle Probleme gerieten. Während es für die Wirt-  
639 schaft schnell Konjunkturprogramm gab, fühlten sich  
640 viele Studierende im Stich gelassen. Für uns gilt daher,  
641 dass an den Hochschulen nicht nur die nötige digitale  
642 Infrastruktur gegeben sein muss, sondern auch, dass je-  
643 de/jeder Studierende den Zugang zu digitalen Endgerä-  
644 ten braucht. Wer zuhause über kein (ausreichendes) In-

Themen vorzunehmen. Der Ausfall unzähliger Unter-  
richtszeiten darf nicht ignoriert werden und muss an-  
gemessen in den Kernlehrplänen für die nächsten Jah-  
re abgebildet werden. Neue Prioritäten in den einzelnen  
Fächern müssen festgelegt werden.

**Aus Fehlern lernen: NRW braucht ein Schutzkonzept für  
das Bildungswesen**

Die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit  
braucht verlässliche Strukturen. In der Pandemie ist  
deutlich geworden, dass es hier noch viel zu tun gibt.  
Das Bildungschaos 2020/21 hat Familien und Pädago-  
gInnen an den Rand ihrer Belastungsgrenzen geführt  
– das darf sich nicht wiederholen. Das Lernen auf Dis-  
tanz und das Lernen von zu Hause muss die Ultima Ra-  
tio bleiben – und gerade deswegen gut vorbereitet und  
in ein Gesamtkonzept integriert werden. Elemente des  
Distanzlernens, die sich in den vergangenen Monaten  
als praktikabel erwiesen haben, müssen sich darin wie-  
derfinden. Die individuelle Förderung darf dabei nicht  
unter die Räder geraten.

Dieses Gesamtkonzept muss allen Beteiligten deutlich  
machen, welche Maßnahmen generell im Fall einer ge-  
sundheitlichen Krise getroffen werden und wie der Aus-  
fall von Präsenzunterricht, Erziehung und Betreuung  
kompensiert wird. Hierbei ist es wichtig, dass verschie-  
denste Akteure und damit auch akut betroffenes Lehr-  
personal, in die Erstellung des Konzepts eingebunden  
werden. Die Verantwortung darf nicht – wie 2020/2021  
geschehen – auf Familien, PädagogInnen und Bildungs-  
träger abgewälzt werden. Bildungseinrichtungen müs-  
sen durch das Land für unterschiedliche Szenarien ge-  
rüstet sein.

Infektionsschutz und Bildungsförderung dürfen dabei  
nicht gegeneinander ausgespielt werden: Kinder und  
Jugendliche haben ein Recht auf Gesundheit und auf  
Bildung; und PädagogInnen haben ein Recht darauf,  
ihrem Beruf nachzugehen, ohne vermeidbare Anste-  
ckungsrisiken in Kauf nehmen zu müssen.

In erster Linie müssen daher einheitliche Hygienestan-  
dards für allgemein- und berufsbildende Schulen und  
Kindertageseinrichtungen definiert werden. Dies be-  
trifft die Infrastruktur, also sämtliche Räumlichkeiten,  
Lüftungsmöglichkeiten, die Reinigung von Bildungsein-  
richtungen sowie – wenn nötig – den Schutz von Per-  
sonen durch Schutzausrüstung wie Masken und Desin-  
fektionsmittel. Voraussetzung ist ein finanzielles Enga-  
gement durch das Land. Wir fordern hierfür die Fortset-  
zung des Programms aus unserer Regierungszeit, nun  
als „Gute Schule 2025“ betitelt.

Darüber hinaus erneuern wir unsere Forderung nach  
einem Schulbau-Notprogramm. Hier müssen Land und  
Kommunen gemeinsam agieren. Denn auch wenn for-  
mal die kommunalen Schulträger die Verantwortung

645 ternet verfügt, braucht die entsprechenden Räumlich-  
646 keiten an seiner Hochschule. In Krisenzeiten brauchen  
647 Studierende zudem schnelle finanzielle Hilfe und nicht  
648 erst dann, wenn der oder die Studierende nachweist,  
649 dass sie über keinerlei finanzielle Mittel mehr verfügt.

650

### 651 **Digitale Infrastruktur und Endgeräte**

652

653 Die Basis aller Anstrengungen ist der Ausbau der di-  
654 gitalen Infrastruktur an Bildungseinrichtungen durch  
655 die Versorgung sowohl mit leistungsfähigen Internet-  
656 zugängen als auch mit Endgeräten. Damit die Schulträ-  
657 ger dies leisten können, müssen die Kommunen regel-  
658 mäßig unterstützt werden. Dabei darf die Pflege dieser  
659 Infrastruktur nicht außer Acht gelassen werden: Päd-  
660 agogInnen sollen keine IT-ExpertInnen werden müs-  
661 sen, sondern müssen im Umgang geschult und bereits  
662 im Studium an die Thematik herangeführt werden. Es  
663 braucht also zusätzliches Personal für Support und War-  
664 tung sowie Fachkräfte für die gezielte Aus- und Fortbil-  
665 dung von PädagogInnen. Auch muss eindeutig festge-  
666 legt werden, wo das jeweilige Personal beschäftigt sein  
667 wird.

668

669 Die kommunale Finanzsituation darf nicht den „Di-  
670 gital Divide“ zwischen Bildungseinrichtungen in „rei-  
671 che“ und „arme“ Kommunen verschärfen. Gerade in  
672 benachteiligten Regionen werden besonders dringend  
673 Ressourcen für die Unterstützung von Kindern, Jugend-  
674 lichen und Familien gebraucht. Daher gilt die Forderung  
675 „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“. In die-  
676 sem Zusammenhang wollen wir auch eine sozialindex-  
677 basierte Verteilung von Mitteln in allen Bildungsberei-  
678 chen umsetzen.

679

680 Der „DigitalPakt Schule“ der Bundesregierung stellt  
681 NRW bis 2021 eine Milliarde Euro zu Verfügung. Wir  
682 brauchen eine Verstetigung der Investitionen und ihrer  
683 Finanzierbarkeit und vor allem die nachhaltige Siche-  
684 rung von Support, Pflege und Ersatzbeschaffungen. Es  
685 reicht nicht, die Software und Hardware in einer einma-  
686 ligen Aktion in die Bildungseinrichtungen zu tragen. Der  
687 DigitalPakt 2.0 muss kommen.

688

689 Unsere Position ist klar: Lernmittel müssen kostenfrei  
690 sein. Dieser Grundsatz muss selbstverständlich auch für  
691 digitale Endgeräte gelten. Jedes Kind und jede/jeder Ju-  
692 gendliche muss mindestens leihweise Zugriff auf ein  
693 Gerät haben, wenn dies pädagogisch geboten ist.

694 Zentral bleibt: Kinder und Jugendliche müssen in Prä-  
695 senz lernen, die Geräte für Bildungszwecke zu nutzen,  
696 um selbstorganisiert damit arbeiten zu können. Der  
697 Bundesbildungsbericht zeigt, dass es keinen Automatis-  
698 mus zwischen der Verfügbarkeit digitaler Ausstattung  
699 und ihrer tatsächlichen Nutzung gibt – weder bei Päd-  
700 agogInnen noch bei Kindern und Jugendlichen. Die Ver-  
701 teilung von Endgeräten erfordert daher Vorbereitung  
702 und Begleitung und sollte gezielt und bedarfsorientiert  
703 und nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen.

für die Ausstattung der Schulgebäude haben, kann es  
ohne eine neue „Verantwortungsgemeinschaft“ nicht  
zu einer raschen und guten Lösung kommen. Die ge-  
genwärtigen Verflechtungen zwischen Bund, Ländern  
und Kommunen sind nicht mehr zeitgemäß und schwer  
durchschaubar. Zudem lähmen sie Prozesse eher, als  
Lösungen zu bieten. Daher bekräftigen wir unsere For-  
derung nach einem „New Deal“. ExpertInnen, darunter  
auch VertreterInnen z.B. der Städte und Gemeinden, un-  
terstützen uns hierbei.

Im Vorfeld einer gesundheitlichen Krise braucht es ver-  
lässliche Kriterien, für welche Gruppen der intensivere  
Einsatz von Lernen auf Distanz in Frage kommt. Wir sind  
der Überzeugung, dass für jüngere und für bildungs-  
benachteiligte Kinder möglichst viel Präsenz vorgese-  
hen werden muss. Jugendliche, beispielweise Schüle-  
rInnen in den Oberstufen, können überwiegend bes-  
ser mit den Angeboten des Distanzlernens umgehen.  
Unabhängig von der tatsächlichen Ausgestaltung einer  
solchen Richtlinie ist für uns klar, dass Ressourcen stra-  
tisch eingesetzt werden müssen.

Unabhängig gilt, dass die zu unterrichtenden Gruppen  
verkleinert werden müssen, um das Lehrpersonal zu  
entlasten und die Ansteckungsrisiken zu minimieren.  
Bevor Kinder und Jugendliche im Ernstfall doch nach  
Hause geschickt werden, müssen alle vorgelagerten  
Maßnahmen geprüft und ausgeschöpft werden. Da-  
zu gehört Unterricht auf Abstand, welcher mit Dis-  
tanzlernphasen kombiniert wird. Des Weiteren müssen  
auch außerschulische Lernorte und, falls vorhanden,  
das dortige Personal einbezogen werden. Und wenn  
Schul- oder Klassenschließungen unvermeidbar sind,  
muss es für Kinder und Jugendliche mit besonderem  
Unterstützungsbedarf Orte für das betreute Lernen in  
Kleingruppen geben.

Die in unserem Land garantierte Rechtssicherheit darf  
auch und gerade in einer Krise nicht gefährdet oder  
gar außer Acht gelassen werden. Dies gilt für den Ein-  
satz der Fach- und Lehrkräfte, den Einsatz kommerzi-  
eller Chat- und Videokonferenzprogramme, für die Be-  
notung und Versetzung und den Umgang mit Veran-  
staltungen und Klassenfahrten. Ziel muss eine recht-  
lich sichere Lösung sein, durch die die Verantwortung  
nicht allein bei den betroffenen Fach- und Lehrkräften  
verbleibt. Selbstverständlich muss dieser Rechtsrahmen  
ebenso berücksichtigen, dass Kinder und Jugendliche  
mögliche Bildungsnachteile, die sich bspw. durch Schul-  
schließungen hinnehmen mussten, ausgleichen bzw.  
nachholen können.

Der Digitalisierung kommt im Angesicht der Pandemie-  
Bekämpfung eine besondere Rolle zu, weil die Krise  
das Lernen auf Distanz erfordert, wenn analoge Struk-  
turen wegbrechen. In der Krise müssen für Distanz-  
lernen erforderliches Know-How und Ausstattung zur  
Verfügung stehen. Dementsprechend muss das NRW-

704  
 705 Der Endgeräte- und Softwaremarkt ist vielfältig. Es  
 706 ist nicht die Aufgabe von PädagogInnen, sich diesen  
 707 Markt zu erschließen. Es braucht Rahmenverträge. Sei-  
 708 tens des Ministeriums muss daher ein Katalog definiert  
 709 werden, aus dem Bildungseinrichtungen und Pädago-  
 710 gInnen wählen können. PädagogInnen brauchen dazu  
 711 medien- und informationstechnische Basiskompeten-  
 712 zen – ihre Kernaufgabe (und Kernkompetenz) ist und  
 713 bleibt aber die pädagogische Gestaltung und Vermitt-  
 714 lung von Bildung. Die technische Infrastruktur muss  
 715 demnach stets nutzungsfreundlich gestaltet sein.

716  
 717 **Digitale Lehr-Lern-Mittel (Internetangebote, Lernpro-**  
 718 **gramme und Co.)**  
 719

720 Die effektive Nutzung digitaler Lehr-Lern-Mittel, wie im  
 721 Internet abrufbare Videos, Online-Tutorials und Lern-  
 722 programme, muss altersgerecht forciert werden. In Kit-  
 723 tas werden solche Lernanwendungen bislang eher zö-  
 724 gerlich und nicht systematisch genutzt, in Schulen gibt  
 725 es große Unterschiede.

726  
 727 Eine Plattform, über die digitale Lernanwendungen be-  
 728 reitgestellt und sowohl innerhalb der Bildungseinrich-  
 729 tung als auch dezentral abgerufen werden können, ist  
 730 die notwendige Grundlage für eine systemische Ver-  
 731 besserung. Bislang bildet die Nutzung von Schulser-  
 732 vern eher die Ausnahme. Für Schulen besteht eine sol-  
 733 che Plattform über das (weiterzuentwickelnde) System  
 734 „Logineo NRW“; auch Kitas könnten von einer solchen  
 735 Lösung profitieren. Lehr-Lern-Mittel müssen, bevor sie  
 736 auf den Plattformen angeboten werden, ebenso wie  
 737 Schulbücher einer vorigen Prüfung unterzogen und zu-  
 738 gelassen werden.

739  
 740 Gelingen wird die Integration digitaler Lernanwendun-  
 741 gen nur, wenn auch zeitliche und damit personelle Res-  
 742 sourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Mangel  
 743 an Lehrkräften, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen  
 744 stellt jedoch schon jetzt ein zentrales Problem dar, vor  
 745 allem in Schulen in benachteiligten Sozialräumen. Kurz-  
 746 fristige Abhilfe ermöglicht hier der Einsatz von (im Ideal-  
 747 fall medienkompetenten) QuereinsteigerInnen, die be-  
 748 gleitend pädagogisch qualifiziert und deren Potenziale  
 749 wertgeschätzt werden müssen.

750  
 751 **Digitale Lehr-Lern-Werkzeuge (synchrone Kommunika-**  
 752 **tion)**  
 753

754 Während Lehr-Lern-Mittel zur individuellen, ggf. auch  
 755 selbstorganisierten und zeitlich unabhängigen („asyn-  
 756 chronen“) Nutzung bereitgestellt werden, geht es bei  
 757 Werkzeugen um („synchrone“) Kommunikation – zwi-  
 758 schen Lehrenden und Lernenden, zwischen Lernenden  
 759 untereinander und zwischen Bildungseinrichtung und  
 760 Eltern.

761  
 762 Werkzeuge können angesichts der Entwicklungsbedar-

Lernmanagementsystem „Logineo“ nun schnellstmög-  
 lich weiterentwickelt werden.

Lernanwendungen, die seit Beginn der Corona-  
 Pandemie zunächst schnell und als Notlösung einge-  
 setzt wurden, müssen nun auf ihren Nutzen überprüft  
 und ggf. in pädagogische Konzepte integriert werden.

**Wir müssen die Digitalisierung im Bildungswesen be-**  
**schleunigen**

Die Digitalisierung im Bildungswesen, insbesondere  
 das Lernen und Lehren auf Distanz, erweist sich in der  
 Krise als Schlüssel dafür, dass Bildung, wenn auch kom-  
 pensiert, durch die entsprechenden Einrichtungen noch  
 stattfinden konnte.

Bereits vor der Pandemie war klar, dass ein souveräner  
 Umgang mit Computer- und Informationstechnik für  
 das gesamte Bildungswesen zukunftsrelevant ist. Die  
 Digitalisierung darf jedoch nicht an den Kindern, Ju-  
 gendlichen und jungen Erwachsenen aus einkommens-  
 schwachen Familien vorbeiziehen. Wie sich während  
 der Pandemie erneut gezeigt hat, stehen ihnen oft-  
 mals nicht die technischen Endgeräte, ein ausreichen-  
 der Internetanschluss sowie ein geeigneter Arbeits-  
 (Lern-)platz zur Verfügung. Vor allem aber fehlt es vie-  
 len Kindern, Jugendlichen und Eltern an den für die Nut-  
 zung digitaler Lernmöglichkeiten erforderlichen Kom-  
 petenzen. Chancengleichheit besteht nicht, wenn der  
 Zugang zur digitalen Bildung von Einkommen und Bil-  
 dungsnähe des Elternhauses abhängt. Zudem sind die  
 Nutzungsmöglichkeiten zwischen Bildungseinrichtun-  
 gen ungleich verteilt, sodass sich sowohl soziale als  
 auch regionale und quartiersbezogene Ungleichheiten  
 im Zugang zu Bildung verschärfen. Auch hat sich wäh-  
 rend der Pandemie gezeigt, dass die Bedürfnisse der  
 Kinder und Jugendlichen mit geistigen und körperlichen  
 Beeinträchtigungen sowie ihrer Familien nicht ausrei-  
 chend berücksichtigt wurden. Sie wurden mit den Her-  
 ausforderungen der Krise faktisch alleingelassen, unge-  
 achtet ihres verbrieften Rechts auf Bildung und Teilha-  
 be.

Um beste Bildung in und für NRW zu realisieren, müs-  
 sen die Potenziale der Digitalisierung genutzt werden.  
 Diese liegen aus sozialdemokratischer Perspektive vor  
 allem in der Verbesserung von Teilhabe und Chancen-  
 gleichheit. Eine so verstandene „digitale Bildung“ er-  
 setzt weder pädagogisches Handeln noch die persön-  
 lichen Beziehungen zwischen PädagogInnen und Kin-  
 dern, Jugendlichen und ihren Familien. Die Digitalisie-  
 rung muss vielmehr eingebunden sein in ein Gesamt-  
 konzept und ist kein Selbstzweck, sondern ein Instru-  
 ment, dessen Einsatz sich an bildungspolitischen Zielen  
 messen lassen muss.

Eine teilhabe- und chancenorientierte Förderung von  
 Kindern und Jugendlichen erfordert eine früh einset-

763 fe in der Nutzungskompetenz die Voraussetzungen für  
764 eine effektive Nutzung von digitalen Lernanwendun-  
765 gen verbessern und deren Einsatz vorbereiten, unter-  
766 stützen und begleiten. Vor allem aber bieten sie Mög-  
767 lichkeiten für Partizipation: Lernende bearbeiten nicht  
768 nur durch digitale Lernanwendungen vorgegebene Auf-  
769 gaben, sondern gestalten den Lernprozess in Interakti-  
770 on mit den Lehrenden aktiv mit.

771  
772 Diese aktive und aktivierende Nutzung von digitalen  
773 Werkzeugen ist im Vergleich zum Einsatz digitaler Lern-  
774 anwendungen sowohl deutlich weniger verbreitet als  
775 auch wesentlich voraussetzungsvoller: Synchrone Kom-  
776 munikation erfordert eine größere Leistungsfähigkeit  
777 von Geräten und Internetzugängen sowie die Organisa-  
778 tion von gemeinsamen Zeitfenstern der Beteiligten.

779  
780 Plattformen für die Bereitstellung von Lernanwendun-  
781 gen müssen ergänzt werden um Tools für Chats und Vi-  
782 deokonferenzen. Einsetzbar sind diese Werkzeuge für  
783 die Kontaktpflege mit Kindern, Jugendlichen und El-  
784 tern, für thematische Einführungen als Vorbereitung  
785 der Nutzung von Lernanwendungen, für die Arbeit mit  
786 Kleingruppen und die individuelle Förderung sowie mit  
787 zunehmendem Alter immer mehr auch für selbstge-  
788 steuerte Gruppenarbeiten und das kollaborative Ler-  
789 nen.

790  
791 In der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass Bildungs-  
792 einrichtungen kaum auf den Einsatz derartiger Werk-  
793 zeuge vorbereitet waren. Die Nutzung hing (und hängt)  
794 weitgehend von der „Medienkultur“ an der jeweili-  
795 gen Schule und vom Engagement einzelner PädagogIn-  
796 nen ab – und von ihrer Bereitschaft, für Chats und Vi-  
797 deokonferenzen privat beschaffte oder frei zugängliche  
798 (und damit im Hinblick auf Datenschutz, Stabilität  
799 und Nutzungsmöglichkeiten oft suboptimale) Tools zu  
800 nutzen. Dies ist umso problematischer, als bei fehlen-  
801 den Präsenzkontakten kommunikative Formate unbed-  
802 ingt erforderlich sind – nicht nur für die Begleitung von  
803 Lernprozessen und die Nutzung von Lernanwendungen,  
804 sondern vor allem für die Pflege der Beziehungen zwi-  
805 schen PädagogInnen und Kindern und Jugendlichen so-  
806 wie ihren Familien. Dass die meisten Eltern in irgendei-  
807 ner Weise mit digitalen Medien umgehen, kann für die  
808 Kontaktpflege zu den Familien mit Hilfe digitaler Werk-  
809 zeuge genutzt werden.

#### 810 **Digitale Organisation und Verwaltung**

811  
812  
813 Digitale Technologien können Arbeits- und Handlungs-  
814 abläufe in Bildungseinrichtungen erleichtern, um letzt-  
815 lich mehr pädagogische Ressourcen zur Verfügung stel-  
816 len zu können. Hierzu gehören die Verwaltung von  
817 SchülerInnen Daten sowie von Lehrkräften und weite-  
818 rem Personal, aber z. B. auch die Erstellung von Stun-  
819 denplänen und Dienstplänen.

820  
821 Gleichzeitig können anonymisierte Schülerdaten ein

zende, niederschwellig und sozialraumorientiert an-  
gelegte Unterstützung von Familien. Sie erfordert die  
Bildungs- und Erziehungspartnerschaft zwischen Bil-  
dungseinrichtungen und Eltern, gute Lernbedingungen,  
individuelle Förderung und eine kognitiv und sozial ak-  
tivierende, kompetenzorientierte Gestaltung von Ler-  
nen. Und sie erfordert die Begleitung der Bildungslauf-  
bahn einschließlich der Übergänge von Kita zu Schule,  
von Grund- zu weiterführender Schule und in Ausbil-  
dung oder Studium. Während der Corona-Pandemie hat  
sich besonders deutlich gezeigt, dass diese bildungspo-  
litischen Ziele bisher nicht erreicht werden.

#### **Die Digitalisierung betrifft die gesamte Bildungsbiografie**

Die Digitalisierung im Bildungsbereich muss die gesam-  
te Bildungsbiografie eines Menschen in den Blick neh-  
men: von der Frühen Bildung bis zur Ausbildung und  
Hochschule und darüber hinaus.

Auch in der Frühen Bildung können digitale Instru-  
mente und digitale Bildung sinnvoll eingesetzt und  
gefördert werden, z. B. Lernprogramme oder Online-  
Angebote. Der Austausch zwischen ErzieherInnen und  
Eltern kann durch digitale Unterstützung vereinfacht  
werden. Die Landesregierung hat hier – trotz Studien  
zur Digitalisierung in der frühkindlichen Bildung – in der  
Pandemie nichts unternommen, sondern Einrichtungen  
allein gelassen. Diese haben mit digitalen Morgenkrei-  
sen und anderen Angeboten je nach individueller Mög-  
lichkeit vor Ort versucht, Kontakt zu den Kindern und Fa-  
milien zu halten. Dies ist sowohl in der Frage des Kinder-  
schutzes wesentlich als auch in der Frage nach Teilha-  
be an Bildung. Konzepte, die in zahlreichen Einrichtun-  
gen erarbeitet wurden, müssen in die Fläche getragen  
werden. Dafür müssen Kitas mit entsprechender Tech-  
nik und Medienkompetenz ausgestattet und die Ver-  
netzung zu Best-Practice-Beispielen gefördert werden.

Zu wenig beachtet wurde bisher die Funktion der Be-  
rufskollegs für den Ausgleich von Bildungsbenachteilig-  
ung. Sie ermöglichen Chancen und haben gleichzei-  
tig eine hohe Bedeutung für unseren Arbeitsmarkt. Ins-  
besondere in Bildungsgängen, die auf den Hauptschul-  
oder einen mittleren Schulabschluss vorbereiten, müs-  
sen digitale Schlüsselkompetenzen systematisch ver-  
mittelt und die Potenziale der Digitalisierung für die  
individuelle Förderung und das Ermöglichen von Bil-  
dungsaufstiegen genutzt werden. Viele Berufskollegs  
haben bereits mit großem Engagement entsprechen-  
de Konzepte entwickelt; deren Weiterentwicklung und  
Transfer müssen gezielt gefördert werden.

Hochschulen haben sich in den Corona-Lockdown-  
Phasen als anpassungsfähig, innovativ und flexibel ge-  
zeigt – Semesterstarts und Fristen wurden verschoben,  
viele Veranstaltungen wurden auf digitale Formate um-  
gestellt. Doch auch hier zeigt sich, dass Studierende in

822 Baustein im schulischen und kommunalen Bildungs-  
 823 monitoring werden. Bislang ist der selbstverständlich  
 824 erforderliche Datenschutz an vielen Stellen ein Pro-  
 825 blem, für das eine angemessene Lösung erarbeitet wer-  
 826 den muss. Die Auswertung von Bildungsverlaufsdaten  
 827 könnte helfen, gezielte Maßnahmen zur Verbesserung  
 828 von Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu entwickeln.

829  
 830 **Resümee**

831  
 832 25 Jahre nach der Veröffentlichung des Abschlussbe-  
 833 richtes der Johannes Rau-Kommission „Zukunft der Bil-  
 834 dung – Schule der Zukunft“ sind die damals visionä-  
 835 ren und über Parteigrenzen hinweg erarbeitenden Vor-  
 836 schläge nur wenig bis kaum umgesetzt. Auf der einen  
 837 Seite stehen verschiedene parteipolitische Interessen,  
 838 auf der anderen Seite fehlende finanzielle Zusagen und  
 839 Streit um Verantwortungsbereiche der konkreten Um-  
 840 setzung im Weg – gerade und vor allem beim Schulbau  
 841 oder aktuell zur Digitalisierung. Dies müssen wir ange-  
 842 sichts der zunehmenden sozialen Ungerechtigkeit und  
 843 Ungleichheit in unserem Bildungssystem ändern. Immer  
 844 mehr Kinder und Jugendliche erfahren keine för-  
 845 derliche Bildungsbiographie – Aufstiegsmöglichkeiten  
 846 nehmen rapide ab. Es besteht dringender Handlungs-  
 847 bedarf. Dabei ist es notwendig, gemeinsam über Partei-  
 848 grenzen hinweg alle Kräfte zu bündeln und für die Kin-  
 849 der und Jugendlichen das Bildungssystem den Anfor-  
 850 derungen des 21. Jahrhundert anzupassen. Zum Wohle  
 851 der Kinder müssen wir dies gemeinsam angehen. Denn  
 852 nur zusammen werden wir zu einer bildungspolitischen  
 853 Lösung kommen, die gleichzeitig zeitgemäß und zu-  
 854 kunftsweisend ist und dabei kein Kind zurücklässt.

855  
 856 **Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fortschritt**  
 857

858 NRW ist ein wirtschaftliches Schwergewicht. Wir sind  
 859 also ein echter Motor – mitten in Europa. Doch die wirt-  
 860 schaftlichen Folgen der Corona-Krise treffen NRW hart:  
 861 In bestimmten Branchen hatten wir bereits vor der Krise  
 862 Schwierigkeiten. Dort ist der Handlungsdruck massiv  
 863 gestiegen. Deshalb braucht es jetzt ein entschiedenes  
 864 Gegensteuern. Wir wollen unsere Wirtschaft wieder in  
 865 Gang bringen und die Rezession überwinden. Dafür sind  
 866 wir bereit, massiv in den Wirtschaftsstandort NRW und  
 867 seine Beschäftigten zu investieren.

868  
 869 Doch es gibt auch Branchen, die eine klare Perspektive  
 870 haben, aber aufgrund von auferlegten Maßnahmen zur  
 871 Pandemiebekämpfung nur eingeschränkt oder teils gar  
 872 nicht wirtschaften können. Allen voran steht die Ver-  
 873 anstaltungswirtschaft als akut bedrohte Branche. Sie  
 874 hat – wie viele andere auch – die von Bund und Län-  
 875 dern auferlegten Maßnahmen zur Pandemiebekämp-  
 876 fung bisher sämtlich mitgetragen. Bei den beschlosse-  
 877 nen Hilfsmaßnahmen für Unternehmen wurde die Ver-  
 878 anstaltungswirtschaft jedoch bisher unzureichend be-  
 879 rücksichtigt. Tausende Einzelunternehmer, kleine und  
 880 mittelständische Unternehmen erhalten nicht die nöti-

finanziell schwächeren Situationen stark von der Kri-  
 se betroffen waren und sind. Räume zur PC-Nutzung  
 schlossen ebenso wie Bibliotheken. Wer zuhause über  
 schlechtes oder gar kein Internet verfügt, konnte nicht  
 an den Lehrveranstaltungen teilnehmen. Auch fielen  
 Aufgrund des Lockdowns viele Nebentätigkeiten weg.  
 Dabei wurde außer Acht gelassen, dass viele Studieren-  
 de eben nicht, oder nur unzureichend, durch ihr Eltern-  
 haus finanziell abgesichert sind und somit in ernsthafte  
 finanzielle Probleme gerieten. Während es für die Wirt-  
 schaft schnell Konjunkturprogramm gab, fühlten sich  
 viele Studierende im Stich gelassen. Für uns gilt daher,  
 dass an den Hochschulen nicht nur die nötige digitale  
 Infrastruktur gegeben sein muss, sondern auch, dass je-  
 de/jeder Studierende den Zugang zu digitalen Endgerä-  
 ten braucht. Wer zuhause über kein (ausreichendes) In-  
 ternet verfügt, braucht die entsprechenden Räumlich-  
 keiten an seiner Hochschule. In Krisenzeiten brauchen  
 Studierende zudem schnelle finanzielle Hilfe und nicht  
 erst dann, wenn der oder die Studierende nachweist,  
 dass sie über keinerlei finanzielle Mittel mehr verfügt.

**Digitale Infrastruktur und Endgeräte**

Die Basis aller Anstrengungen ist der Ausbau der di-  
 gitalen Infrastruktur an Bildungseinrichtungen durch  
 die Versorgung sowohl mit leistungsfähigen Internet-  
 zugängen als auch mit Endgeräten. Damit die Schulträ-  
 ger dies leisten können, müssen die Kommunen regel-  
 mäßig unterstützt werden. Dabei darf die Pflege dieser  
 Infrastruktur nicht außer Acht gelassen werden: Päd-  
 agogInnen sollen keine IT-ExpertInnen werden müs-  
 sen, sondern müssen im Umgang geschult und bereits  
 im Studium an die Thematik herangeführt werden. Es  
 braucht also zusätzliches Personal für Support und War-  
 tung sowie Fachkräfte für die gezielte Aus- und Fortbil-  
 dung von PädagogInnen. Auch muss eindeutig festge-  
 legt werden, wo das jeweilige Personal beschäftigt sein  
 wird.

Die kommunale Finanzsituation darf nicht den „Di-  
 gital Divide“ zwischen Bildungseinrichtungen in „rei-  
 che“ und „arme“ Kommunen verschärfen. Gerade in  
 benachteiligten Regionen werden besonders dringend  
 Ressourcen für die Unterstützung von Kindern, Jugend-  
 lichen und Familien gebraucht. Daher gilt die Forderung  
 „Ungleiches muss ungleich behandelt werden“ noch  
 dringlicher. In diesem Zusammenhang wollen wir auch  
 eine sozialindexbasierte Verteilung von Mitteln in al-  
 len Bildungsbereichen umsetzen. Das heißt: die besten  
 und viele Lehrkräfte dorthin, wo sie am dringendsten  
 gebraucht werden. Die schwarze-gelbe Mogelpackung,  
 die diese Landesregierung „Index“ nennt, werden wir  
 korrigieren.

Der „DigitalPakt Schule“ der Bundesregierung stellt  
 NRW bis 2021 eine Milliarde Euro zu Verfügung. Wir  
 brauchen eine Verstetigung der Investitionen und ihrer  
 Finanzierbarkeit und vor allem die nachhaltige Siche-

881 gen Hilfen, die notwendig sind, um massenhafte Entlas-  
882 sungen und Insolvenzen zu verhindern. Hier müssen be-  
883 stehende Überbrückungs- und Kreditprogramme ange-  
884 passt werden, um ihre gewollte Wirkung zu entfalten.  
885

886 Gleichzeitig muss die Innovationskraft, die in diesen  
887 Branchen liegt, gefördert werden. Auch mit Corona gibt  
888 es Wege, wie Veranstaltungen, Gastronomie und an-  
889 dere Wirtschaftsfelder wieder möglich werden. Rich-  
890 tungsweisend ist das Förderprogramm zur Umrüstung  
891 von Klimaanlage, um die Ansteckungsgefahr zu verrin-  
892 gern. Aus eigener Kraft wäre eine solche Investition für  
893 viele Unternehmen nicht zu stemmen. Es gibt weitere  
894 Ansätze, die nun gefördert werden müssen.  
895

896 Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, wie sehr  
897 ganze Länder, Wirtschaftssektoren, Unternehmen und  
898 Beschäftigte aufeinander angewiesen sind. Gerade in  
899 NRW leben viele Dienstleistungsunternehmen und de-  
900 ren Beschäftigte von der Wertschöpfung und den Auf-  
901 trägen der Industrie. Aber ohne ErzieherInnen, Verkäuf-  
902 erInnen oder TransportarbeiterInnen ist die Industrie  
903 nicht produktiv. Ohne ein starkes Gesundheits- und  
904 Bildungssystem sind Wirtschaft und Wohlstand unge-  
905 schützt und krisenanfällig. Die Corona-Krise zeigt uns  
906 drastisch, wo wir in NRW noch besser werden müssen.  
907

908 Für die Sozialdemokratie müssen sich Investitionen da-  
909 her an drei Kriterien ausrichten: wir wollen ökonomi-  
910 schen, ökologischen und sozialen Fortschritt. Wir wol-  
911 len in neue digitale und klimaschonende Technologien  
912 investieren, in ein besseres und gerechteres Bildungs-  
913 system und nicht zuletzt in einen besseren Sozialstaat,  
914 der Leistungsgerechtigkeit, Sicherheit und Zusammen-  
915 halt garantieren kann.  
916

917 Eine zentrale Säule, auf der der Wohlstand in NRW auf-  
918 baut, ist der europäische Binnenmarkt. Im Jahr 2019 er-  
919 wirtschaftete die Beschäftigten in NRW Exporterlöse  
920 von über 190 Mrd. EUR, das sind 27 Prozent der gesam-  
921 ten Wirtschaftsleistung. Ein Großteil davon geht in die  
922 europäischen Nachbarländer. Aber auch die USA und  
923 China sind wichtige Handelspartner. Gerade in Zeiten,  
924 in denen die Globalisierung ihre Dynamik ändert, ist  
925 der Zusammenhalt und die politische Gestaltung im  
926 Rahmen der Europäischen Union wesentlich. Der Brex-  
927 it zeigt, dass die Existenz dieser EU und des Binnen-  
928 marktes bedroht ist, wenn keine solidarischen Antwor-  
929 ten gefunden werden. Der europäische Wiederaufbau-  
930 fonds ist ein historisch wichtiger Beitrag für eine solche  
931 solidarische Antwort.  
932

933 Rund 25 Prozent der ArbeitnehmerInnen arbeiten der-  
934 zeit im Homeoffice und spüren den Fortschritt der Di-  
935 gitalisierung in bislang nicht gekanntem Ausmaß. On-  
936 linehandel, virtuelle Austauschformen und digitalisier-  
937 te Prozesse in Unternehmen nehmen weiter Fahrt auf.  
938 Selbst dort, wo wie etwa in der Pflege oder auch im Tou-  
939 rismus, der Kultur oder der Gastronomie die direkten

rung von Support, Pflege und Ersatzbeschaffungen. Es  
reicht nicht, die Software und Hardware in einer einma-  
ligen Aktion in die Bildungseinrichtungen zu tragen. Der  
DigitalPakt 2.0 muss kommen.

Unsere Position ist klar: Lernmittel müssen kostenfrei  
sein. Dieser Grundsatz muss selbstverständlich auch für  
digitale Endgeräte gelten. Jedes Kind und jede/jeder Ju-  
gendliche muss mindestens leihweise Zugriff auf ein  
Gerät haben.

Zentral bleibt: Kinder und Jugendliche müssen in Prä-  
senz lernen, die Geräte für Bildungszwecke zu nutzen,  
um selbstorganisiert damit arbeiten zu können. Der  
Bundesbildungsbericht zeigt, dass es keinen Automatis-  
mus zwischen der Verfügbarkeit digitaler Ausstattung  
und ihrer tatsächlichen Nutzung gibt – weder bei Päd-  
agogInnen noch bei Kindern und Jugendlichen. Die Ver-  
teilung von Endgeräten erfordert daher Vorbereitung  
und Begleitung und sollte gezielt und bedarfsorientiert  
und nicht nach dem Gießkannenprinzip erfolgen.

Der Endgeräte- und Softwaremarkt ist vielfältig. Es  
ist nicht die Aufgabe von PädagogInnen, sich diesen  
Markt zu erschließen. Es braucht Rahmenverträge. Sei-  
tens des Ministeriums muss daher ein Katalog definiert  
werden, aus dem Bildungseinrichtungen und Pädago-  
gInnen wählen können. PädagogInnen brauchen dazu  
medien- und informationstechnische Basiskompeten-  
zen – ihre Kernaufgabe (und Kernkompetenz) ist und  
bleibt aber die pädagogische Gestaltung und Vermitt-  
lung von Bildung.

**Digitale Lehr-Lern-Mittel (Internetangebote, Lernpro-  
gramme und Co.)**

Die effektive Nutzung digitaler Lehr-Lern-Mittel, wie im  
Internet abrufbare Videos, Online-Tutorials und Lern-  
programme, muss altersgerecht forciert werden. Hier  
gibt es noch große Unterschiede.

Eine Plattform, über die digitale Lernanwendungen be-  
reitgestellt und sowohl innerhalb der Bildungseinrich-  
tung als auch dezentral abgerufen werden können, ist  
die notwendige Grundlage für eine systemische Ver-  
besserung. Bislang bildet die Nutzung von Schulser-  
vern eher die Ausnahme. Für Schulen besteht eine sol-  
che Plattform über das System „Logineo NRW“. Logi-  
neo kann perspektivisch eine Lösung sein, ist aber für  
viele noch nicht wirklich überzeugend und muss daher  
schnellstmöglich weiterentwickelt werden. Auch Kitas  
könnten von einer solchen Lösung profitieren. Die Lan-  
desregierung hat bereits Ergebnisse einer Modellstu-  
die zum Umgang mit Digitalisierung in Kitas vorliegen.  
Trotz Pandemie und der damit verbundenen Herausfor-  
derungen in allen Bildungsbereichen, hat die Landesre-  
gierung es nicht für nötig gehalten, die Kitas entspre-  
chend auszustatten und systematisch zu befähigen, mit  
den Kindern medienkompetent zu arbeiten. Auch auf

940 Begegnungen von Menschen für unsere Lebensqualität  
 941 auch künftig unabdingbar sind, erleichtern digitale Lö-  
 942 sungen bereits häufig das Leben. Die Debatte um die  
 943 Corona-App hat gezeigt, wie wichtig dabei die digitale  
 944 Souveränität für jede Einzelne und jeden Einzelnen ist.  
 945 Parallel legt die Krise die Mängel in NRW bei der Glas-  
 946 faserinfrastruktur, beim digitalen Lernen in Schule und  
 947 Hochschule oder auch bei den Server- und Datenver-  
 948 arbeitungskapazitäten oder den digitalen Plattformen  
 949 schonungslos offen.

950  
 951 Der gesellschaftliche Umbau zu einer klimafreundlichen  
 952 Wirtschaft ist nicht nur eine technologische Fra-  
 953 ge, sondern auch und zuvorderst eine Frage der Vertei-  
 954 lung von Wohlstand. Wer um seinen Arbeitsplatz ban-  
 955 gen muss oder durch Einkommensverluste seine Miete  
 956 nicht mehr zahlen kann, wird schwer für Klimaschutz-  
 957 auflagen zu gewinnen sein. Trotzdem ist klar, dass unse-  
 958 re Wirtschaft klimagerecht umgestaltet werden muss,  
 959 wenn sie zukunftsfähig bleiben will. Auf diesem Weg  
 960 müssen wir auch die Bedürfnisse der KMU und ihren Be-  
 961 schäftigten im Blick behalten – schließlich stellen diese  
 962 in NRW einen ganz erheblichen Teil der sozialversiche-  
 963 rungspflichtigen Arbeitsplätze und spielen eine wichti-  
 964 ge Rolle im Bereich Innovation und Nachhaltigkeit. Wir  
 965 stellen fest: Der Klimaschutz ist ein Innovations- und  
 966 Jobmotor. Jedoch werden wir dafür Sorge tragen, dass  
 967 nicht einzelne soziale Schichten oder einzelne Berufs-  
 968 gruppen zurückgelassen werden. Nur so sichern wir ei-  
 969 ne breite Akzeptanz für die Transformation hin zu einer  
 970 klimaneutralen Wirtschaft.

971  
 972 Damit NRW das wirtschaftliche Schwergewicht im Her-  
 973 zen Europas bleibt, setzen wir auf Fortschritt: durch  
 974 neues Wissen, technologische Innovationen und sozia-  
 975 le Rechte. Gesellschaftlicher Fortschritt, das ist unsere  
 976 Vision, gelingt durch Solidarität. Unsere Vision baut auf  
 977 fünf Säulen.

978  
 979 **1. Ein aktiver Staat für den solidarischen Fortschritt**

980  
 981 Der Neustart erfolgt im Dialog. Wenn wir erfolgreich  
 982 sein wollen, dann müssen wir die unterschiedlichen In-  
 983 teressen in Einklang bringen. Es gilt Interessen von Be-  
 984 schäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kapi-  
 985 taleigentümern und vielen mehr abzuwägen. Anderen-  
 986 falls droht die erneute Polarisierung, wie wir sie bereits  
 987 heute in vielen gesellschaftlichen Fragen erleben. Poli-  
 988 tik hat das Wohl der Gesellschaft als Ganzes und für die  
 989 künftigen Generationen in den Blick zu nehmen. Stra-  
 990 tegische Projekte für technologische und soziale Inno-  
 991 vationen müssen sich diesen Gemeinwohlzielen unter-  
 992 ordnen. Dabei geht es nicht um die spezifische Technik-  
 993 auswahl, wohl aber um klare Ziele, wie etwa Umwelt-  
 994 grenzwerte und Indikatoren der sozial gerechten Wohl-  
 995 standsverteilung.

996  
 997 Als Querschnittsaufgabe und wichtige Grundlage  
 998 für eine dauerhaft an diesen Zielen ausgerichtete

Distanz muss es gelingen, den Kontakt zur Bildungsein-  
 richtung, zu Bezugspersonen und Gleichaltrigen zu er-  
 halten. Dazu müssen Einrichtungen und Familien ent-  
 sprechend ausgestattet sein. Lehr-Lern-Mittel müssen,  
 bevor sie auf den Plattformen angeboten werden, eben-  
 so wie Schulbücher einer vorigen Prüfung unterzogen  
 und zugelassen werden.

Gelingen wird die Integration digitaler Lernanwendun-  
 gen nur, wenn auch zeitliche und damit personelle Res-  
 ourcen zur Verfügung gestellt werden. Der Mangel  
 an Lehrkräften, ErzieherInnen und SozialpädagogInnen  
 stellt jedoch schon jetzt ein zentrales Problem dar, vor  
 allem in Schulen in benachteiligten Sozialräumen. Kurz-  
 fristige Abhilfe ermöglicht hier der Einsatz von (im Ideal-  
 fall medienkompetenten) QuereinsteigerInnen, die be-  
 gleitend pädagogisch qualifiziert und deren Potenziale  
 wertgeschätzt werden müssen.

**Digitale Lehr-Lern-Werkzeuge (synchrone Kommunika-  
 tion)**

Während Lehr-Lern-Mittel zur individuellen, ggf. auch  
 selbstorganisierten und zeitlich unabhängigen („asyn-  
 chronen“) Nutzung bereitgestellt werden, geht es bei  
 Werkzeugen um („synchrone“) Kommunikation – zwi-  
 schen Lehrenden und Lernenden, zwischen Lernenden  
 untereinander und zwischen Bildungseinrichtung und  
 Eltern.

Werkzeuge können angesichts der Entwicklungsbedar-  
 fe in der Nutzungskompetenz die Voraussetzungen für  
 eine effektive Nutzung von digitalen Lernanwendun-  
 gen verbessern und deren Einsatz vorbereiten, unter-  
 stützen und begleiten. Vor allem aber bieten sie Mög-  
 lichkeiten für Partizipation: Lernende bearbeiten nicht  
 nur durch digitale Lernanwendungen vorgegebene Auf-  
 gaben, sondern gestalten den Lernprozess in Interakti-  
 on mit den Lehrenden aktiv mit.

Diese aktive und aktivierende Nutzung von digitalen  
 Werkzeugen ist im Vergleich zum Einsatz digitaler Lern-  
 anwendungen sowohl deutlich weniger verbreitet als  
 auch wesentlich voraussetzungsvoller: Synchrone Kom-  
 munikation erfordert eine größere Leistungsfähigkeit  
 von Geräten und Internetzugängen sowie die Organisa-  
 tion von gemeinsamen Zeitfenstern der Beteiligten.

Plattformen für die Bereitstellung von Lernanwendun-  
 gen müssen ergänzt werden um Tools für Chats und Vi-  
 deokonferenzen. Einsetzbar sind diese Werkzeuge für  
 die Kontaktpflege mit Kindern, Jugendlichen und El-  
 tern, für thematische Einführungen als Vorbereitung  
 der Nutzung von Lernanwendungen, für die Arbeit mit  
 Kleingruppen und die individuelle Förderung sowie mit  
 zunehmendem Alter immer mehr auch für selbstge-  
 steuerte Gruppenarbeiten und das kollaborative Ler-  
 nen.

999 Wirtschafts- und Industriepolitik (s. auch Antrag zu  
1000 Industriepolitik) ist die Sicherung einer allgemein  
1001 zugänglichen, öffentlich kontrollierten und moder-  
1002 nen Infrastruktur erforderlich. In diesem Rahmen  
1003 sind und bleiben die Initiativen von InnovatorInnen,  
1004 GründerInnen und UnternehmerInnen in privaten  
1005 und öffentlichen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen  
1006 Organisationen und wissenschaftlichen Institutionen  
1007 wesentliche Treiber für die wirtschaftliche Dynamik,  
1008 die es zu fördern gilt.

1009  
1010 **Unsere Position:**

- 1011
- 1012 • **NRW benötigt eine Infrastrukturoffensive für eine**
- 1013 **moderne, öffentliche kontrollierte Infrastruktur in**
- 1014 **den Bereichen Gesundheit, Wohnen, nachhaltiger**
- 1015 **Mobilität und Digitalisierung.**
- 1016 • **Staatliche Konjunkturprogramme (Kredite, Betei-**
- 1017 **lungen, Zuschüsse) müssen an die Tariftreue, Mit-**
- 1018 **bestimmung, gesetzeskonforme und transparen-**
- 1019 **te Versteuerung, Ausbildungssicherung und Klima-**
- 1020 **schutzziele geknüpft werden.**
- 1021 • **Die anstehende Transformation fordert insbeson-**
- 1022 **dere den Automobil- und Chemiesektor, welche in**
- 1023 **NRW eine herausragende Bedeutung haben. Nach**
- 1024 **dem Vorbild der Kommission „Wachstum, Struk-**
- 1025 **turwandel und Beschäftigung“ braucht es daher**
- 1026 **Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen**
- 1027 **unter Einbeziehung der Sozialpartner.**
- 1028 • **Wir wollen bedarfsorientierte Innovationsplattfor-**
- 1029 **men zur Vernetzung der betroffenen Branchen. Un-**
- 1030 **ternehmen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft und**
- 1031 **Wissenschaft müssen es einem Strang ziehen, z.B.**
- 1032 **bei Fragen der Wasserstoffwirtschaft, der neuen**
- 1033 **Mobilität oder der demokratischen Digitalisierung.**
- 1034 • **Die zur Stabilisierung der Wirtschaft erforderlichen**
- 1035 **staatlichen Beteiligungen bei privaten Unterneh-**
- 1036 **men (z.B. bei Lufthansa) müssen mit wirksamen**
- 1037 **Mitspracherechten bei Unternehmensentscheidun-**
- 1038 **gen verknüpft werden, um Gemeinwohlanprüche**
- 1039 **sowie eine angemessene Rückvergütung für die ge-**
- 1040 **währten Hilfen zu sichern; hier sollten kollektiv ge-**
- 1041 **regelte Mitarbeiterkapitalbeteiligungen als weite-**
- 1042 **re, ergänzende Option gefördert werden.**

1043  
1044 **2. Gute Arbeit ist systemrelevant – in der Krise und da-**

1045 **nach**

1046

1047 Der Vergleich mit der letzten Finanzkrise macht es  
1048 deutlich: Als „systemrelevant“ werden nun in der öf-  
1049 fentlichen Debatte nicht mehr die Banken bezeich-  
1050 net, sondern insbesondere die Beschäftigten in vielen  
1051 – oft schlecht bezahlten, vielfach kaum abgesicherten  
1052 und zum überwiegenden Teil von Frauen ausgeübten –  
1053 Dienstleistungsberufen. Und das ist gut so. Dazu gehö-  
1054 ren zuvorderst das Personal im Gesundheits- und Bil-  
1055 dungswesen, aber auch in der Logistik oder der Energie-  
1056 und Abfallwirtschaft oder dem Einzelhandel. Gerade bei  
1057 den sozialen Dienstleistungen stehen aber den offen-

In der Corona-Pandemie wurde deutlich, dass Bildungs-  
einrichtungen kaum auf den Einsatz derartiger Werk-  
zeuge vorbereitet waren. Die Nutzung hing (und hängt)  
weitgehend von der „Medienkultur“ an der jeweili-  
gen Schule und vom Engagement einzelner PädagogIn-  
nen ab – und von ihrer Bereitschaft, für Chats und Vi-  
deokonferenzen privat beschaffte oder frei zugängli-  
che (und damit im Hinblick auf Datenschutz, Stabilität  
und Nutzungsmöglichkeiten oft suboptimale) Tools zu  
nutzen. Dies ist umso problematischer, als bei fehlen-  
den Präsenzkontakten kommunikative Formate unbe-  
dingt erforderlich sind – nicht nur für die Begleitung von  
Lernprozessen und die Nutzung von Lernanwendungen,  
sondern vor allem für die Pflege der Beziehungen zwi-  
schen PädagogInnen und Kindern und Jugendlichen so-  
wie ihren Familien. Dass die meisten Eltern in irgendei-  
ner Weise mit digitalen Medien umgehen, kann für die  
Kontaktpflege zu den Familien mit Hilfe digitaler Werk-  
zeuge genutzt werden.

**Digitale Organisation und Verwaltung**

Digitale Technologien können Arbeits- und Handlungs-  
abläufe in Bildungseinrichtungen erleichtern, um letzt-  
lich mehr pädagogische Ressourcen zur Verfügung stel-  
len zu können. Hierzu gehören die Verwaltung von  
SchülerInnendaten sowie von Lehrkräften und weite-  
rem Personal, aber z. B. auch die Erstellung von Stun-  
denplänen und Dienstplänen.

Gleichzeitig können anonymisierte Schülerdaten ein  
Baustein im schulischen und kommunalen Bildungs-  
monitoring werden. Bislang ist der selbstverständlich  
erforderliche Datenschutz an vielen Stellen ein Pro-  
blem, für das eine angemessene Lösung erarbeitet wer-  
den muss. Die Auswertung von Bildungsverlaufsdaten  
könnte helfen, gezielte Maßnahmen zur Verbesserung  
von Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu entwickeln.  
Für konkrete Maßnahmen braucht es jedoch zunächst  
weitere Forschung. Da es sich zudem um einen sehr sen-  
siblen Bereich handelt, ist ein intensiver Dialog mit allen  
Akteuren zwingend.

**Resümee**

25 Jahre nach der Veröffentlichung des Abschlussber-  
ichtes der Johannes Rau-Kommission „Zukunft der Bil-  
dung – Schule der Zukunft“ sind die damals visionä-  
ren und über Parteigrenzen hinweg erarbeitenden Vor-  
schläge nur wenig bis kaum umgesetzt. Auf der ei-  
nen Seite stehen verschiedene parteipolitische Interes-  
sen, auf der anderen Seite fehlende finanzielle Zusa-  
gen und Streit um Verantwortungsbereiche der konkre-  
ten Umsetzung im Weg – gerade und vor allem beim  
Schulbau oder aktuell zur Digitalisierung. Dies müs-  
sen wir angesichts der zunehmenden sozialen Unge-  
rechtigkeit und Ungleichheit in unserem Bildungssys-  
tem ändern. Immer mehr Kinder und Jugendliche er-  
fahren keine förderliche Bildungsbiografie – Aufstiegs-

1058 kundigen enormen Leistungen und Belastungen der –  
 1059 meist weiblichen – Beschäftigten schon vor der Krise  
 1060 keine angemessene Absicherung und Bezahlung gegen-  
 1061 über.

1062  
 1063 Es fehlt zudem oft an gewerkschaftlicher Organisati-  
 1064 on und betrieblicher Mitbestimmung. Diese gilt es um-  
 1065 fassend und in allen Bereichen zu stärken. Mit diesen  
 1066 im Rücken kann es gelingen, die Rahmenbedingungen  
 1067 für Arbeit sowohl bei den Dienstleistungen wie auch in  
 1068 der Industrie deutlich zu verbessern. Arbeitszeitverkür-  
 1069 zung und familienfreundliche Arbeitszeitmodelle, hö-  
 1070 here Löhne, Aufwertung von bislang unterbezahlten  
 1071 Dienstleistungsberufen und breite soziale Absicherung  
 1072 sind die Grundlage, um gut durch die Krise zu kommen  
 1073 und den Menschen Optimismus und Vertrauen in die  
 1074 Zukunft zu geben. Das stärkt im Übrigen auch die Bin-  
 1075 nennachfrage. Das kommt den Unternehmen in unse-  
 1076 rem Land zugute. Politik für gute Arbeit ist gleichzeitig  
 1077 Wirtschaftsförderung.

1078  
 1079 **Unsere Position:**

- 1080
- 1081 • **Wir wollen nicht nur mehr Fachkräfte, sondern auch**
- 1082 **bessere Arbeitszeiten in den sozialen Dienstleistun-**
- 1083 **gen durch Verbesserung der gesetzlichen Personal-**
- 1084 **schlüssel.**
- 1085 • **Wir wollen mehr von den Unternehmen bezahlte**
- 1086 **Aus- und Weiterbildung,**
- 1087 • **volle Gewerkschaftsrechte für alle Beschäftigten,**
- 1088 **auch für WerkvertragsarbeiterInnen oder Beschäf-**
- 1089 **tigte in kirchlichen Einrichtungen,**
- 1090 • **und volle Arbeitnehmerrechte für Beschäftigten im**
- 1091 **Bereich der Dienstleistungsplattformen inkl. digita-**
- 1092 **ler Zugangsrechte für Gewerkschaften.**
- 1093 • **Wir wollen Ausbildungsplätze sichern. Wir wol-**
- 1094 **len einen steuerlich finanzierten „Solidarfonds**
- 1095 **Ausbildung“, der aufbauend auf der Corona-**
- 1096 **Ausbildungsprämie mittelfristig Unternehmen in**
- 1097 **wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei dem Angebot**
- 1098 **von Berufsausbildung unterstützt.**
- 1099 • **Wir müssen die Rechte von Betriebsräten auswei-**
- 1100 **ten, z.B. bei der Einführung neuer digitaler Systeme**
- 1101 **und der Neuausrichtung von Unternehmen.**
- 1102 • **Die Möglichkeit des Arbeitgeber-Vetos bei der**
- 1103 **Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen**
- 1104 **muss aufgehoben werden.**
- 1105 • **Es braucht eine verschärfte strafrechtliche Verfol-**
- 1106 **gung im Falle der Behinderung von Gewerkschafts-**
- 1107 **aktivitäten in Unternehmen („Union Busting“).**
- 1108 • **Wir fordern wirksame Tariftrugesetze für öffent-**
- 1109 **liche Aufträge.**
- 1110 • **Es braucht die Ausweitung der Gültigkeit von Ta-**
- 1111 **rifverträgen auch für „arbeitnehmerähnliche“ Be-**
- 1112 **schäftigte.**
- 1113 • **Wir müssen das Recht auf ein mitarbeiterfreund-**
- 1114 **liches Homeoffice gesetzlich regeln.**
- 1115

1116 **3. Digitalen und ökologischen Fortschritt in NRW voran-**

möglichkeiten nehmen rapide ab. Es besteht dringen-  
 der Handlungsbedarf. Dabei ist es notwendig, gemein-  
 sam über Parteigrenzen hinweg alle Kräfte zu bündeln  
 und für die Kinder und Jugendlichen das Bildungssys-  
 tem den Anforderungen des 21. Jahrhundert anzupas-  
 sen. Zum Wohle der Kinder müssen wir dies gemein-  
 sam angehen. Denn nur zusammen werden wir zu ei-  
 ner bildungspolitischen Lösung kommen, die gleichzei-  
 tig zeitgemäß und zukunftsweisend ist und dabei kein  
 Kind zurücklässt. Die Corona-Pandemie hat dabei die  
 Bedeutung der frühkindlichen Bildung als erstem Glied  
 der Bildungskette unterstrichen. Kitas und die Kinder-  
 tagespflege sind als Einrichtungen der Bildung, Betreu-  
 ung und Erziehung weiter zu stärken und Familien ei-  
 nen gebührenfreien Zugang zur frühkindlichen Bildung  
 zu ermöglichen. Die Defizite, die sich aus einem unzu-  
 reichendem Personalschlüssel, fortwährender Unterfi-  
 nanzierung und einem weiter ansteigenden Fachkräfte-  
 bedarf ergeben, sind in der Krise deutlicher zutage ge-  
 treten. Darum gilt es mit einem neuen Kita-Gesetz und  
 einer Fachkräfteoffensive neue Perspektiven zu schaf-  
 fen.

### **Neue Wirtschaftskraft durch solidarischen Fortschritt**

NRW ist ein wirtschaftliches Schwergewicht. Wir sind  
 also ein echter Motor – mitten in Europa. Doch die wirt-  
 schaftlichen Folgen der Corona-Krise treffen NRW hart:  
 In bestimmten Branchen hatten wir bereits vor der Krise  
 Schwierigkeiten. Dort ist der Handlungsdruck massiv  
 gestiegen. Deshalb braucht es jetzt ein entschiedenes  
 Gegensteuern. Wir wollen unsere Wirtschaft wieder in  
 Gang bringen und die Rezession überwinden. Dafür sind  
 wir bereit, massiv in den Wirtschaftsstandort NRW zu  
 investieren, um damit auch den Beschäftigten Sicher-  
 heit zu geben.

Doch es gibt auch Branchen, die eine klare Perspektive  
 haben, aber aufgrund von auferlegten Maßnahmen zur  
 Pandemiebekämpfung nur eingeschränkt oder teils gar  
 nicht wirtschaften können. Allen voran steht die Ver-  
 anstaltungswirtschaft als akut bedrohte Branche. Sie  
 hat – wie viele andere auch – die von Bund und Län-  
 dern auferlegten Maßnahmen zur Pandemiebekämp-  
 fung bisher sämtlich mitgetragen. Tausende Einzelun-  
 ternehmer, kleine und mittelständische Unternehmen  
 erhalten nicht die Hilfen, die notwendig sind, um mas-  
 senhafte Entlassungen und Insolvenzen zu verhindern.  
 Hier müssen bestehende Überbrückungs- und Kredit-  
 programme angepasst werden, um ihre gewollte Wir-  
 kung zu entfalten.

Gleichzeitig muss die Innovationskraft, die in diesen  
 Branchen liegt, gefördert werden. Auch mit Corona gibt  
 es Wege, wie Veranstaltungen, Gastronomie und an-  
 dere Wirtschaftsfelder wieder möglich werden. Rich-  
 tungsweisend ist das Förderprogramm zur Umrüstung  
 von Klimaanlagen, um die Ansteckungsgefahr zu ver-  
 ringern. Aus eigener Kraft wäre eine solche Investition

1117 **bringen**

1118

1119 Unser Ziel ist eine demokratische Digitalisierung, die  
1120 moderne digitale Infrastrukturen und Services für al-  
1121 le Wirtschafts- und Gesellschaftsbereiche mit digitaler  
1122 Souveränität verknüpft. Die Prinzipien von Kooperati-  
1123 on, Beteiligung und Transparenz sind im Zuge der Digi-  
1124 talisierung gegenüber privatwirtschaftlichen Gewinn-  
1125 interessen bislang zu kurz gekommen, obwohl „open  
1126 innovation- und open source-Ansätze“ hier vielfältige  
1127 Möglichkeiten eröffnen.

1128

1129 Die Monopolisierung auf digitalen Märkten durch  
1130 den massiven Technologievorsprung der großen IT-  
1131 Konzerne droht, die Stärken der deutschen und europäi-  
1132 schen Wirtschaft dauerhaft zu unterlaufen. Gelingt ein  
1133 spezifisch europäischer Weg der Digitalisierung, gewin-  
1134 nen wir nicht nur mehr gesellschaftliche Kontrolle, son-  
1135 dern auch mehr Wettbewerb und wirtschaftliche Ent-  
1136 wicklungschancen für start ups, Mittelstand und Indus-  
1137 trie.

1138

1139 Zu lange unterschätzt wurden die Auswirkungen der Di-  
1140 gitalisierung auf die Umwelt. Die fortschreitende Digi-  
1141 talisierung hat einen größeren Energie- und Rohstoff-  
1142 verbrauch zur Folge. Angesichts des Klimawandels ist  
1143 es daher notwendig, Digitalisierung nachhaltig zu ge-  
1144 stalten, an den Klimaschutzziele ausgerichtet, aber  
1145 ohne die Innovationskraft der Digitalisierung zu brem-  
1146 sen. So wird die Digitalisierung zum Chancentreiber für  
1147 Umwelt- und Klimaschutz.

1148

1149 **Unsere Position:**

1150

- 1151 • **Wir fordern die flächendeckende Verfügbarkeit von**
- 1152 **Gigabit-Anschlüssen. Zu einer leistungsfähigen di-**
- 1153 **gitalen Infrastruktur gehören auch schnelle Mobil-**
- 1154 **funknetze, sowohl in urbanen Gebieten als auch im**
- 1155 **ländlichen Raum. Unser Ziel ist ein flächendecken-**
- 1156 **des Netz mit LTE und darauf aufbauend 5G. Dort, wo**
- 1157 **der Marktausbau versagt, muss der Staat eingrei-**
- 1158 **fen und für die Infrastruktur Sorge tragen.**
- 1159 • **NRW verdient eine eigene öffentliche Infrastruktur**
- 1160 **bei Clouddiensten und damit verbundenen physi-**
- 1161 **scher digitaler Infrastruktur.**
- 1162 • **Rechtzentren in NRW müssen klimaneutral wer-**
- 1163 **den.**
- 1164 • **Wir wollen die umweltfreundliche Gestaltung von**
- 1165 **digitalen Geräten und ein Recht auf Reparatur.**
- 1166 • **Wir wollen open-source-Ansätze besonders för-**
- 1167 **dern, durch verstärkte Forschungsförderung und**
- 1168 **die besondere Berücksichtigung bei öffentlichen**
- 1169 **Beschaffungen.**
- 1170 • **Wir wollen Wettbewerbsverzerrung vermeiden**
- 1171 **und daher eine Trennung von Marktplatzbetrei-**
- 1172 **bern und Anbietern auf eben diesen Marktplätzen**
- 1173 **(z.B. bei Amazon).**
- 1174 • **Es braucht die Verpflichtung großer digitaler Platt-**
- 1175 **formen zu Interoperationalität und Datenteilung.**

für viele Unternehmen nicht zu stemmen. Es gibt weite-  
re Ansätze, die geprüft und dann ggf. gefördert werden  
könnten.

Die Corona-Krise hat uns vor Augen geführt, wie sehr  
ganze Länder, Wirtschaftssektoren, Unternehmen und  
Beschäftigte aufeinander angewiesen sind. Gerade in  
NRW leben viele Dienstleistungsunternehmen und de-  
ren Beschäftigte von der Wertschöpfung und den Auf-  
trägern der Industrie. Aber ohne ErzieherInnen, Verkäu-  
ferInnen oder TransportarbeiterInnen ist die Industrie  
nicht produktiv. Ohne ein starkes Gesundheits- und  
Bildungssystem sind Wirtschaft und Wohlstand unge-  
schützt und krisenanfällig. Die Corona-Krise zeigt uns  
drastisch, wo wir in NRW noch besser werden müssen.

Für die Sozialdemokratie müssen sich Investitionen da-  
her an drei Kriterien ausrichten: wir wollen ökonomi-  
schen, ökologischen und sozialen Fortschritt. Wir wol-  
len in neue digitale und klimaschonende Technologien  
investieren, in ein besseres und gerechteres Bildungs-  
system und nicht zuletzt in einen besseren Sozialstaat,  
der Leistungsgerechtigkeit, Sicherheit und Zusammen-  
halt garantieren kann.

Eine zentrale Säule, auf der der Wohlstand in NRW auf-  
baut, ist der europäische Binnenmarkt. Im Jahr 2019 er-  
wirtschaftete die Beschäftigten in NRW Exporterlöse  
von über 190 Mrd. EUR, das sind 27 Prozent der gesam-  
ten Wirtschaftsleistung. Ein Großteil davon geht in die  
europäischen Nachbarländer. Aber auch die USA und  
China sind wichtige Handelspartner. Gerade in Zeiten,  
in denen die Globalisierung ihre Dynamik ändert, ist  
der Zusammenhalt und die politische Gestaltung im  
Rahmen der Europäischen Union wesentlich. Der Brex-  
it zeigt, dass die Existenz dieser EU und des Binnen-  
marktes bedroht ist, wenn keine solidarischen Antwor-  
ten gefunden werden. Der europäische Wiederaufbau-  
fonds ist ein historisch wichtiger Beitrag für eine solche  
solidarische Antwort.

Zahlreiche ArbeitnehmerInnen arbeiten derzeit im Ho-  
meoffice und spüren den Fortschritt der Digitalisierung  
in bislang nicht gekanntem Ausmaß. Millionen Beschäf-  
tigte haben unter Beweis gestellt, dass die Arbeit von  
Zuhause funktionieren kann. Perspektivisch braucht es  
daher endlich einen rechtlichen Rahmen, der Sicherheit  
gibt und noch mehr Beschäftigten das Homeoffice er-  
möglicht.

Onlinehandel, virtuelle Austauschformen und digitalisierte  
Prozesse in Unternehmen nehmen weiter Fahrt  
auf. Selbst dort, wo wie etwa in der Pflege oder auch im  
Tourismus, der Kultur oder der Gastronomie die direk-  
ten Begegnungen von Menschen für unsere Lebensqua-  
lität auch künftig unabdingbar sind, erleichtern digitale  
Lösungen bereits häufig das Leben. Die Debatte um die  
Corona-App hat gezeigt, wie wichtig dabei die digitale  
Souveränität für jede Einzelne und jeden Einzelnen ist.

- 1176 • **Wir brauchen eine Digitalagentur, die Plattformen**  
 1177 **beaufsichtigt und reguliert.**

1178  
 1179 Der Klimawandel bleibt die zentrale Herausforderung  
 1180 des 21. Jahrhunderts. Und klar ist, der Markt allein wird  
 1181 es nicht regeln. Wir brauchen einen starken Staat, der  
 1182 beim Umbau für soziale Gerechtigkeit und den Schutz  
 1183 der Umwelt sorgt. Mit dem Bundesklimaschutzgesetz  
 1184 und dem Klimaschutzprogramm 2030 hat die SPD in der  
 1185 Bundesregierung die sozial-ökologische Transformati-  
 1186 on vorangetrieben. Die milliarden schweren staatlichen  
 1187 Investitionen bieten jetzt die Chance, sie weiter ent-  
 1188 scheidend voranzubringen.

1189  
 1190 Wir SozialdemokratInnen begreifen Klimaschutz vor  
 1191 allem auch als Motor für eine gute wirtschaftliche Ent-  
 1192 wicklung zur Schaffung neuer und zukunftsfester Ar-  
 1193beitsplätze. Unser Ziel muss es sein, durch kluge Poli-  
 1194 tik die sozial-ökologische Transformation so voranzu-  
 1195 bringen, dass ihr der Markt folgt. Dazu gehört zunächst  
 1196 die Setzung von klaren Standards (z.B. Pfad zum Um-  
 1197 stieg auf klimafreundliche Antriebe bei allen Verkehrs-  
 1198 trägern), Zielvorgaben (z.B. Ausbauziele für erneuerbare  
 1199 Energien) und Preisen.

1200  
 1201 Um nur ein Beispiel zu nennen: Wir wollen die klima-  
 1202 neutrale Strahlproduktion in NRW. Dafür brauchen wir  
 1203 zusätzliche 130 Terrawattstunden Strom aus erneuer-  
 1204 baren Energien. Umgerechnet wären das 12.000 neue  
 1205 Windräder. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat es  
 1206 im Jahr 2019 auf lediglich 300 Windräder gebracht. Das  
 1207 wollen wir dringend ändern.

1208  
 1209 Die Klimakrise ist mehr als nur eine Krise der Ökologie.  
 1210 Im Weltmaßstab sind arme und kranke Menschen über-  
 1211 proportional stark vom Klimawandel getroffen. Sie trifft  
 1212 aber auch hierzulande die Schwächeren ungleich stär-  
 1213 ker. Denn ihnen fehlen im Allgemeinen die Mittel, sich  
 1214 wirksam gegen Klimaveränderungen zu schützen. Die  
 1215 notwendige Umstellung ihres Konsum- und Mobilitäts-  
 1216 verhaltens können sie sich häufig nicht leisten. Außer-  
 1217 dem drohen durch den digital-ökologischen Umbau un-  
 1218 serer Wirtschaft genau ihre Arbeitsplätze wegzufallen.  
 1219 Es liegt also in der Verantwortung der Sozialdemokratie,  
 1220 dass aus der Klimakrise keine soziale Krise wird.

1221  
 1222 **Unsere Position:**

- 1223  
 1224 • **Der Strukturwandel in der NRW-Energieproduktion**  
 1225 **muss weiter struktur- und arbeitsmarktpolitisch**  
 1226 **begleitet werden. In der Zukunftsagentur Rheini-**  
 1227 **sches Revier müssen die Kommunen besser betei-**  
 1228 **ligt werden. Die Ruhrkonferenz muss zu einem Fo-**  
 1229 **rum für eine gemeinsame Entwicklungsstrategie**  
 1230 **weiterentwickelt werden.**  
 1231 • **Wir stehen für die nachhaltige Modernisierung un-**  
 1232 **serer Industrie als Kern einer erfolgreichen Wirt-**  
 1233 **schaft ein. Die klimafreundliche und digitale Tran-**  
 1234 **sformation der NRW-Industrie verlangt umfassende**

Parallel legt die Krise die Mängel in NRW bei der Glas-  
 faserinfrastruktur, beim digitalen Lernen in Schule und  
 Hochschule oder auch bei den Server- und Datenver-  
 arbeitskapazitäten oder den digitalen Plattformen  
 schonungslos offen.

Der gesellschaftliche Umbau zu einer klimafreundli-  
 chen Wirtschaft ist nicht nur eine technologische Fra-  
 ge, sondern auch und zuvorderst eine Frage der Vertei-  
 lung von Wohlstand. Wer um seinen Arbeitsplatz ban-  
 gen muss oder durch Einkommensverluste seine Miete  
 nicht mehr zahlen kann, wird schwer für Klimaschutz-  
 auflagen oder höhere Preise zu gewinnen sein. Trotz-  
 dem ist klar, dass unsere Wirtschaft klimagerecht um-  
 gestaltet werden muss, wenn sie zukunftsfähig blei-  
 ben will. Deutschland und Europa werden bis zum Jahr  
 2050 klimaneutral sein. Auf diesem Weg müssen wir  
 auch die Bedürfnisse der KMU und ihren Beschäftigten  
 im Blick behalten – schließlich stellen diese in NRW ei-  
 nen ganz erheblichen Teil der sozialversicherungspflich-  
 tigen Arbeitsplätze und spielen eine wichtige Rolle im  
 Bereich Innovation und Nachhaltigkeit. Wir stellen fest:  
 Der Klimaschutz ist ein Innovations- und Jobmotor. Je-  
 doch werden wir dafür Sorge tragen, dass dabei nie-  
 mand unter die Räder gerät – sei es beruflich oder fi-  
 nanziell. Nur so sichern wir eine breite Akzeptanz für die  
 Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft.

Damit NRW das wirtschaftliche Schwergewicht im Her-  
 zen Europas bleibt, setzen wir auf Fortschritt: durch  
 neues Wissen, technologische Innovationen und sozia-  
 le Rechte. Unsere Vision ist gesellschaftlicher Fortschritt  
 der durch Solidarität gelingt.

**1. Ein aktiver Staat für den solidarischen Fortschritt**

Der Neustart erfolgt im Dialog. Wenn wir erfolgreich  
 sein wollen, dann müssen wir die unterschiedlichen In-  
 teressen in Einklang bringen. Es gilt Interessen von Be-  
 schäftigten, Gewerkschaften, Umweltverbänden, Kapi-  
 taleigentümern und vielen mehr abzuwägen. Anderen-  
 falls droht die erneute Polarisierung, wie wir sie bereits  
 heute in vielen gesellschaftlichen Fragen erleben. Poli-  
 tik hat das Wohl der Gesellschaft als Ganzes und für die  
 künftigen Generationen in den Blick zu nehmen. Stra-  
 tegische Projekte für technologische und soziale Inno-  
 vationen müssen sich diesen Gemeinwohlzielen unter-  
 ordnen. Dabei geht es nicht um die spezifische Technik-  
 auswahl, wohl aber um klare Ziele, wie etwa Umwelt-  
 grenzwerte und Indikatoren der sozial gerechten Wohl-  
 standsverteilung.

Als Querschnittsaufgabe und wichtige Grundlage  
 für eine dauerhaft an diesen Zielen ausgerichtete  
 Wirtschafts- und Industriepolitik (s. auch Antrag zu  
 Industriepolitik) ist die Sicherung einer allgemein  
 zugänglichen, öffentlich kontrollierten und moder-  
 nen Infrastruktur erforderlich. In diesem Rahmen  
 sind und bleiben die Initiativen von InnovatorInnen,

1235 **Anstrengungen der öffentlichen Hand, der Tarifpar-**  
 1236 **teien, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft.**  
 1237 **Hierzu haben wir einen umfassenden industriepoli-**  
 1238 **tischen Antrag vorgelegt, auf den wir an dieser Stel-**  
 1239 **le verweisen.**

- 1240 • **Ausbau der Erneuerbaren Energien: bis 2023 soll**  
 1241 **in NRW 30% des Gesamtenergieverbrauchs aus er-**  
 1242 **neuerbaren Energien gedeckt werden, was für die**  
 1243 **beiden wichtigsten Energieträger der Erneuerbaren**  
 1244 **einen jährlichen durchschnittlichen Nettozubau in**  
 1245 **Höhe von etwa 900 MW bei Photovoltaik und bei**  
 1246 **etwa 600 MW bei Windkraft bedeutet; dabei soll**  
 1247 **eine verbindliche Ertragsbeteiligung für BürgerIn-**  
 1248 **nen und Kommunen eingeführt werden und die Flä-**  
 1249 **cheninanspruchnahme pro Kommune 10% der Po-**  
 1250 **tenzialfläche (Gesamtüberfläche abzüglich harter**  
 1251 **Tabubereiche) nicht überschreiten.**
- 1252 • **Wir stehen für eine umfassende Berücksichtigung**  
 1253 **der Verteilungswirkung von Klimaschutzmaßnah-**  
 1254 **men und wo nötig Einführung von sozialen Aus-**  
 1255 **gleichsmaßnahmen, wie etwa der Klimaprämie**  
 1256 **oder auch durch eine steuerliche Entlastung des**  
 1257 **Faktors Arbeit.**
- 1258 • **Wir werden einen Plan für eine neue Finanzierungs-**  
 1259 **struktur zum Ausbau und zur attraktiveren Ent-**  
 1260 **wicklung des öffentlichen Personennahverkehrs**  
 1261 **entwickeln.**
- 1262 • **Es braucht die Neuausrichtung der Steuer- und**  
 1263 **Subventionspolitik an klimapolitischen Zielen, z.B.**  
 1264 **durch eine stärkere CO2-Komponente der Kfz-**  
 1265 **Steuer, oder die Abschaffung umweltschädlicher**  
 1266 **Subventionen.**
- 1267 • **Wir fordern die Ausgabe von „Green Bonds“ für**  
 1268 **nachhaltige Investitionen und zur Stärkung der**  
 1269 **Märkte für nachhaltige Finanzprodukte.**

1271 **4. NRW braucht ein starkes Europa**

1272  
 1273 Zur Krisenbewältigung gehört auch eine Neugestaltung  
 1274 internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Dabei gilt es  
 1275 in einem schon vor der Krise veränderten internatio-  
 1276 nalen Umfeld die strategischen Interessen der deut-  
 1277 schen und europäischen Wirtschaft zu wahren. Im Mit-  
 1278 telpunkt stehen dabei der Erhalt und die Weiterent-  
 1279 wicklung eines sozial und ökologisch regulierten EU-  
 1280 Binnenmarktes. Dazu sind massive politische Schritte  
 1281 und grundlegende Reformen der EU erforderlich, die Eu-  
 1282 ropa endlich mit einer handlungsfähigen und demokra-  
 1283 tisch kontrollierten Wirtschaftsregierung ausstatten.  
 1284

1285 Dies ist auch, aber nicht nur eine Antwort auf den  
 1286 aggressiven wirtschaftlichen Nationalismus, der insbe-  
 1287 sondere die derzeitige US-amerikanischen Regierung  
 1288 („America first“) wie auch die chinesische Staatsfüh-  
 1289 rung („Made in China 2025“) betreiben. Dabei bleiben  
 1290 faire und offene Handelsbeziehungen ein sinnvolles  
 1291 Mittel der Außenwirtschaftspolitik. Sie sind jedoch kein  
 1292 Selbstzweck. Die Grundversorgung unserer Volkswirt-  
 1293 schaften, ihre dauerhafte technologische Souveränität

GründerInnen und UnternehmerInnen in privaten  
 und öffentlichen Unternehmen, zivilgesellschaftlichen  
 Organisationen und wissenschaftlichen Institutionen  
 wesentliche Treiber für die wirtschaftliche Dynamik,  
 die es zu fördern gilt.

**Unsere Position:**

- **NRW benötigt eine Infrastrukturoffensive für ei-**  
**ne moderne, öffentliche Infrastruktur in den Berei-**  
**chen Gesundheit, Wohnen, nachhaltiger Mobilität**  
**und Digitalisierung.**
- **Staatliche Konjunkturprogramme (Kredite, Betei-**  
**ligungen, Zuschüsse) müssen an die Tariftreue, Mit-**  
**bestimmung, gesetzeskonforme und transparen-**  
**te Versteuerung, Ausbildungssicherung und Klima-**  
**schutzziele geknüpft werden.**
- **Die anstehende Transformation fordert insbeson-**  
**dere den Automobil- und Chemiesektor, welche in**  
**NRW eine herausragende Bedeutung haben. Nach**  
**dem Vorbild der Kommission „Wachstum, Struk-**  
**turwandel und Beschäftigung“ braucht es daher**  
**Planungssicherheit und klare Rahmenbedingungen**  
**unter Einbeziehung der Sozialpartner.**
- **Wir wollen bedarfsorientierte Innovationsplattfor-**  
**men zur Vernetzung der betroffenen Branchen.**  
**Unternehmen, Gewerkschaften, Zivilgesellschaft,**  
**Wissenschaft und Politik müssen an einem Strang**  
**ziehen, z.B. bei Fragen der Wasserstoffwirtschaft,**  
**der neuen Mobilität oder der demokratischen Digi-**  
**talisierung.**
- **Die zur Stabilisierung der Wirtschaft erforderlichen**  
**staatlichen Beteiligungen bei privaten Unterneh-**  
**men (z.B. bei Lufthansa) müssen mit wirksamen**  
**Mitspracherechten bei Unternehmensentscheidun-**  
**gen verknüpft werden, um Gemeinwohlansprüche**  
**sowie eine angemessene Rückvergütung für die ge-**  
**währten Hilfen zu sichern; hier sollten kollektiv ge-**  
**regelte Mitarbeiterkapitalbeteiligungen als weite-**  
**re, ergänzende Option gefördert werden.**
- **„Durch einen bei der KfW aufgesetzten oder staatli-**  
**chen Fonds soll Kapital für innovative Neugründun-**  
**gen zur Verfügung gestellt werden.**

**2. Gute Arbeit ist systemrelevant – in der Krise und da-**  
**nach**

Der Vergleich mit der letzten Finanzkrise macht es  
 deutlich: Als „systemrelevant“ werden nun in der öf-  
 fentlichen Debatte nicht mehr die Banken bezeich-  
 net, sondern insbesondere die Beschäftigten in vielen  
 – oft schlecht bezahlten, vielfach kaum abgesicherten  
 und zum überwiegenden Teil von Frauen ausgeübten –  
 Dienstleistungsberufen. Und das ist gut so. Dazu gehö-  
 ren zuvorderst das Personal im Gesundheits- und Bil-  
 dungswesen, aber auch in der Logistik oder der Energie-  
 und Abfallwirtschaft oder dem Einzelhandel. Gerade bei  
 den sozialen Dienstleistungen stehen aber den offen-  
 kundigen enormen Leistungen und Belastungen der –

1294 und die Erfüllung unserer Gemeinwohlziele müssen  
 1295 Bestandteil einer neuen Globalisierung werden. Dabei  
 1296 sind und bleiben die großen Wirtschaftsmächte eben-  
 1297 so wie die Schwellen- und Entwicklungsländer unsere  
 1298 Partner, deren Zugang zu unseren Märkten von ihrem  
 1299 jeweiligen Entwicklungsstand und der Erfüllung sozialer  
 1300 und ökologischer Standards abhängig sein müssen.

1301

1302 **Unsere Position:**

1303

1304 • **Die fordern die umgehende Umsetzung der Be-**  
 1305 **schlüsse der EU zum Wiederaufbaufonds mitsamt**  
 1306 **seinen historisch wichtigen Innovationen wie der**  
 1307 **gemeinsamen Kreditaufnahme und eigenen Steu-**  
 1308 **ereinnahmen für die EU.**

1309 • **Im Zuge des Green New Deal müssen zur Vermei-**  
 1310 **dung von umweltbedingten Marktverzerrungen**  
 1311 **(„carbon leakage“) Grenzausgleichsmechanismen**  
 1312 **für CO2-Emissionskosten auf europäischer Ebene**  
 1313 **geschaffen werden.**

1314 • **Wir müssen kritische Wertschöpfungsbereiche wie**  
 1315 **der Medikamentenversorgung oder der medizini-**  
 1316 **schen Schutzausrüstung durch entsprechende Auf-**  
 1317 **lagen sichern.**

1318 • **Es braucht die Aufnahme von verbindlichen, d.h.**  
 1319 **auch sanktionierbaren Sozial- und Umweltstan-**  
 1320 **dards gleichberechtigt mit den Gewinnsicherungs-**  
 1321 **mechanismen für private Unternehmen in die Han-**  
 1322 **delsverträge der EU mit Drittländern.**

1323

### 1324 **5. Regionale Stärken in NRW nutzen**

1325

1326 Viele Kommunen sind infolge jahrzehntelangen Struk-  
 1327 turwandels und einer unzureichenden Lastenverteilung  
 1328 zwischen Bund, Land und Kommunen überschuldet. Ih-  
 1329 nen fehlten schon vor der Corona-Krise die Mittel für In-  
 1330 vestitionen, aber auch für ausreichend Personal für die  
 1331 Erledigung wachsender Aufgaben. Stärken in bestimm-  
 1332 ten Branchen und Clustern sind höchst unterschied-  
 1333 lich verteilt. Ballungsregionen mit Hochschulen und  
 1334 Forschungseinrichtungen verfügen über andere Mög-  
 1335 lichkeiten und Probleme als ländliche Räume, mit mit-  
 1336 telständischer Unternehmensstruktur oder hohen Aus-  
 1337 pendlerzahlen. Die Herausforderungen des Rheinischen  
 1338 Reviers mit dem anstehenden Ausstieg aus der Braun-  
 1339 kohleverstromung sind andere, als die in Südwestfalen  
 1340 mit seinen kleineren Automobilzulieferern oder jene in  
 1341 der attraktiven Universitätsstadt Münster mit einer at-  
 1342 traktiven Hochschul- und Forschungslandschaft in der  
 1343 Nachbarschaft zum Ruhrgebiet.

1344

1345 Auf diese regionalen Unterschiede müssen die nun an-  
 1346 stehenden Konjunktur- und Strukturwandelprogram-  
 1347 me im Sinne einer regionalisierten Struktur- und Wirt-  
 1348 schaftspolitik eingehen und dazu die jeweiligen regio-  
 1349 nalen Akteure, einschließlich Sozialpartner, Kommun-  
 1350 nen, Zivilgesellschaft etc. einbinden. Hier verfügt NRW  
 1351 mit seinen 16 Regionalagenturen über eine gute und  
 1352 ausbaufähige Lenkungsstruktur, die in diesem Zusam-

meist weiblichen – Beschäftigten schon vor der Krise  
keine angemessene Absicherung und Bezahlung gegen-  
über.

Es fehlt zudem oft an gewerkschaftlicher Organisation  
und betrieblicher Mitbestimmung. Diese gilt es umfas-  
send und in allen Bereichen zu stärken. Mit dieser Stär-  
kung im Rücken kann es gelingen, die Rahmenbedin-  
gungen für Arbeit sowohl in den Dienstleistungsbran-  
chen wie auch in der Industrie deutlich zu verbessern.  
Arbeitszeitverkürzung und familienfreundliche Arbeits-  
zeitmodelle, höhere Löhne, Aufwertung von bislang un-  
terbezahlten Dienstleistungsberufen und breite soziale  
Absicherung sind die Grundlage, um durch die Krise zu  
kommen und den Menschen Optimismus und Vertrau-  
en in die Zukunft zu geben. Das stärkt im Übrigen auch  
die Binnennachfrage, und kommt den Unternehmen in  
unserem Land zugute. Politik für gute Arbeit ist gleich-  
zeitig Wirtschaftsförderung.

**Unsere Position:**

• **Wir wollen bessere Arbeitszeiten in den sozialen**  
**Dienstleistungen durch Verbesserung der gesetzli-**  
**chen Personalschlüssel, um auch so mehr Fachkräf-**  
**te zu gewinnen.**

• **Wir wollen mehr bezahlte Aus- und Weiterbildung,**  
**zudem muss die Kapazität der Berufskollegs ausge-**  
**baut werden.**

• **Wir wollen volle Gewerkschaftsrechte für alle Be-**  
**schäftigten, auch für WerkvertragsarbeiterInnen**  
**oder Beschäftigte in kirchlichen Einrichtungen**

• **und volle Arbeitnehmerrechte für Beschäftigten im**  
**Bereich der Dienstleistungsplattformen inkl. digita-**  
**ler Zugangsrechte für Gewerkschaften.**

• **Wir wollen Ausbildungsplätze sichern. Wir wol-**  
**len einen steuerlich finanzierten „Solidarfonds**  
**Ausbildung“, der aufbauend auf der Corona-**  
**Ausbildungsprämie mittelfristig Unternehmen in**  
**wirtschaftlichen Schwierigkeiten bei dem Angebot**  
**von Berufsausbildung unterstützt.**

• **Wir müssen die Rechte von Betriebsräten auswei-**  
**ten, z.B. bei der Einführung neuer digitaler Systeme**  
**und der Neuausrichtung von Unternehmen.**

• **Die Möglichkeit des Arbeitgeber-Vetos bei der**  
**Allgemeinverbindlicherklärung von Tarifverträgen**  
**muss aufgehoben werden.**

• **Es braucht eine verschärfte strafrechtliche Verfol-**  
**gung im Falle der Behinderung von Gewerkschafts-**  
**aktivitäten in Unternehmen („Union Busting“).**

• **Wir fordern wirksame Tariftreugesetze für öffent-**  
**liche Aufträge.**

• **Es braucht die Ausweitung der Gültigkeit von Ta-**  
**rifverträgen auch für „arbeitnehmerähnliche“ Be-**  
**schäftigte.**

• **Wir müssen das Recht auf ein mitarbeiterfreund-**  
**liches Homeoffice gesetzlich regeln.**

### **3. Digitalen und ökologischen Fortschritt in NRW voran-**

1353 menhang genutzt werden sollte.

1354

1355 **Unsere Position:**

1356

1357 • **Es braucht regionale Konjunktur- und Wirtschafts-**  
1358 **dialoge, gemäß der 16 Regionalagentur-Bezirke, die**  
1359 **besondere Stärken und regionale Anforderungen**  
1360 **für Konjunkturfördermaßnahmen erarbeiten.**

1361 • **Wir wollen regionale Innovationsplattformen för-**  
1362 **dern, bestehend aus Unternehmen, der Politik und**  
1363 **den Sozialpartnern (ähnlich der Forschungscluster**  
1364 **an Universitäten), zur Konzeption von regionaler**  
1365 **Schwerpunktsetzung und Schaffung von Synergien**  
1366 **in den Bereichen Produktion, Logistik und Dienst-**  
1367 **leistungen.**

1368 • **Zur Erprobung, der in diesen Innovationsplattfor-**  
1369 **men erarbeiteten Konzepte, sollten nach dem Vor-**  
1370 **bild der Innovation City Bottrop auch in weiteren**  
1371 **Kommunen mit passenden Voraussetzungen ver-**  
1372 **gleichbare Reallabore angestoßen werden.**

1373 • **Es braucht die gezielte Förderung von Klein- und**  
1374 **Kleinstunternehmen mit Wachstumsperspektive in**  
1375 **neuen Wirtschaftszweigen, wie E-Sports, regiona-**  
1376 **ler Kreislaufwirtschaft etc.**

1377

1378 **Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im**  
1379 **System**

1380

1381 Sozialdemokratische Gesundheits- und Pflegepolitik  
1382 will allen Menschen eine gute Gesundheitsversorgung  
1383 ermöglichen. Alle müssen unabhängig von Herkunft,  
1384 Alter oder Geschlecht denselben Anspruch auf Versor-  
1385 gung und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt  
1386 haben. Dieser Anspruch auf Versorgung und Teilhabe  
1387 gilt ebenso für pflegebedürftige Menschen. Sie bedür-  
1388 fen der besonderen Solidarität. Wenn wir über soziale  
1389 Sicherheit sprechen, dann ist das der Kern.

1390

1391 **Unsere Position:**

1392

1393 • **Wir erleben im Gesundheitswesen häufig, dass ge-**  
1394 **macht wird, was sich finanziell rechnet. Das Han-**  
1395 **deln muss sich wieder daran ausrichten, was medi-**  
1396 **zinisch erforderlich und sinnvoll ist. Wir wollen da-**  
1397 **her die Abkehr vom Fallpauschalen-System.**

1398 • **Nur eine auskömmliche Finanzierung des**  
1399 **Gesundheits- und Pflegewesens wird Löhne,**  
1400 **Arbeitsbedingungen und damit auch die Qualität**  
1401 **nachhaltig verbessern.**

1402 • **Der Investitionsstau im Krankenhausbereich muss**  
1403 **dringend beseitigt werden. Notwendig ist ein Son-**  
1404 **derprogramm bis 2024 und ab sofort die Refinan-**  
1405 **zierung der erforderlichen Investitionskosten durch**  
1406 **das Land NRW.**

1407 • **Die Pflegeversicherung muss von einer „Teilkasko-**  
1408 **in eine Vollkaskoversicherung“ umgewandelt wer-**  
1409 **den. Dafür brauchen wir die solidarische Bürgerver-**  
1410 **sicherung auch in der Pflege: eine solidarische Pfl-**  
1411 **gegarantie.**

**bringen**

Die Prinzipien von Kooperation, Beteiligung und Transparenz sind im Zuge der Digitalisierung gegenüber privatwirtschaftlichen Gewinninteressen bislang zu kurz gekommen, obwohl „open innovation- und open source-Ansätze“ hier vielfältige Möglichkeiten eröffnen. Daher ist unser Ziel, die Digitalisierung, demokratisch zu organisieren.

Die Monopolisierung auf digitalen Märkten durch den massiven Technologievorsprung der großen IT-Konzerne droht, die Stärken der deutschen und europäischen Wirtschaft dauerhaft zu unterlaufen. Gelingt ein spezifisch europäischer Weg der Digitalisierung, gewinnen wir nicht nur mehr gesellschaftliche Kontrolle, sondern auch mehr Wettbewerb und wirtschaftliche Entwicklungschancen für start ups, Mittelstand und Industrie.

Zu lange unterschätzt wurden die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Umwelt. Die fortschreitende Digitalisierung hat einen größeren Energie- und Rohstoffverbrauch zur Folge. Angesichts des Klimawandels ist es daher notwendig, Digitalisierung nachhaltig zu gestalten, an den Klimaschutzziele ausgerichtet, aber ohne die Innovationskraft der Digitalisierung zu bremsen. So wird die Digitalisierung zum Chancentreiber für Umwelt- und Klimaschutz.

**Unsere Position:**

• **Wir fordern die flächendeckende Verfügbarkeit von Gigabit-Anschlüssen. Zu einer leistungsfähigen digitalen Infrastruktur gehören auch schnelle Mobilfunknetze, sowohl in urbanen Gebieten als auch im ländlichen Raum. Unser Ziel ist ein flächendeckendes Netz mit LTE und darauf aufbauend 5G. Dort, wo der Marktausbau versagt, muss der Staat eingreifen und für die Infrastruktur Sorge tragen.**

• **NRW verdient eine eigene öffentliche Infrastruktur bei Clouddiensten und damit verbundenen physischer digitaler Infrastruktur.**

• **Rechenzentren in NRW müssen klimaneutral werden.**

• **Wir wollen die umweltfreundliche Herstellung von digitalen Geräten und ein Recht auf Reparatur.**

• **Wir wollen open-source-Ansätze besonders fördern, durch verstärkte Forschungsförderung und die besondere Berücksichtigung bei öffentlichen Beschaffungen.**

• **Wir wollen Wettbewerbsverzerrung vermeiden und daher eine Trennung von Marktplatzbetreibern und Anbietern auf eben diesen Marktplätzen (z.B. bei Amazon).**

• **Es braucht die Verpflichtung großer digitaler Plattformen zu Interoperationalität und Datenteilung.**

• **Wir brauchen eine Digitalagentur, die Plattformen beaufsichtigt und reguliert.**

- 1412 • Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der Öffent-
- 1413 liche Gesundheitsdienst (ÖGD) unzureichend aus-
- 1414 gestattet ist. Er muss deutlich aufgewertet, mo-
- 1415 dernisiert und systematisch viel stärker aufgestellt
- 1416 werden.
- 1417 • Wir wollen pflegende Angehörige sozialversi-
- 1418 cherungsrechtlich besser absichern, gleichzeitig
- 1419 braucht es arbeitspolitischer Standards für Pflege-
- 1420 kräfte in Privathaushalten. Wir wollen daher das
- 1421 Pilotprojekt „Landespflegegesellschaft“ starten.

1422  
1423 **Es besteht Handlungsbedarf**

1424  
1425 Eine Frage der Gerechtigkeit: Gute Gesundheitsversor-

1426 gung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohn-

1427 ort abhängen. In City-Lage oder attraktiven Bezirken

1428 ist gute und barrierefreie medizinische Versorgung oft

1429 Standard. Wir stellen jedoch fest, dass dieser Standard

1430 auf ländliche und strukturschwache Regionen wie auch

1431 für Stadtteile mit sozialen Problemen oftmals nicht zu-

1432 trifft. Auf der einen Seite steigen die Sozialversiche-

1433 rungsbeiträge regelmäßig, auf der anderen Seite wer-

1434 den die alltäglichen Erfahrungen in bestimmten Teilen

1435 unseres Gesundheitswesens schlechter. Das passt nicht

1436 zusammen und nicht zuletzt die Corona-Pandemie lehrt

1437 uns, dass dies ein im Zweifel lebens-gefährliches Spiel

1438 ist.

1439  
1440 In NRW leben rund 770.000 pflegebedürftige Men-

1441 schen. Rund drei Viertel von ihnen werden zu Hause ver-

1442 sorgt. Pflege durch angehörige und FreundInnen muss

1443 viel mehr in den Blick geraten und Unterstützung fin-

1444 den. Denn Pflege ist nicht nur Privatsache. Diejenigen,

1445 die sich um andere kümmern, lassen wir nicht allein.

1446 Das Familienleben hat sich in den vergangenen Jahr-

1447 zehnten verändert. Immer häufiger sind Sorge- und Er-

1448 werbstätigkeit in Einklang zu bringen. Für sie kommt es

1449 darauf an, dass sich Familien, privates Umfeld, ambu-

1450 lante und stationäre Einrichtungen wirksam ergänzen.

1451  
1452 Die Corona-Pandemie führt schmerzlich vor Augen,

1453 dass es im Bereich der Altenpflege Fehlentwicklungen

1454 gegeben hat. Die Beschäftigten stehen vor massiven

1455 Herausforderungen: Im Verhältnis stehen immer we-

1456 niger Pflegende einer immer größer werdenden Zahl

1457 von Pflegebedürftigen gegenüber. Dieses Ungleichge-

1458 wicht begründet sich vor allem in mangelnder Wert-

1459 schätzung: Die Arbeitsbedingungen und Gehaltsstruk-

1460 turen entsprechen nicht der Verantwortung, die durch

1461 die Beschäftigten tagtäglich getragen wird. Hinzu kom-

1462 men massive Probleme bei der Ausbildung. Das sind

1463 denkbar schlechte Voraussetzungen – echte Wertschät-

1464 zung sieht anders aus.

1465  
1466 Hinzu kommen finanzielle Herausforderungen für Pfl-

1467 egebedürftige und ihre Angehörigen: Inzwischen sind

1468 rund ein Drittel der Pflegebedürftigen in der statio-

1469 nären Altenpflege auf Sozialhilfe angewiesen, weil sie

1470 die Eigenanteile nicht mehr stemmen können. Durch-

Der Klimawandel bleibt die zentrale Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Und klar ist, der Markt allein wird sie nicht lösen. Wir brauchen einen starken Staat, der beim Umbau für soziale Gerechtigkeit und den Schutz der Umwelt sorgt. Mit dem Bundesklimaschutzgesetz, dem Klimaschutzprogramm 2030 und dem Konjunkturprogramm hat die SPD in der Bundesregierung die sozial-ökologische Transformation vorangetrieben. Die milliardenschweren staatlichen Investitionen bieten jetzt die Chance, sie weiter entscheidend voranzubringen.

Wir SozialdemokratInnen begreifen Klimaschutz vor allem auch als Motor für eine gute wirtschaftliche Entwicklung zur Schaffung neuer und zukunftsfester Arbeitsplätze. Unser Ziel muss es sein, durch kluge Politik die sozial-ökologische Transformation so voranzubringen, dass ihr der Markt folgt. Dazu gehört zunächst die Setzung von klaren Standards (z.B. Pfad zum Umstieg auf klimafreundliche Antriebe bei allen Verkehrsträgern), Zielvorgaben (z.B. Ausbauziele für erneuerbare Energien) und Preisen (z.B. CO2-Preis auf fossile Heiz- und Kraftstoffe).

Um ein Beispiel zu nennen: Wir wollen die klimaneutrale Strahlproduktion in NRW. Dafür brauchen wir perspektivisch zusätzliche 130 Terrawattstunden Strom aus erneuerbaren Energien. Die schwarz-gelbe Landesregierung hat es im Jahr 2019 jedoch auf lediglich 300 Windräder gebracht. Unser Ziel ist es, dass jedes Bundesland zwei Prozent seiner Flächen für die Gewinnung von Windenergie einsetzt. Bis 2040 soll der Strombedarf möglichst vollständig aus Wind- und Sonnenenergie gedeckt werden.

Die Klimakrise ist mehr als nur eine Krise der Ökologie. Im Weltmaßstab sind arme und kranke Menschen überproportional stark vom Klimawandel getroffen. Sie trifft aber auch hierzulande die Schwächeren ungleich stärker. Denn ihnen fehlen im Allgemeinen die Mittel, sich wirksam gegen Klimaveränderungen zu schützen. Die notwendige Umstellung ihres Konsum- und Mobilitätsverhaltens können sie sich häufig nicht leisten. Der CO2-Preis soll eine ökologische Lenkungswirkung entfalten, aber nicht zu sozialen Ungerechtigkeiten führen. Außerdem drohen durch den digital-ökologischen Umbau unserer Wirtschaft genau ihre Arbeitsplätze wegzufallen. Es liegt also in der Verantwortung der Sozialdemokratie, dass aus der Klimakrise keine soziale Krise wird.

**Unsere Position:**

- **Der Strukturwandel in der NRW-Energieproduktion muss weiter struktur- und arbeitsmarktpolitisch begleitet werden. In der Zukunftsagentur Rheinisches Revier müssen die Kommunen besser beteiligt werden. Die Ruhrkonferenz muss zu einem Forum für eine gemeinsame Entwicklungsstrategie**

1471 durchschnittlich sind das in NRW monatlich rund 2.350 Euro.  
 1472 Wenn wir von einer gesamtgesellschaftlichen Verant-  
 1473 wortung sprechen, dann ist klar, dass es hier mehr Soli-  
 1474 darität braucht. Gleichzeitig brauchen Pflegebedürftige  
 1475 und Angehörige mehr Beratung. Darauf haben sie einen  
 1476 gesetzlichen Anspruch. Pflegestützpunkte übernehmen  
 1477 häufig diese Aufgabe – sie gilt es weiter zu stärken.

1478  
 1479 Ein starkes Gesundheitswesen sowie verlässliche Pfl-  
 1480 gestrukturen sind zudem ein echter Wettbewerbsvor-  
 1481 teil. Wer hier spart, der gefährdet nicht nur die Ver-  
 1482 sorgung, sondern auch den Wirtschaftsstandort NRW.  
 1483 Nicht zuletzt die jüngsten Erfahrungen mit der Corona-  
 1484 Pandemie haben gezeigt, dass NRW einen leistungsfä-  
 1485 higen Gesundheits- und Pflegesektor braucht und auf  
 1486 eine verlässliche öffentliche Infrastruktur in den Kom-  
 1487 munen (ÖGD) angewiesen ist. Hinzu kommt, dass der  
 1488 Gesundheits- und Pflegesektor in NRW in erheblichem  
 1489 Umfang zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglich-  
 1490 keiten, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur volks-  
 1491 wirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt.

1492  
 1493 **Gesundheit und Pflege brauchen eine neue Basis**

1494  
 1495 *Fallpauschalen-System überwinden*

1496  
 1497 Das Handeln im Gesundheitswesen muss sich daran  
 1498 ausrichten, was medizinisch erforderlich und sinnvoll  
 1499 ist. Dabei halten wir fest an der Förderung des Prin-  
 1500 zips „ambulant vor stationär“ sowie einer consequen-  
 1501 ten Orientierung an besserer Qualität. Seit geraumer  
 1502 Zeit erleben wir jedoch, speziell im Krankenhausbe-  
 1503 reich, dass gemacht wird, was sich finanziell rechnet.  
 1504 Schuld ist hier das sogenannte DRG-System (Diagnosis  
 1505 Related Groups) – auch Fallpauschalensystem genannt.  
 1506 Es basiert auf Durchschnittskosten.

1507  
 1508 Konkret heißt das: Krankenhäuser erhalten pro Behand-  
 1509 lungsfall eine feste Pauschale. Bleiben die Kosten dar-  
 1510 unter, macht die Klinik Gewinn. Übersteigen die Kosten  
 1511 die Pauschale, macht die Klinik Verlust. Um die Behand-  
 1512 lungskosten gering zu halten, wurde vor allem am Per-  
 1513 sonal gespart und werden PatientInnen zu früh entlas-  
 1514 sen. Zudem setzen Fallpauschalen Fehlanreize: Lukra-  
 1515 tive Operationen oder Kaiserschnitte werden deutlich  
 1516 häufiger durchgeführt als medizinisch notwendig. Das  
 1517 Fallpauschalen-System hat also zu erheblichen Fehlent-  
 1518 wicklungen geführt.

1519  
 1520 Gesundheit und Pflege sind elementare Leistungen, die  
 1521 sich am Menschen und nicht an der Gewinnmaximie-  
 1522 rung von Unternehmen zu orientieren haben. Daher  
 1523 braucht es unverzüglich eine Abkehr vom Fallpauschal-  
 1524 ensystem im Gesundheitswesen. Krankenhäuser gehö-  
 1525 ren nicht länger auf den Kapitalmarkt, mit Daseinsvor-  
 1526 sorge dürfen nicht länger Aktionärs-Wünsche befriedigt  
 1527 werden. Wohin diese Entwicklung geführt hat, zei-  
 1528 gen die Schließungen kommunaler und freigemeinnüt-  
 1529 ziger Krankenhäuser, obwohl sie für die Versorgung ge-

weiterentwickelt werden.

- **Wir stehen für die nachhaltige Modernisierung unserer Industrie als Kern einer erfolgreichen Wirtschaft ein. Die klimafreundliche und digitale Transformation der NRW-Industrie verlangt umfassende Anstrengungen der öffentlichen Hand, der Tarifparteien, der Zivilgesellschaft und der Wissenschaft. Hierzu haben wir einen umfassenden industriepolitischen Antrag vorgelegt, auf den wir an dieser Stelle verweisen.**
- **Grüner Wasserstoff ist für uns ein Kernelement nachhaltiger Industriepolitik. Dafür braucht es eine leistungsfähige Transportinfrastruktur und entsprechende internationale Produktions- und Lieferstrukturen.**
- **Ausbau der Erneuerbaren Energien: bis 2023 soll in NRW 30% des Gesamtenergieverbrauchs aus erneuerbaren Energien gedeckt werden, was für die beiden wichtigsten Energieträger der Erneuerbaren einen jährlichen durchschnittlichen Nettozubau in Höhe von etwa 900 MW bei Photovoltaik und bei etwa 600 MW bei Windkraft bedeutet; dabei soll eine verbindliche Ertragsbeteiligung für BürgerInnen und Kommunen eingeführt werden und die Flächeninanspruchnahme pro Kommune 10% der Potenzialfläche (Gesamtüberfläche abzüglich harter Tabubereiche) nicht überschreiten.**
- **Wir stehen für eine umfassende Berücksichtigung der Verteilungswirkung von Klimaschutzmaßnahmen. Wegen des absehbar steigenden CO2-Preises und weil der Umstieg auf klimaschonendere Alternativen nicht bei allen gleich schnell gelingen kann, wollen wir das System der CO2-Bepreisung mit der Einführung einer Pro-Kopf-Klimaprämie für alle Bürgerinnen und Bürger solidarisch weiterentwickeln. Damit werden besonders die unteren und mittleren Einkommen sowie Familien mit Kindern entlastet. Wer sich klimafreundlich verhält, der hat am Ende des Jahres netto mehr Geld in der Tasche.**
- **Wir werden einen Plan für eine neue Finanzierungsstruktur zum Ausbau und zur attraktiveren Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs entwickeln.**
- **Es braucht die Neuausrichtung der Steuer- und Subventionspolitik an klimapolitischen Zielen, z.B. durch eine stärkere CO2-Komponente der Kfz-Steuer oder die klare Orientierung der Subventionspolitik an Kriterien der Nachhaltigkeit.**
- **Wir fordern die Ausgabe von „Green Bonds“ für nachhaltige Investitionen und zur Stärkung der Märkte für nachhaltige Finanzprodukte.**

**4. NRW braucht ein starkes Europa**

Zur Krisenbewältigung gehört auch eine Neugestaltung internationaler Wirtschaftsbeziehungen. Dabei gilt es in einem schon vor der Krise veränderten internationalen Umfeld die strategischen Interessen der deutschen und europäischen Wirtschaft zu wahren. Im Mit-

1530 braucht werden. Im Gesundheitswesen muss der Ver-  
 1531 sorgungsbedarf wieder im Vordergrund stehen. Hier-  
 1532 für muss auch die sogenannte Krankenhausplanung auf  
 1533 Landesebene durch den Staat viel mehr Einfluss und  
 1534 Möglichkeiten bekommen.

1535  
 1536 Überdeutlich zeigt sich die Fehlentwicklung durch das  
 1537 Fallpauschalen-System in der Unterfinanzierung von  
 1538 Kinderkliniken. Fachabteilungen für Kinder- und Ju-  
 1539 gendmedizin werden von Krankenhausbetreibern ab-  
 1540 gemeldet, weil sie sich nicht rechnen. Für die NRWSPD  
 1541 ist daher klar: In diesem besonderen Fall braucht um-  
 1542 gehend eine Grundfinanzierung für Kinderkliniken und  
 1543 eine sofortige Abkehr vom Fallpauschalensystem.

1544  
 1545 Und auch hier braucht es eine Abkehr: Regelmäßig  
 1546 werden PatientInnen sog. „IGeL-Leistungen“ (Individu-  
 1547 elle Gesundheitsleistungen) nahelegt. Das sind ärztliche,  
 1548 zahnärztliche und psychotherapeutische Leistun-  
 1549 gen, die Patienten grundsätzlich selbst bezahlen müs-  
 1550 sen, weil sie nicht zum Leistungsumfang der gesetz-  
 1551 lichen Krankenversicherungen gehören – aus gutem  
 1552 Grund: Die gesetzlichen Krankenkassen dürfen nur Lei-  
 1553 stungen bezahlen, die ausreichend, zweckmäßig und  
 1554 wirtschaftlich sind. Viele der IGeL-Leistungen haben  
 1555 aber nach erfolgter wissenschaftlicher Analyse keinen  
 1556 Nutzen, sind medizinisch nicht notwendig oder nicht  
 1557 wirtschaftlich. PatientInnen haben kaum eine Chance,  
 1558 den medizinischen Nutzen sowie Qualität und Preis der  
 1559 Angebote zu überprüfen und miteinander zu verglei-  
 1560 chen.

1561  
 1562 Notwendig sind verlässliche Finanzierungsgrundlagen,  
 1563 mehr öffentliche Investitionen in Gesundheit und Pfl-  
 1564 ge und der Schutz vor internationalen Kapitalinter-  
 1565 essen. Gewinne, die sich aus Sozialversicherungsbeiträ-  
 1566 gen ergeben, dürfen nicht ins Ausland abfließen, son-  
 1567 dern müssen lokal im Gesundheits- und Pflegesystem  
 1568 investiert werden. Der Sozialstaat braucht wieder mehr  
 1569 Einfluss und muss seine Verantwortung auch finanziell  
 1570 untermauern. Es braucht mehr Solidarität im System.  
 1571 Die Bürgerversicherung ist ein Baustein dieser Politik.

1572  
 1573 *Von der Teilkasko- zur Vollkaskoversicherung in der Pflege*  
 1574

1575 Es ist inakzeptabel, dass inzwischen rund ein Drit-  
 1576 tel der Pflegebedürftigen in der stationären Altenpfl-  
 1577 ge wieder auf Sozialhilfe angewiesen ist. Die Pflege-  
 1578 versicherung wurde eingeführt, um Menschen im Al-  
 1579 ter vor Armut durch Pflegebedürftigkeit zu schützen.  
 1580 Dieser Schutz geht mehr und mehr verloren. Hat die  
 1581 Pflegeversicherung in ihren Anfangsjahren die Kosten  
 1582 für den Pflegeaufwand zumeist noch gedeckt, ist das  
 1583 seit langem nicht mehr der Fall. Neben steigenden  
 1584 Unterkunfts- und Verpflegungskosten sowie Investiti-  
 1585 onskosten müssen die BewohnerInnen auch immer hö-  
 1586 here Anteile der Kosten tragen, welche die Pflege mit  
 1587 sich bringt. So belief sich der gesamte Eigenanteil für  
 1588 die BewohnerInnen in NRW auf 2.349,97 Euro (Stand

telpunkt stehen dabei der Erhalt und die Weiterent-  
 wicklung eines sozial und ökologisch regulierten EU-  
 Binnenmarktes. Dazu sind grundlegende Reformen der  
 EU erforderlich.

Dies ist auch, aber nicht nur eine Antwort auf den  
 aggressiven wirtschaftlichen Nationalismus, der insbe-  
 sondere die chinesische Staatsführung („Made in Chi-  
 na 2025“) wie auch zuletzt die US-amerikanische Re-  
 gierung („America first“) unter Donald Trump betrei-  
 ben bzw. betrieben hat. Dabei bleiben faire und offe-  
 ne Handelsbeziehungen ein sinnvolles Mittel der Au-  
 ßenwirtschaftspolitik. Sie sind jedoch kein Selbstzweck.  
 Die Grundversorgung unserer Volkswirtschaften, ihre  
 dauerhafte technologische Souveränität und die Er-  
 füllung unserer Gemeinwohlziele müssen Bestandteil  
 einer neuen Globalisierung werden. Dabei sind und  
 bleiben die großen Wirtschaftsmächte ebenso wie die  
 Schwellen- und Entwicklungsländer unsere Partner, de-  
 ren Zugang zu unseren Märkten von ihrem jeweiligen  
 Entwicklungsstand und der Erfüllung sozialer und öko-  
 logischer Standards abhängig sein müssen.

#### Unsere Position:

- **Die fordern die umgehende Umsetzung der Be-  
 schlüsse der EU zum Wiederaufbaufonds mitsamt  
 seinen historisch wichtigen Innovationen wie der  
 gemeinsamen Kreditaufnahme und eigenen Steu-  
 ereinnahmen für die EU.**
- **Im Zuge des Green New Deal müssen zur Vermei-  
 dung von umweltbedingten Marktverzerrungen  
 („carbon leakage“) Grenzausgleichsmechanismen  
 für CO2-Emissionskosten auf europäischer Ebene  
 geschaffen werden.**
- **Wir müssen kritische Wertschöpfungsbereiche wie  
 der Medikamenten- und Impfstoffversorgung oder  
 der medizinischen Schutzausrüstung durch ent-  
 sprechende Auflagen sichern und die Produktionen  
 in der EU koordinieren.**
- **Es braucht die Aufnahme von verbindlichen, d.h.  
 auch sanktionierbaren Sozial- und Umweltstan-  
 dards gleichberechtigt mit den Gewinnsicherungs-  
 mechanismen für private Unternehmen in die Han-  
 delsverträge der EU mit Drittländern.**

#### 5. Regionale Stärken in NRW nutzen

Viele Kommunen sind infolge jahrzehntelangen Struk-  
 turwandels und einer unzureichenden Lastenverteilung  
 zwischen Bund, Land und Kommunen überschuldet. Ih-  
 nen fehlten schon vor der Corona-Krise die Mittel für In-  
 vestitionen, sowie auch erforderliches Personal für die  
 Erledigung wachsender Aufgaben. Stärken in bestimm-  
 ten Branchen und Clustern sind höchst unterschied-  
 lich verteilt. Ballungsregionen mit Hochschulen und  
 Forschungseinrichtungen verfügen über andere Mög-  
 lichkeiten und Probleme als ländliche Räume, mit mit-  
 telständischer Unternehmensstruktur oder hohen Aus-

1589 1.1.2019). Hinzu kommen perspektivisch steigende Aus-  
 1590 gaben für mehr Personal und bessere Einkommen der  
 1591 Pflegenden.

1592  
 1593 Wir wollen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbei-  
 1594 tet oder Kinder großgezogen haben, nicht nach weni-  
 1595 gen Jahren der eigenen Pflegebedürftigkeit zum Sozial-  
 1596 amt müssen – dies ist auch eine Frage der Anerkennung  
 1597 von Lebensleistung.

1598  
 1599 Die Pflegeversicherung muss daher von einer „Teilkasko-  
 1600 in eine Vollkaskoversicherung“ umgewandelt werden.  
 1601 Zugleich muss eine Neuausrichtung auch mit Investitio-  
 1602 nen und einer größeren finanziellen Wertschätzung des  
 1603 Pflegepersonals einhergehen – beides erfordert größe-  
 1604 re finanzielle Mittel. Dafür muss mehr Geld ins System.  
 1605 Um diese Finanzierung sicherzustellen und dabei die  
 1606 Pflegebedürftigen vor Armutsrisiken zu schützen, brau-  
 1607 chen wir einen Systemwechsel von der Pflegeversiche-  
 1608 rung hin zu einer solidarischen Pflegegarantie, also ei-  
 1609 ner solidarischen Bürgerversicherung auch in der Pfl-  
 1610 ge.

1611  
 1612 Alle BürgerInnen müssen in diese Sozialversicherung  
 1613 einbezahlen, die Trennung in private und soziale Pflege-  
 1614 versicherung entfällt, die Beitragsbemessung wird an-  
 1615 gehoben. Nur Unterkunft und Verpflegung sollen Heim-  
 1616 bewohnerInnen weiterhin zahlen. Alle pflegerischen  
 1617 Leistungen werden von der Versicherung getragen. Der  
 1618 Investitionskostenanteil, welcher derzeit in NRW bei  
 1619 518,76 Euro liegt, muss vom Land übernommen werden.  
 1620 Hier sollte NRW eine Vorreiterrolle einnehmen.

1621  
 1622 *Behebung von Investitionsstaus*  
 1623

1624 Weil die Gesundheitsversorgung zur unmittelbaren Da-  
 1625 seinsvorsorge gehört, muss auch das Land NRW seinen  
 1626 Finanzierungsverpflichtungen nachkommen. Im Kran-  
 1627 kenhausbereich geschieht das seit Jahrzehnten nicht.

1628  
 1629 Die Folgen sind einerseits veraltete Krankenhausgebäu-  
 1630 de und -geräte, andererseits moderne Krankenhäuser,  
 1631 für die am Personal gespart wurde, um die benötig-  
 1632 ten Investitionskosten zu erwirtschaften. Nach einem  
 1633 Gutachten des RWI (Leibniz-Institut für Wirtschaftsfor-  
 1634 schung) bezogen auf NRW werden für dringend not-  
 1635 wendige Investitionen jährlich rund 1,5 Mrd. Euro benö-  
 1636 tigt. Davon wurde in der Vergangenheit nur etwa ein  
 1637 Drittel vom Land bereitgestellt. Dadurch liegt der In-  
 1638 vestitionsstau in NRW aktuell bei über 12,5 Mrd. Euro. Not-  
 1639 wendig ist ein Sonderprogramm zur Behebung des In-  
 1640 vestitionsstaus bis 2024 und ab sofort die vollständige  
 1641 Refinanzierung der Investitionskosten durch das Land  
 1642 NRW.

1643  
 1644 Das bundespolitische Konjunkturpaket (2020) ist ein  
 1645 richtiger Schritt. Die Ausstattung der Krankenhäuser in  
 1646 Deutschland soll damit verbessert werden. Mit 3 Mil-  
 1647 liarden Euro sollen Investitionen in Notfallkapazitäten,

pendlerzahlen. Die Herausforderungen des Rheinischen  
 Reviers mit dem anstehenden Ausstieg aus der Braun-  
 kohleverstromung sind andere, als die in Südwestfalen  
 mit seinen Automobilzulieferern oder jene in der attrak-  
 tiven Universitätsstadt Münster mit einer attraktiven  
 Hochschul- und Forschungslandschaft in der Nachbar-  
 schaft zum Ruhrgebiet.

Auf diese regionalen Unterschiede müssen die  
 Konjunktur- und Strukturwandelprogramme im Sinne  
 einer regionalisierten Struktur- und Wirtschaftspolitik  
 eingehen und dazu die jeweiligen regionalen Akteure,  
 einschließlich Sozialpartner, Kommunen, Zivilgesell-  
 schaft etc. einbinden. Hier verfügt NRW mit seinen 16  
 Regionalagenturen über eine gute und ausbaufähige  
 Lenkungsstruktur, die in diesem Zusammenhang  
 genutzt werden sollte.

**Unsere Position:**

- **Es braucht regionale Konjunktur- und Wirtschafts-  
 dialoge, gemäß der 16 Regionalagentur-Bezirke, die  
 besondere Stärken und regionale Anforderungen  
 für Konjunkturfördermaßnahmen erarbeiten.**
- **Wir wollen regionale Innovationsplattformen för-  
 dern, bestehend aus Unternehmen, der Politik und  
 den Sozialpartnern (ähnlich der Forschungscluster  
 an Universitäten), zur Konzeption von regionaler  
 Schwerpunktsetzung und Schaffung von Synergien  
 in den Bereichen Produktion, Logistik und Dienst-  
 leistungen.**
- **Zur Erprobung, der in diesen Innovationsplattfor-  
 men erarbeiteten Konzepte, sollten nach dem Vor-  
 bild der Innovation City Bottrop auch in weiteren  
 Kommunen mit passenden Voraussetzungen ver-  
 gleichbare Reallabore angestoßen werden.**
- **Es braucht die gezielte Förderung von Klein- und  
 Kleinstunternehmen mit Wachstumsperspektive in  
 neuen Wirtschaftszweigen, wie E-Sports, regiona-  
 ler Kreislaufwirtschaft etc.**

**Gesundheit und Pflege: Es braucht mehr Solidarität im System**

Wir wollen, dass alle unabhängig von Herkunft, Alter  
 oder Geschlecht denselben Anspruch auf Versorgung  
 und gleiche Teilhabe am medizinischen Fortschritt ha-  
 ben. Dieser Anspruch auf Versorgung und Teilhabe gilt  
 ebenso für pflegebedürftige Menschen. Sie bedürfen  
 der besonderen Solidarität.

**Unsere Position:**

- **Wir erleben im Gesundheitsbereich häufig, dass ge-  
 macht wird, was sich finanziell rechnet. Das Han-  
 deln muss sich wieder daran ausrichten, was medi-  
 zinisch erforderlich und sinnvoll ist. Wir wollen da-  
 her die Abkehr vom Fallpauschalen-System.**
- **Nur eine auskömmliche Finanzierung des**

1648 digitale Infrastruktur, in IT- und Cybersicherheit des  
1649 Gesundheitswesens sowie in gezielte Entwicklung und  
1650 Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen gefördert  
1651 werden. Das Engagement des Bundes muss nun verstep-  
1652 tigt werden.

1653  
1654 Die Corona-Pandemie hat den Mehrbedarf an Personal  
1655 in den Krankenhäusern und die Notwendigkeit einer ge-  
1656 setzlichen Personalbemessung bewiesen und verstärkt.  
1657 Für die NRWSPD steht fest: Nur durch eine auskömm-  
1658 liche Finanzierung werden Löhne und Arbeitsbedin-  
1659 gungen nachhaltig verbessert und damit letztlich auch  
1660 Qualität. Das ist eine zentrale staatliche Aufgabe.

1661  
1662 Die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutsche  
1663 Pflegerat und ver.di fordern daher schnellstmöglich  
1664 eine gesetzliche Personalbemessung in Form einer  
1665 Pflegepersonal-Regelung 2.0 (PPR 2.0). Auch für die Be-  
1666 reiche Intensiv- und Kinder- und Jugendmedizin so-  
1667 wie für andere Berufsgruppen im Krankenhaus müs-  
1668 sen zeitnah verbindliche Regelungen verankert werden.  
1669 Alternativ könnten verbindliche Personal-Patienten-  
1670 Schlüssel eingeführt werden. Das Ziel ist ein am Be-  
1671 darf orientierter Personalstandard in der Pflege und al-  
1672 len anderen Berufsgruppen im Krankenhaus einschließ-  
1673 lich Psychiatrien und Rehakliniken.

1674  
1675 *Mehr Demokratie wagen*

1676 Im Angesicht historischer Herausforderungen, sowohl  
1677 im Gesundheitswesen als auch in der Altenpflege,  
1678 braucht es eine Re-Demokratisierung dieser Politikfel-  
1679 der. Es ist richtig, dass Verbände und insbesondere Ge-  
1680 werkschaften in diesem Kernbereich des Sozialstaats  
1681 mitwirken. Die Selbstverwaltung, also die Mitbestim-  
1682 mung der Versicherten in der gesetzlichen Krankver-  
1683 sicherung ist Ausdruck davon. Sie verdient Wertschät-  
1684 zung.

1685  
1686 Es darf jedoch nicht sein, dass Institutionen durch ihre  
1687 Dominanz zur unüberwindbaren Hürde werden. Es darf  
1688 nicht sein, dass beispielsweise der Gemeinsame Bun-  
1689 desausschuss (G-BA) zum „kleinen Gesetzgeber“ wird  
1690 oder gar das „Zentralkomitee des Gesundheitswesens“.  
1691 Politik muss wieder das letzte Wort haben.

1692  
1693 **Öffentliche Verantwortung für Gesundheit ist unerläss-  
1694 lich**

1695  
1696 *Den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und moder-  
1697 nisieren*

1698  
1699 Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche zentrale Be-  
1700 deutung der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) – üb-  
1701 rigens eine für den Schutz der Gesundheit der Bevöl-  
1702 kerung hat. Diese Erfahrung hat jedoch auch offenge-  
1703 legt, dass der ÖGD strukturell unzureichend ausgestat-  
1704 tet ist und es vor allem an der notwendigen Perso-  
1705 nalausstattung selbst im Normalbetrieb mangelt. Stel-  
1706 lenabbau, lange Vakanzen bei der Neubesetzung von

**Gesundheits- und Pflegebereichs wird Löhne,  
Arbeitsbedingungen und damit auch die Qualität  
nachhaltig verbessern.**

- **Der Investitionsstau im Krankenhausbereich muss dringend beseitigt werden. Notwendig ist ein Sonderprogramm bis 2024 und ab sofort die Refinanzierung der erforderlichen Investitionskosten durch das Land NRW.**
- **Die Pflegeversicherung muss von einer „Teilkasko in eine Vollkaskoversicherung“ umgewandelt werden. Dafür brauchen wir die solidarische Bürgerversicherung auch in der Pflege: eine solidarische Pflegegarantie.**
- **Die Corona-Pandemie hat gezeigt, dass der Öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) unzureichend ausgestattet ist. Er muss deutlich aufgewertet, modernisiert und systematisch viel stärker aufgestellt werden.**
- **Wir wollen pflegende Angehörige sozialversicherungsrechtlich besser absichern, gleichzeitig braucht es arbeitspolitischer Standards für Pflegekräfte in Privathaushalten. Wir wollen daher das Pilotprojekt „Landespflegegesellschaft“, das wir nachfolgend erläutern, starten.**

#### Es besteht Handlungsbedarf

Es ist eine Frage der Gerechtigkeit: Gesundheitsversorgung darf nicht vom Einkommen und nicht vom Wohnort abhängen. In City-Lage oder attraktiven Bezirken ist umfangreiche und barrierefreie medizinische Versorgung oft Standard. Wir stellen jedoch fest, dass dieser Standard auf ländliche und strukturschwache Regionen wie auch für Stadtteile mit sozialen Problemen oftmals nicht zutrifft. Auf der einen Seite steigen die Sozialversicherungsbeiträge ständig, auf der anderen Seite werden die alltäglichen Erfahrungen in bestimmten Teilen des Gesundheitsbereichs schlechter. Das passt nicht zusammen und nicht zuletzt die Corona-Pandemie lehrt uns, dass wir diese Schere wieder schließen müssen.

In NRW leben rund 965.000 pflegebedürftige Menschen. Rund vier Fünftel von ihnen werden zu Hause versorgt. Pflege durch Angehörige und FreundInnen muss viel mehr in den Blick geraten und Unterstützung finden. Denn Pflege ist nicht nur Privatsache. Diejenigen, die sich um andere kümmern, lassen wir nicht allein. Das Familienleben hat sich in den vergangenen Jahrzehnten verändert. Immer häufiger sind Sorge- und Erwerbstätigkeit unter großem Kraftaufwand in Einklang zu bringen. Daher müssen sich ambulante und stationäre Angebote passgenau an die Erfordernisse der Zupflegenden und deren Familien ausrichten.

Die Corona-Pandemie führt schmerzlich vor Augen, dass es im Bereich der Altenpflege Fehlentwicklungen gegeben hat. Die Beschäftigten haben massive Herausforderungen zu bewältigen: Im Verhältnis stehen immer weniger Pflegenden einer immer größer werden-

1707 Stellen und auch Arbeitsbedingungen wie Gehälter, die  
1708 als unattraktiv gelten, sind hierfür verantwortlich. Die-  
1709 se Entwicklungen haben die Gesundheitsvorsorge und  
1710 Prävention auf kommunaler Ebene dramatisch ausge-  
1711 dünnt.

1712  
1713 Mit einem „Pakt für den öffentlichen Gesundheits-  
1714 dienst“ – eine Initiative der SPD – hilft der Bund u.a. zu-  
1715 sätzlich erforderliche Stellen in den Gesundheitsämtern  
1716 zu finanzieren. Außerdem wird der Bund die Gesund-  
1717 heitsämter bei der technischen und digitalen Auf- und  
1718 Ausrüstung unterstützen.

1719  
1720 Künftig muss der ÖGD deutlich aufgewertet, moderni-  
1721 siert und gestärkt werden. Ansätze dafür liegen in einer  
1722 besseren Ausstattung, einer modernen Organisation,  
1723 einer Weiterentwicklung der Aufgabenfelder und einer  
1724 Digitalisierungsstrategie. Die digital unterstützte Mo-  
1725 dernisierung des ÖGD trägt dazu bei, die Leistungen des  
1726 ÖGD bürgernäher, teilhabeorientierter und serviceori-  
1727 entierter zu organisieren. Für die Gesundheitsfachberu-  
1728 fe können, wie international bereits üblich, neue gesell-  
1729 schaftliche Aufgabenfelder erschlossen werden, etwa in  
1730 der betrieblichen Gesundheitsförderung, der Schulge-  
1731 sundheitspflege oder Familiengesundheitspflege.

1732  
1733 *Attraktivere Rahmenbedingungen für Arbeit*  
1734

1735 Dem Fachkräftebedarf und dem zum Teil bereits be-  
1736 stehenden Fachkräftemangel in den Gesundheitsfach-  
1737 berufen müssen wir mit einer attraktiven, zeitgemä-  
1738 ßen Ausbildung begegnen. Die Kostenfreiheit der Aus-  
1739 bildung und der Anspruch auf eine angemessene Aus-  
1740 bildungsvergütung in allen Gesundheitsfachberufen  
1741 (Heilberufe) müssen verankert werden. Die Vorausset-  
1742 zung sind attraktive Ausbildungsbedingungen und eine  
1743 gute Ausbildungsqualität. Dafür werden einheitliche  
1744 Standards in den Gesundheitsfachberufen benö-  
1745 tigt. Dies betrifft die Qualitätsstandards für die theore-  
1746 tische und praktische Ausbildung (u. a. zur Praxisanlei-  
1747 tung, Qualifikation der Lehrkräfte). Aber auch die Aus-  
1748 bildungsstrukturen sollten stärker harmonisiert wer-  
1749 den, hin zu einer stärkeren Angleichung an das duale  
1750 System (Betrieb als Ausbildungsträger, Ausbildungsver-  
1751 trag des Betriebs mit den Auszubildenden, Schutzrechte  
1752 für Auszubildende).

1753  
1754 Die Ausbildung in einem Kernbereich des Sozialstaats  
1755 darf nicht leichtfertig dem Markt überlassen werden.  
1756 Es ist eine Investition in Wertschätzung, Qualität und  
1757 letztlich auch die Zukunft NRWs. Die Finanzierung der  
1758 Ausbildungen muss daher über eine Kostenübernahme  
1759 durch die Länder für die schulische Ausbildung gesi-  
1760 chert werden, die Kosten für die praktische Ausbildung  
1761 inkl. Ausbildungsvergütung tragen die Betriebe – refi-  
1762 nanziert durch die Kostenträger.

1763  
1764 Diese Investition in unser Gesundheitswesen wird sich  
1765 doppelt auszahlen. Denn sie ist nicht nur eine Investiti-

den Zahl von Pflegebedürftigen gegenüber. Dieses Un-  
gleichgewicht begründet sich vor allem in mangelnder  
Wertschätzung: Die Arbeitsbedingungen und Gehalts-  
strukturen entsprechen nicht der Verantwortung, die  
durch die Beschäftigten tagtäglich getragen wird. Hin-  
zu kommen massive Probleme bei der Ausbildung. Das  
sind denkbar schlechte Voraussetzungen – echte Wert-  
schätzung sieht anders aus.

Hinzu kommen finanzielle Herausforderungen für Pfl-  
gebedürftige und ihre Angehörigen: Inzwischen sind  
rund ein Drittel der Pflegebedürftigen in der statio-  
nären Altenpflege auf Sozialhilfe angewiesen, weil sie  
die Eigenanteile nicht mehr stemmen können. Durch-  
schnittlich sind das in NRW monatlich rund 2.460 Eu-  
ro. Für uns sind die finanziellen Auswirkungen keine  
Privatangelegenheit, sondern eine gesamtgesellschaft-  
liche Aufgabe, die nur solidarisch gelöscht werden kann.  
Gleichzeitig brauchen Pflegebedürftige und Angehörige  
mehr Beratung. Pflegebedürftige und Angehörige  
haben einen gesetzlichen Anspruch auf qualifizierte Be-  
ratung durch die sog. Pflegestützpunkte. Dieses Bera-  
tungsangebot gilt es auszubauen.

Ein starker Gesundheitsbereich sowie verlässliche Pfl-  
gestrukturen sind zudem ein echter Wettbewerbsvor-  
teil. Wer hier spart, der gefährdet nicht nur die Ver-  
sorgung, sondern auch den Wirtschaftsstandort NRW.  
Nicht zuletzt die jüngsten Erfahrungen mit der Corona-  
Pandemie haben gezeigt, dass NRW einen leistungsfä-  
higen Gesundheits- und Pflegesektor braucht und auf  
eine verlässliche öffentliche Infrastruktur in den Kom-  
munen (ÖGD) angewiesen ist. Hinzu kommt, dass der  
Gesundheits- und Pflegesektor in NRW in erheblichem  
Umfang zur Schaffung neuer Beschäftigungsmöglich-  
keiten, zur Sicherung von Arbeitsplätzen und zur volks-  
wirtschaftlichen Wertschöpfung beiträgt.

**Gesundheit und Pflege brauchen eine neue Basis**

*Fallpauschalen-System überwinden*

Das Handeln im Gesundheitswesen muss sich daran  
ausrichten, was medizinisch erforderlich und sinnvoll  
ist. Dabei halten wir fest an der Förderung des Prin-  
zips „ambulant vor stationär“ sowie einer consequen-  
ten Orientierung an besserer Qualität. Seit geraumer  
Zeit erleben wir jedoch, speziell im Krankenhausbe-  
reich, dass gemacht wird, was sich finanziell rechnet.  
Schuld ist hier das sogenannte DRG-System (Diagnosis  
Related Groups) – auch Fallpauschalensystem genannt,  
der auf auf Durchschnittskosten basiert.

Konkret heißt das: Krankenhäuser erhalten pro Behan-  
lungsfall eine feste Pauschale. Bleiben die Kosten dar-  
unter, macht die Klinik Gewinn. Übersteigen die Kosten  
die Pauschale, macht die Klinik Verlust. Um die Behan-  
lungskosten gering zu halten, wurde vor allem am Per-  
sonal gespart und werden PatientInnen zu früh entlas-

1766 on in Menschen, sondern auch in den Wirtschaftsstand-  
1767 ort NRW. Ein gesundes NRW ist ein klarer Wettbewerbs-  
1768 vorteil.

1769  
1770 **Antworten auf Bedürfnisse der Menschen geben – Be-**  
1771 **darfsorientierte Versorgung stärken**

1772  
1773 *Das wichtigste Ziel ist die Gesundheit der Menschen. Da-*  
1774 *für braucht es eine Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur,*  
1775 *die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist.*

1776  
1777 Medizinische Versorgung dort anzubieten, wo sie ge-  
1778 braucht wird, ist seit jeher eine zentrale Herausforde-  
1779 rung in der Gesundheitspolitik. Die Covid-19-Pandemie  
1780 hat gezeigt, dass es in den Regionen ein abgestimm-  
1781 tes Miteinander der Kliniken unterschiedlicher Versor-  
1782 gungsstufen braucht. Auch nach der Krise muss ne-  
1783 ben der erforderlichen Spezialisierung eine flächende-  
1784 ckende Grundversorgung in ländlichen Räumen und  
1785 strukturschwachen Teilen der Ballungsgebiete gesi-  
1786 chert sein. Die Menschen müssen sich überall auf eine  
1787 gute Gesundheitsversorgung verlassen können.

1788  
1789 Dafür müssen die sektoralen Grenzen zwischen „Ambu-  
1790 lant“ und „Stationär“ endlich überwunden werden. Ein-  
1791 ne getrennte Planung, so wie sie sich heute findet, ist  
1792 ein klares Defizit. Dem würde die Zusammenarbeit der  
1793 bisherigen Entscheidungsträger – Bundesländer, Kas-  
1794 senärztliche Vereinigungen sowie Landesverbände der  
1795 Krankenkassen und Ersatzkassen – in einem gemeinsa-  
1796 men Gremium entgegenwirken.

1797  
1798 Gleichzeitig bedarf es neuer Wege: Die Verbindung von  
1799 medizinischen Versorgungszentren (MVZ) mit Praxiskli-  
1800 niken (kurzstationäre Behandlungen) ermöglicht eine  
1801 Versorgungsstruktur, die Krankenhäuser der Allgemein-  
1802 versorgung ersetzen kann. Der aktuelle Rechtsrahmen  
1803 reicht hierfür aus, soweit die Empfehlungen zu den Pra-  
1804 xiskliniken realisiert werden.

1805  
1806 Neuer Wege bedarf es auch in der Notfallversorgung:  
1807 Besonders im ländlichen Raum ist dies mit Blick auf  
1808 die Belastung der knappen Arbeitskräfte geboten. Häu-  
1809 fig werden Ärztinnen und Ärzte mit Zusatzqualifika-  
1810 tionen durch Rettungswagen aus ihren Praxen geholt,  
1811 um die Notfallversorgung sicherzustellen. Dies kann ein  
1812 Provisorium sein, darf aber niemals auf Dauer gestellt  
1813 werden. Es braucht daher eine auskömmliche Finanzie-  
1814 rung einer dauerhaften Notfallversorgung durch ent-  
1815 sprechende Zentren und Wachen.

1816  
1817 *Krankenhausplanung in NRW*

1818  
1819 Im September 2019 sorgte ein im Auftrag der schwar-  
1820 gelben Landesregierung erstelltes Gutachten zur Kran-  
1821 kenhausplanung in NRW für Aufmerksamkeit. Richtig  
1822 ist, dass es nun eine ernste Debatte zur Versorgungs-  
1823 struktur in NRW gibt. Mit allen Mitteln muss aber ver-  
1824 hindert werden, dass die neue Planung lediglich zum

sen. Zudem setzen Fallpauschalen Fehlanreize: Lukra-  
tive Operationen oder Kaiserschnitte werden deutlich  
häufiger durchgeführt als medizinisch notwendig. An  
einigen Stellen, wie den Pflegepersonalkosten, haben  
wir bereits Verbesserungen erreicht. Dennoch führt das  
Fallpauschalen-System auch weiterhin zu erheblichen  
Fehlentwicklungen, die es zu korrigieren gilt.

Gesundheit und Pflege sind elementare Leistungen, die  
sich am Menschen und nicht an der Gewinnmaximie-  
rung von Unternehmen zu orientieren haben. Daher  
braucht es unverzüglich eine Abkehr vom Fallpauschal-  
ensystem im Gesundheitsbereich. Krankenhäuser ge-  
hören nicht länger auf den Kapitalmarkt, mit Daseins-  
vorsorge dürfen nicht länger Aktionärs-Wünsche befrie-  
digt werden. Wohin diese Entwicklung geführt hat, zei-  
gen die Schließungen kommunaler und freigemeinnüt-  
ziger Krankenhäuser, obwohl sie für die Versorgung ge-  
braucht werden. Stattdessen ist die Rekommunalisie-  
rung wieder in den Blick zu nehmen. Im Gesundheits-  
bereich muss der Versorgungsbedarf wieder im Vorder-  
grund stehen. Hierfür muss auch die sogenannte Kran-  
kenhausplanung auf Landesebene durch den Staat viel  
mehr Einfluss und Möglichkeiten bekommen.

Überdeutlich zeigt sich die Fehlentwicklung durch das  
Fallpauschalen-System in der Unterfinanzierung von  
Kinderkliniken. Fachabteilungen für Kinder- und Ju-  
gendmedizin werden von Krankenhausbetreibern ab-  
gemeldet, weil sie sich nicht rechnen. Für die NRWSPD  
ist daher klar: In diesem besonderen Fall braucht um-  
gehend eine Grundfinanzierung für Kinderkliniken und  
eine sofortige Abkehr vom Fallpauschalensystem.

Und auch hier braucht es eine Abkehr: Regelmäßig  
werden PatientInnen sog. „IGeL-Leistungen“ (Individu-  
elle Gesundheitsleistungen) nahelegt. Das sind ärztli-  
che, zahnärztliche und psychotherapeutische Leis-  
tungen, die Patienten grundsätzlich selbst bezahlen müs-  
sen, weil sie nicht zum Leistungsumfang der gesetz-  
lichen Krankenversicherungen gehören – aus gutem  
Grund: Die gesetzlichen Krankenkassen dürfen nur Lei-  
stungen bezahlen, die ausreichend, zweckmäßig und  
wirtschaftlich sind. Viele der IGeL-Leistungen haben  
aber nach erfolgter wissenschaftlicher Analyse keinen  
Nutzen, sind medizinisch nicht notwendig oder nicht  
wirtschaftlich. PatientInnen haben kaum eine Chance,  
den medizinischen Nutzen sowie Qualität und Preis der  
Angebote zu überprüfen und miteinander zu verglei-  
chen.

Die Corona-Pandemie hat die Abhängigkeit von Liefer-  
ketten offenbart und die Frage mit sich gebracht, wel-  
che Waren und Dienstleistungen vor Ort vorgehalten  
müssen, um Daseinsvorsorge im Krisenfall garantieren  
zu können. Wir müssen nun prüfen, welche Rückschlüs-  
se wir beispielsweise für die Pharmaindustrie ziehen.  
Dabei muss vor allem in den Blick genommen werden,  
wie staatliches Kapital für pharmazeutische Innovatio-  
nen und Neugründungen zur Verfügung gestellt wer-

1825 Vorwand für einen harten Sparkurs wird. Das Ziel muss  
1826 eine regional abgestimmte und landesweit koordinier-  
1827 te Planung sein, die dem realen Bedarf Rechnung trägt  
1828 und wohnortnahe Versorgung sicherstellt. Diese Pla-  
1829 nung muss zudem Landesgrenzen überwinden.

1830  
1831 Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Über die  
1832 Krankenhausplanung muss politisch entschieden wer-  
1833 den, nicht durch Markt und Wettbewerb. Veränderun-  
1834 gen, die sich aus der Krankenhausplanung ergeben,  
1835 müssen so gestaltet werden, dass in jeder Phase eine  
1836 wohnortnahe Versorgung gewährleistet ist.

1837  
1838 *Die Kurzzeitpflege flächendeckend ausweiten und besser*  
1839 *finanzieren*

1840  
1841 Die Kurzzeitpflege ist ein wesentlicher Faktor zur Ent-  
1842 lastung pflegender Angehöriger in der familiären Pflle-  
1843 ge. Aber das Angebot an Kurzzeitpflege ist nicht ausrei-  
1844 chend, es mangelt an flächendeckend verfügbaren An-  
1845 geboten. Die Nachfrage wird perspektiv jedoch deutlich  
1846 steigen. Unser Anspruch: Kurzzeitpflege muss in NRW  
1847 flächendeckend verfügbar sein.

1848  
1849 Dazu muss die Zahl der verfügbaren Kurzzeitpflegeplät-  
1850 ze in NRW ausgeweitet werden, die Angebote müssen  
1851 transparent, niederschwellig und wohnortnah erreich-  
1852 bar sein. Das Angebot an Kurzzeitpflege muss für die Be-  
1853 treiber wirtschaftlich auskömmlich sein, dazu sollen die  
1854 Pflegesätze entsprechend erhöht werden. Diese Erhö-  
1855 hung darf nicht zulasten der Eigenbeteiligung der Pflle-  
1856 gebedürftigen gehen.

1857  
1858 **Wertschätzung muss durch Aufwertung beantwortet**  
1859 **werden**

1860  
1861 Pflegebedürftige Menschen wollen und sollen – wo ge-  
1862 wünscht – so lange wie möglich in der eigenen häus-  
1863 lichen Umgebung bleiben. Diesen Wunsch gilt es bei  
1864 der Planung pflegerischer Infrastrukturen und der dazu-  
1865 gehörigen Personalbedarfsplanung als Grundsatz stets  
1866 mitzudenken. Daneben wird es immer auch stationäre  
1867 Pflegeeinrichtungen geben.

1868  
1869 Die umfassende Pflege, Betreuung und Versorgung in  
1870 stationären Pflegeeinrichtungen setzt eine gute Perso-  
1871 nalausstattung mit ausreichend qualifizierten Beschäf-  
1872 tigten voraus, die es in der Altenpflege so zurzeit nicht  
1873 gibt. Es fehlt Personal.

1874  
1875 In NRW fehlten 2017 nach der Landesberichterstattung  
1876 10.000 Pflegefachkräfte, hochgerechnet auf Vollzeit-  
1877 stellen. Aufgrund der hohen Teilzeitquoten in der Pflege  
1878 heißt das, 14.000 Stellen für Pflegefachkräfte sind nicht  
1879 besetzt. Der Großteil davon in der ambulanten und sta-  
1880 tionären Altenpflege. Dieser Mangel an Pflegefachkräf-  
1881 ten ist eine Herausforderung, der sich Gesellschaft und  
1882 Politik endlich stellen müssen.

1883

den kann.

Notwendig sind verlässliche Finanzierungsgrundlagen,  
mehr öffentliche Investitionen in Gesundheit und Pflle-  
ge und der Schutz vor internationalen Kapitalinteres-  
sen. Es kann nicht sein, dass Gewinne, die sich aus So-  
zialversicherungsbeiträgen ergeben, ins Ausland abflie-  
ßen. Es muss wieder gelten, dass Gewinne wieder lo-  
kal im Gesundheits- und Pflegesystem investiert wer-  
den. Der Sozialstaat braucht wieder mehr Einfluss und  
muss seine Verantwortung auch finanziell untermau-  
ern. Es braucht mehr Solidarität im System. Die Bürger-  
versicherung ist ein Baustein dieser Politik.

*Von der Teilkasko- zur Vollkaskoversicherung in der Pflege*

Es ist inakzeptabel, dass inzwischen rund ein Drit-  
tel der Pflegebedürftigen in der stationären Altenpflle-  
ge wieder auf Sozialhilfe angewiesen ist. Die Pflle-  
geversicherung wurde eingeführt, um Menschen im Al-  
ter vor Armut durch Pflegebedürftigkeit zu schützen.  
Dieser Schutz geht mehr und mehr verloren. Hat die  
Pflegeversicherung in ihren Anfangsjahren die Kosten  
für den Pflegeaufwand zumeist noch gedeckt, ist das  
seit langem nicht mehr der Fall. Neben steigenden  
Unterkunfts- und Verpflegungskosten sowie Investiti-  
onskosten müssen die BewohnerInnen auch immer hö-  
here Anteile der Kosten tragen, welche die Pflege mit  
sich bringt. Der gesamte Eigenanteil für die Bewoh-  
nerInnen in NRW beläuft sich inzwischen auf durch-  
schnittlich 2.460 Euro – damit steht NRW im Bundes-  
ländervergleich an der Spitze.

Wir wollen, dass Menschen, die ihr Leben lang gearbei-  
tet oder Kinder großgezogen haben, nicht nach weni-  
gen Jahren der eigenen Pflegebedürftigkeit zum Sozial-  
amt müssen – dies ist auch eine Frage der Anerkennung  
von Lebensleistung.

Die Pflegeversicherung muss daher von einer „Teilkasko-  
in eine Vollkaskoversicherung“ umgewandelt werden.  
Zugleich muss eine Neuausrichtung auch mit Investiti-  
onen und einer größeren finanziellen Wertschätzung des  
Pflegepersonals einhergehen – beides erfordert größe-  
re finanzielle Mittel. Dafür muss mehr Geld ins System.  
Um diese Finanzierung sicherzustellen und dabei die  
Pflegebedürftigen vor Armutsrisiken zu schützen, brau-  
chen wir einen Systemwechsel von der Pflegeversiche-  
rung hin zu einer solidarischen Pflegegarantie, also ei-  
ner solidarischen Bürgerversicherung auch in der Pflle-  
ge, die wie folgt aussieht:

Alle BürgerInnen müssen in diese Sozialversicherung  
einbezahlen, die Trennung in private und soziale Pflle-  
geversicherung entfällt, die Beitragsbemessung wird an-  
gehoben. Nur Unterkunft und Verpflegung sollen Heim-  
bewohnerInnen weiterhin zahlen. Alle pflegerischen  
Leistungen werden von der Versicherung getragen. Der  
Investitionskostenanteil, welcher derzeit in NRW bei

1884 Die öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung von  
 1885 Gesundheits- und Pflegearbeit ist durch die Corona-  
 1886 Pandemie gestiegen. Zwar können junge Menschen es  
 1887 sich laut aktueller Umfragen prinzipiell durchaus vor-  
 1888 stellen, z.B. einen Pflegeberuf zu ergreifen. Die Hebung  
 1889 dieses Potenzials für die Fach- und Arbeitskräftesiche-  
 1890 rung ist jedoch kein Selbstläufer. Verdienstunterschiede  
 1891 von bis zu 600 Euro zwischen den Pflegefachkräften im  
 1892 Krankenhaus und den Pflegefachkräften in der Alten-  
 1893 pflege sind angesichts der Anforderungen nicht mehr zu  
 1894 rechtfertigen. Einmalige Prämien ändern hieran nichts.  
 1895 Pflegefachkräfte müssen in der Altenpflege eine attrak-  
 1896 tive Alternative zum Krankenhaus sehen. Gelingt das  
 1897 nicht, wird der Personalmangel in der Altenpflege be-  
 1898 stehen bleiben.  
 1899  
 1900 Notwendig ist daher die kritische Reflexion von Lo-  
 1901 giken und Mechanismen der Inwert-Setzung von  
 1902 Gesundheits- und Pflegearbeit. Industriell geprägte  
 1903 Formen der Arbeitsbewertung sind nicht hinreichend,  
 1904 um den Wert der Arbeit, das Wissen und Können, Kom-  
 1905 petenzzuwächse und veränderte Belastungsprofile der  
 1906 Beschäftigten hinreichend abzubilden. Im Kern geht es  
 1907 damit um eine Angleichung der Verdienststrukturen  
 1908 einerseits, aber auch um mehr Wissen über Verände-  
 1909 rungen in Bezug auf das Arbeitsvolumen, Aufgaben  
 1910 und Tätigkeiten sowie Belastungen.  
 1911  
 1912 Aufgrund der kleinteiligen Struktur in der stationären  
 1913 und ambulanten Altenpflege und der steigenden Zahl  
 1914 privater Einrichtungen werden die Arbeitsbedingungen  
 1915 der Beschäftigten immer seltener durch einen Tarifver-  
 1916 trag oder kirchliche Arbeitsvertragsrichtlinien geregelt.  
 1917 Bei einem Personalkostenanteil von über 70 Prozent  
 1918 führt das zu einem Wettbewerb um möglichst niedrige  
 1919 Personalkosten. Gleichzeitig wird damit auch der Druck  
 1920 auf existierende Tarifverträge immer größer. Um diese  
 1921 Entwicklung zu stoppen, brauchen wir einen flächende-  
 1922 ckenden Tarifvertrag in der Altenpflege. Mit dem Pflege-  
 1923 löhneverbesserungsgesetz ist die Grundlage für einen  
 1924 solchen Tarifvertrag durch den Bundesarbeitsminister  
 1925 gegeben.  
 1926  
 1927 Alle Berufsgruppen in NRW müssen mit Personalschlüs-  
 1928 seln zurechtkommen, die sich an Personalrichtwer-  
 1929 ten orientieren, die aus der Zeit vor Einführung des  
 1930 SGB XI stammen. Sie sind veraltet. Für die Verwal-  
 1931 tung, die Haustechnik, die Sozialarbeit und die Haus-  
 1932 wirtschaft heißt das, dass umgehend neue Personal-  
 1933 richtwerte ermittelt und verbindlich eingeführt werden  
 1934 müssen. Auch für diese Berufsgruppen ist das Arbeits-  
 1935 aufkommen und die Arbeitsintensität in den letzten  
 1936 Jahren durch Veränderung der BewohnerInnenstruktu-  
 1937 ren enorm gewachsen. Hier ist das Land gefordert. Die  
 1938 zuständigen Behörden auf Länderebene müssen zudem  
 1939 verpflichtet werden, die Einhaltung der Fachkraftquote  
 1940 zu überprüfen und gegebenenfalls zu sanktionieren.  
 1941  
 1942 Studien zeigen, dass es vielfältige strukturelle Hinder-

518,76 Euro liegt, muss vom Land übernommen werden.  
 Hier sollte NRW eine Vorreiterrolle einnehmen.

#### *Behebung von Investitionsstaus*

Weil die Gesundheitsversorgung zur unmittelbaren Da-  
 seinsvorsorge gehört, muss auch das Land NRW seinen  
 Finanzierungsverpflichtungen nachkommen. Im Kran-  
 kenhausbereich geschieht das seit Jahrzehnten nicht.

Die Folgen sind einerseits veraltete Krankenhausgebäu-  
 de und -geräte, andererseits moderne Krankenhäuser,  
 für die am Personal gespart wurde, um die benötig-  
 ten Investitionskosten zu erwirtschaften. Nach einem  
 Gutachten des RWI (Leibniz-Institut für Wirtschaftsfor-  
 schung) bezogen auf NRW werden für dringend not-  
 wendige Investitionen jährlich rund 1,5 Mrd. Euro benö-  
 tigt. Davon wurde in der Vergangenheit nur etwa ein  
 Drittel vom Land bereitgestellt. Dadurch liegt der Inves-  
 titionsstau in NRW aktuell bei über 12,5 Mrd. Euro. Not-  
 wendig ist ein Sonderprogramm zur Behebung des In-  
 vestitionsstaus bis 2024 und ab sofort die vollständige  
 Refinanzierung der Investitionskosten durch das Land  
 NRW.

Das bundespolitische Konjunkturpaket (2020) ist ein  
 richtiger Schritt. Die Ausstattung der Krankenhäuser in  
 Deutschland soll damit verbessert werden. Mit 3 Mil-  
 liarden Euro sollen Investitionen in Notfallkapazitäten,  
 digitale Infrastruktur, in IT- und Cybersicherheit des  
 Gesundheitswesens sowie in gezielte Entwicklung und  
 Stärkung regionaler Versorgungsstrukturen gefördert  
 werden. Das Engagement des Bundes muss nun verstep-  
 tigt werden. Der Bund soll zudem einen Topf auflegen,  
 der es den Kommunen ermöglicht, private Krankenhäu-  
 ser zu kommunalisieren.

Die Corona-Pandemie hat den Mehrbedarf an Personal  
 in den Krankenhäusern und die Notwendigkeit einer ge-  
 setzlichen Personalbemessung bewiesen und verstärkt.  
 Für die NRWSPD steht fest: Nur durch eine auskömm-  
 liche Finanzierung werden Löhne und Arbeitsbedin-  
 gungen nachhaltig verbessert und damit letztlich auch  
 Qualität. Das ist eine zentrale staatliche Aufgabe.

Die Deutsche Krankenhausgesellschaft, der Deutsche  
 Pflegerat und ver.di fordern daher schnellstmög-  
 lich eine gesetzliche Personalbemessung durch eine  
 Pflegepersonal-Regelung 2.0 (PPR 2.0). Auch für die Be-  
 reiche Intensiv- und Kinder- und Jugendmedizin sowie  
 für andere Berufsgruppen im Krankenhaus müssen  
 zeitnah verbindliche Regelungen verankert werden.  
 Das Ziel ist ein am Bedarf orientierter Personalstandard  
 in der Pflege und allen anderen Berufsgruppen im Kran-  
 kenhaus einschließlich Psychiatrien und Rehakliniken.

#### *Mehr Demokratie wagen*

Im Angesicht historischer Herausforderungen, sowohl

1943 nisse für Fachkräfte aus dem Ausland sowie für Quer-  
 1944 einsteigerInnen in der Pflege gibt. Notwendig sind,  
 1945 neben dem Abbau bürokratischer Hindernisse, sozia-  
 1946 le Innovationen auf Organisationsebene. Ansätze lie-  
 1947 gen hier u.a. in dem Aufbau systematischer betrieblicher  
 1948 Recruitment- und Rückkehrprogramme, in der An-  
 1949 erkennung informell erworbener Kompetenzen für den  
 1950 Einstieg in die Pflegearbeit, in der Förderung multi-  
 1951 professioneller Teamarbeit sowie in der Stärkung einer  
 1952 fachlich-sozialen Praxisanleitung für diese Zielgruppe.  
 1953 Hierfür braucht es Maßnahmenkataloge und Qualitäts-  
 1954 kriterien. Betriebliche Interessenvertretungen können  
 1955 darin unterstützen, entsprechende Maßnahmen zu ent-  
 1956 wickeln und überprüfen, ob diese eingehalten werden.  
 1957

1958 **Mehr Köpfe sind wichtig, aber es braucht noch mehr!**

1959  
 1960 Denn sozialer Fortschritt im und mit dem Gesundheits-  
 1961 und Pflegesektor ist ohne qualifiziertes und motiviertes  
 1962 Personal nicht möglich. Gegenwärtige Maßnahmen der  
 1963 Gesundheitspolitik zielen vor allem darauf, mehr Köp-  
 1964 fe für die Arbeit in Gesundheit und Pflege zu gewin-  
 1965 nen. Dies ist für die Beschäftigten vor Ort wichtig, kann  
 1966 aber allein keine Antwort auf die drängenden Heraus-  
 1967 forderungen sein. Damit es hier nicht zu Enttäuschun-  
 1968 gen kommt, braucht es einen Plan, wie Neueinsteige-  
 1969 rInnen nicht nur in der Pflege ankommen, sondern auch  
 1970 die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können,  
 1971 damit sie dort bleiben wollen.

1972  
 1973 Spätestens wenn um die Betreuung von Kindern geht,  
 1974 kommt es häufig zu Enttäuschungen. Richtig kompli-  
 1975 ziert wird es für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten –  
 1976 und das werden immer mehr. Wohin mit den Kindern  
 1977 morgens um fünf oder abends um zehn? Hier braucht es  
 1978 entsprechende Arbeitszeitarrangements sowie ein ver-  
 1979 stärktes Engagement durch die Träger, beispielsweise  
 1980 durch betriebliche Betreuungseinrichtungen.

1981  
 1982 Durch die zunehmende Diffusion und Nutzung digita-  
 1983 ler Technik, durch neue und erweiterte Qualifikations-  
 1984 und Kompetenzprofile sowie durch neue Wege der  
 1985 Arbeitsorganisation und -gestaltung auf betrieblicher  
 1986 Ebene werden sich Versorgungs- und Arbeitsarrange-  
 1987 ments grundlegend ändern. »Effizientere Gesundheits-  
 1988 und Pflegearbeit« markiert an sich aber noch keinen  
 1989 Fortschritt, denn oftmals bleibt unklar, ob daraus ein  
 1990 tatsächlicher Mehrwert für PatientInnen, Pflegebedürf-  
 1991 tige und deren Angehörige sowie für die Beschäftigten  
 1992 wird.

1993  
 1994 Es braucht eine Vision, wie Arbeit im Gesundheits- und  
 1995 Pflegesektor unter Nutzung neuer Kompetenzprofile,  
 1996 organisatorischer und technischer Möglichkeiten (Di-  
 1997 gitalisierung) künftig besser und intelligenter organi-  
 1998 siert werden kann. Trotz der Anstrengungen zum Auf-  
 1999 bau einer umfassenden Telematikinfrastruktur ist die  
 2000 Förderung der technischen Infrastruktur für Telemedi-  
 2001 zin in der Altenpflege nicht ausreichend. Insbesonde-

im Gesundheitsbereich als auch in der Altenpflege,  
 braucht es eine Re-Demokratisierung dieser Politikfel-  
 der. Es ist richtig, dass Verbände und insbesondere Ge-  
 werkschaften in diesem Kernbereich des Sozialstaats  
 mitwirken. Die Selbstverwaltung, also die Mitbestim-  
 mung der Versicherten in der gesetzlichen Krankver-  
 sicherung ist Ausdruck davon. Sie verdient Wertschät-  
 zung.

Es darf jedoch nicht sein, dass Institutionen durch ih-  
 re Dominanz zur unüberwindbaren Hürden werden. Es  
 darf nicht sein, dass beispielsweise der Gemeinsame  
 Bundesausschuss (G-BA) zum „kleinen Gesetzgeber“  
 wird oder gar das „Zentralkomitee des Gesundheitswe-  
 sens“. Parlamente müssen wieder das letzte Wort ha-  
 ben.

**Öffentliche Verantwortung für Gesundheit ist unerläs-  
 lich**

*Den Öffentlichen Gesundheitsdienst stärken und moder-  
 nisieren*

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, welche zentrale Be-  
 deutung, die Gesundheitsämter und damit der Öffentli-  
 che Gesundheitsdienst (ÖGD) – übrigens eine für den  
 Schutz der Gesundheit der Bevölkerung hat. Diese Er-  
 fahrung hat jedoch auch offengelegt, dass der ÖGD  
 strukturell unzureichend ausgestattet ist und es vor al-  
 lem an der notwendigen Personalausstattung selbst im  
 Normalbetrieb mangelt. Stellenabbau, lange Vakanzen  
 bei der Neubesetzung von Stellen und auch Arbeitsbe-  
 dingungen sowie Gehälter, die als unattraktiv gelten,  
 sind hierfür verantwortlich. Diese Entwicklungen haben  
 die Gesundheitsvorsorge und Prävention in den Städten  
 und Gemeinden dramatisch ausgedünnt.

Mit einem „Pakt für den öffentlichen Gesundheits-  
 dienst“ – eine Initiative der SPD – hilft der Bund u.a. zu-  
 sätzlich erforderliche Stellen in den Gesundheitsämtern  
 zu finanzieren. Außerdem wird der Bund die Gesund-  
 heitsämter bei der technischen und digitalen Auf- und  
 Ausrüstung unterstützen.

Künftig muss der ÖGD deutlich aufgewertet, moderni-  
 siert und gestärkt werden. Dies ist Aufgabe des Landes.  
 Ansätze dafür liegen in einer besseren Ausstattung, ei-  
 ner modernen Organisation, einer Weiterentwicklung  
 der Aufgabenfelder und einer Digitalisierungsstrategie.  
 Die digital unterstützte Modernisierung des ÖGD trägt  
 dazu bei, die Leistungen des ÖGD bürgernäher, teilha-  
 beorientierter und serviceorientierter zu organisieren.  
 Für die Gesundheitsfachberufe können, wie internatio-  
 nal bereits üblich, neue gesellschaftliche Aufgabenfel-  
 der erschlossen werden, etwa in der betrieblichen Ge-  
 sundheitsförderung, der Schulgesundheitspflege oder  
 Familiengesundheitspflege.

*Attraktivere Rahmenbedingungen für Arbeit*

2002 re mangelt es an einer integrierten Vernetzung pflergerischer Expertisen mit der Akutversorgung sowie der (fach)ärztlichen und therapeutischen Versorgung. Entsprechende Programme für die Altenpflege müssen verstärkt auf die gezielte Förderung des Ausbaus telepflegerischer und teletherapeutischer Angebote für und in der Altenpflege setzen, und die Einrichtungen auch in der organisatorischen Umsetzung und Personalentwicklung unterstützen.

2010  
2011  
2012 Dazu sollten regionale Kompetenzzentren für eine digital gestärkte Altenpflege aufgebaut werden. Gerade in der Altenpflege geht es um eine kluge Mischung digitaler Technik und »analoger« Betreuung als Ansatzpunkt zur Verbesserung der pflegerischen Versorgungsqualität.

2018  
2019 Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Beschäftigten im Kontext der Digitalisierung vor neuen und erweiterten Anforderungen stehen. Allerdings liegt der Fokus derzeit in erster Linie auf der »Akzeptanz« neuer technischer Anwendungen. Dies greift angesichts der potenziellen Folgen digitaler Technik zu kurz. Digitale Technik kann dann zu einem Fortschritt für die Weiterentwicklung der Pflege werden, wenn Beschäftigte mit ihren fachlichen Kompetenzen und Interessenvertretungen konsequent an der Auswahl, Umsetzung und Evaluierung beteiligt werden, die reflexiven Kompetenzen und Gestaltungskompetenz der Beschäftigten gestärkt und Nutzeneffekte sichtbar werden. Folgen der Digitalisierung auf betrieblicher Ebene sind systematisch zu erfassen. Das Arbeitsschutzgesetz (ArbSCHG) bietet hierfür den notwendigen gesetzlichen Rahmen. Doch oftmals werden Digitalisierungsfolgen in diesem Kontext gar nicht systematisch erfasst. Im Kontext beruflicher Bildung ist der Wandel der Kompetenzanforderungen zu erfassen, die Vermittlung digitaler Kompetenzen in der Ausbildung sollte gestärkt und ein Berichtssystem für betriebliche Qualifizierungsaktivitäten aufgebaut werden (analog zum BBiG).

2042  
2043 *Wandel arbeitsorientiert gestalten: Mitbestimmung und tarifliche Regelungen stärken, Pflegekammer ist hier nicht die Lösung.*

2046  
2047 NRW hat eine besondere Tradition der sozialpartnerschaftlichen Gestaltung von Arbeit. Diese Tradition muss insbesondere im Bereich der Altenpflege wieder sichtbar werden. Ob Strategien zur Aufwertung der Arbeit künftig erfolgreich sein werden, hängt entscheidend davon ab, wie tarifliche Rahmenbedingungen ausgestaltet sind und auf betrieblicher Ebene wirksam werden.

2054  
2055  
2056 Die Etablierung einer Pflegekammer in NRW ist jedoch keine Lösung. Denn es ist nicht Aufgabe einer Kammerorganisation, verlässliche Einsatz- und Anwendungsbedingungen von Arbeit in Gesundheit und Pflege zu verhandeln und betrieblich durchzusetzen. Die Auflösung

Dem Fachkräftebedarf und dem zum Teil bereits bestehenden Fachkräftemangel in den Gesundheitsfachberufen müssen wir mit einer attraktiven, zeitgemäßen Ausbildung begegnen. Die Kostenfreiheit der Ausbildung und der Anspruch auf eine angemessene Ausbildungsvergütung in allen Gesundheitsfachberufen (Heilberufe) müssen gesetzlich verankert werden. Die Voraussetzung sind attraktive Ausbildungsbedingungen und eine gute Ausbildungsqualität. Dafür werden einheitliche Standards in den Gesundheitsfachberufen benötigt. Dies betrifft die Qualitätsstandards für die theoretische und praktische Ausbildung (u. a. zur Praxisanleitung, Qualifikation der Lehrkräfte). Aber auch die Ausbildungsstrukturen sollten stärker harmonisiert werden, hin zu einer stärkeren Angleichung an das duale System (Betrieb als Ausbildungsträger, Ausbildungsvertrag des Betriebs mit den Auszubildenden, Schutzrechte für Auszubildende).

Die Ausbildung in einem Kernbereich des Sozialstaats darf nicht dem Markt überlassen werden. Es ist eine Investition in Wertschätzung, Qualität und letztlich auch die Zukunft NRW. Die Finanzierung der Ausbildungen muss daher über eine Kostenübernahme durch die Länder für die schulische Ausbildung gesichert werden, die Kosten für die praktische Ausbildung inkl. Ausbildungsvergütung tragen die Betriebe – refinanziert durch die Kostenträger.

Diese Investition in unserem Gesundheitsbereich wird sich doppelt auszahlen. Denn sie ist nicht nur eine Investition in Menschen, sondern auch in den Wirtschaftsstandort NRW. Ein gesundes NRW ist ein klarer Wettbewerbsvorteil.

**Antworten auf Bedürfnisse der Menschen geben – Bedarfsorientierte Versorgung stärken**

*Das wichtigste Ziel ist die Gesundheit der Menschen. Dafür braucht es eine Gesundheits- und Pflegeinfrastruktur, die auf die Bedürfnisse der Menschen ausgerichtet ist.*

Medizinische Versorgung dort anzubieten, wo sie gebraucht wird, ist seit jeher eine zentrale Herausforderung in der Gesundheitspolitik. Die Covid-19-Pandemie hat gezeigt, dass es in den Regionen ein abgestimmtes Miteinander der Kliniken unterschiedlicher Versorgungsstufen braucht. Auch nach der Krise muss neben der erforderlichen Spezialisierung eine flächendeckende Grundversorgung in ländlichen Räumen und strukturschwachen Teilen der Ballungsgebiete gesichert sein. Die Menschen müssen sich überall auf die gute Gesundheitsversorgung verlassen können.

Dafür müssen die sektoralen Grenzen zwischen „Ambulant“ und „Stationär“ endlich überwunden werden. Eine getrennte Planung, so wie sie sich heute findet, ist ein klares Defizit. Dem würde die Zusammenarbeit der

2061 der Pflegekammer Niedersachsen im Jahr 2020 – per Mit-  
 2062 gliedervotum – macht das deutlich.  
 2063  
 2064 Es ist notwendig, deutlich sichtbarer als bisher aufzu-  
 2065 zeigen, wie Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft  
 2066 dazu beitragen können, den Strukturwandel des  
 2067 Gesundheits- und Pflegesektors beschäftigten- und  
 2068 qualitätsorientiert zu gestalten. Mitbestimmungsak-  
 2069 teure müssen im Transformationsprozess gestärkt und  
 2070 in ihrer Wissens- und Kompetenzwicklung unterstützt  
 2071 werden.  
 2072  
 2073 *Neue Wege finden: Landespflegegesellschaft als Pilotpro-*  
 2074 *jekt*  
 2075  
 2076 Die Umsetzung arbeitsrechtlicher Standards für Pfl-  
 2077 gekräfte in Privathaushalten ist überfällig. Die arbeits-  
 2078 vertragliche Situation muss verbessert werden. Zentral  
 2079 sind mehr und verpflichtende Beratung und Aufklä-  
 2080 rung, Arbeitsverträge mit Aufgabenbeschreibung sowie  
 2081 die Verpflichtung der vermittelnden Agenturen zur In-  
 2082 formation, Qualifizierung und Beratung.  
 2083 Die NRWSPD schlägt daher ein Pilotprojekt »Landes-  
 2084 pflegegesellschaft« vor. Eine solche gemeinnützige  
 2085 GmbH könnte sukzessive zur Anlaufstelle im Pflegebe-  
 2086 reich werden. Über sie könnte nicht nur Information,  
 2087 Qualifizierung und Beratung erfolgen, sondern auch –  
 2088 weitergehend und nach österreichischem Vorbild – ein-  
 2089 ne direkte Anstellung pflegender Angehöriger.  
 2090  
 2091 Dies macht aus drei Gründen Sinn: Erstens, um diese  
 2092 Personen sozialversicherungsrechtlich abzusichern und  
 2093 ihnen den Lebensunterhalt zu wahren; zweitens, um  
 2094 den pflegebedürftigen Personen den Verbleib zu Hau-  
 2095 se zu ermöglichen; und drittens, um durch die Ausbil-  
 2096 dungsmöglichkeit auch mittelfristig zusätzliches Perso-  
 2097 nal für den Pflegebereich zu gewinnen.  
 2098  
 2099 Klar ist jedoch auch, dass daran nicht die Erwar-  
 2100 tungshaltung geknüpft werden darf, dass die bisheri-  
 2101 ge Erwerbstätigkeit aufgegeben wird. Die Mehrzahl der  
 2102 Menschen, die Angehörige pflegen, ist in Teilzeit oder  
 2103 sogar in Vollzeit beschäftigt: Zwei Drittel der informell  
 2104 Pflegenden unter 65 Jahren sind selbst erwerbstätig.  
 2105 Die Erwerbstätigkeit wird aber aufgrund des Engage-  
 2106 ments in der Pflege der Angehörigen strukturell einge-  
 2107 schränkt. Deshalb ist die Vereinbarkeit von Erwerbstä-  
 2108 tigkeit und familiärer, informeller, Pflegearbeit eine gro-  
 2109 ße Herausforderung. Das gilt in besonderer Weise für  
 2110 Frauen, die in ihrem Alltag in erheblichem Umfang da-  
 2111 mit konfrontiert sind, die informelle Sorgearbeit mit An-  
 2112 gehörigen, die eigene Erwerbstätigkeit sowie die eige-  
 2113 ne informelle Familienarbeit miteinander zu vereinba-  
 2114 ren. Dieser strukturellen Benachteiligung kann durch ein-  
 2115 ne Landespflegegesellschaft begegnet werden.  
 2116  
 2117 Eine dritte Ebene dieser Landespflegegesellschaft könn-  
 2118 te die Anstellung von Pflegekräften sein, die bisher im  
 2119 Graubereich, also über Agenturen vermittelt in priva-

bisherigen Entscheidungsträger – Bundesländer, Kas-  
 senärztliche Vereinigungen sowie Landesverbände der  
 Krankenkassen und Ersatzkassen – in einem gemeinsa-  
 men Gremium entgegenwirken.

Gleichzeitig bedarf es neuer Wege: Die Verbindung von  
 medizinischen Versorgungszentren (MVZ) mit Praxiskli-  
 niken (kurzstationäre Behandlungen) ermöglicht eine  
 Versorgungsstruktur, die Krankenhäuser der Allgemein-  
 versorgung ersetzen kann. Der aktuelle Rechtsrahmen  
 reicht hierfür aus, soweit die Empfehlungen zu den Pra-  
 xiskliniken realisiert werden.

Neuer Wege bedarf es auch in der Notfallversorgung:  
 Besonders der ländliche Raum braucht dringend mehr  
 Personal und eine belastbare Infrastruktur. Häufig wer-  
 den Ärztinnen und Ärzte mit Zusatzqualifikationen  
 durch Rettungswagen aus ihren Praxen geholt, um die  
 Notfallversorgung sicherzustellen. Dies kann nur ein  
 Provisorium sein, darf sich aber niemals auf Dauereta-  
 blieren. Es braucht daher eine auskömmliche Finanzie-  
 rung einer dauerhaften Notfallversorgung durch ent-  
 sprechende Zentren und Wachen.

#### *Krankenhausplanung in NRW*

Im September 2019 sorgte ein im Auftrag der schwarz-  
 gelben Landesregierung erstelltes Gutachten zur Kran-  
 kenhausplanung in NRW für Aufsehen. Die Corona-  
 Pandemie hat gezeigt, wie wichtig eine breite Kran-  
 kenhauslandschaft ist und dass der Wettbewerb kein  
 ausreichendes Kriterium für die Versorgungsstruktur in  
 NRW sein darf. Umso empörender ist, dass die Landes-  
 regierung ihre Krankenhausplanung weiterhin intrans-  
 parent und hinter verschlossenen Türen vorantreibt.  
 Das Parlament bleibt außen vor. Deshalb muss nun  
 mit allen Mitteln verhindert werden, dass die neue Pla-  
 nung lediglich zum Vorwand für einen harten Sparkurs  
 wird. Das Ziel muss eine regional abgestimmte und lan-  
 desweit koordinierte Planung sein, die dem realen Be-  
 darf Rechnung trägt, die wohnortnahe Versorgung si-  
 cherstellt und die im Krisenfall ausreichend Kapazitäten  
 bereithält. Diese Planung muss zudem Landesgrenzen  
 überwinden.

Gesundheitsversorgung ist Daseinsvorsorge. Über die  
 Krankenhausplanung muss politisch entschieden wer-  
 den, nicht nur durch Markt und Wettbewerb. Verände-  
 rungen, die sich aus der Krankenhausplanung ergeben,  
 müssen so gestaltet werden, dass in jeder Phase eine  
 wohnortnahe Versorgung gewährleistet ist. Insbeson-  
 dere müssen schwächere Gemeinden, Städte und Stadt-  
 teile dabei berücksichtigt werden. Anderenfalls droht  
 eine Schere auseinanderzugehen, in der finanzstarke  
 Regionen überversorgt und schwache Regionen unter-  
 versorgt werden. Die Krankenhausplanung muss dem  
 Rechnung tragen.

*Die Kurzzeitpflege flächendeckend ausweiten und besser*

2120 ten Haushalten tätig sind. Diese Art der Laienpflege, die  
2121 häufig den Charakter einer Betreuungspflege hat, könn-  
2122 te damit in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis  
2123 überführt werden. Auch hier könnte eine Landespflege-  
2124 gesellschaft durch Information, Beratung und schließ-  
2125 lich auch Qualifikation einen zusätzlichen Beitrag lie-  
2126 fern.

2127  
2128 Das Pilotprojekt Landespflegegesellschaft sollte zu-  
2129 nächst in einer Modellregion erprobt und evaluiert wer-  
2130 den. Wichtig ist zudem, dass die Gewerkschaften ein  
2131 Mitbestimmungsrecht haben. Zu diesem Zweck soll-  
2132 te der Vorstand paritätisch besetzt sein. Klar ist damit  
2133 auch, dass die Landespflegegesellschaft zu einem aner-  
2134 kannten Leistungserbringer im Sinne des Sozialgesetz-  
2135 buches wird.

2136  
2137 **Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leerer**  
2138 **Kassen**

2139  
2140 Zukunft wird vor Ort entschieden. Wirksamer Klima-  
2141 schutz, konsequente Digitalisierung, gute Arbeitsplät-  
2142 ze, beste Bildung, befriedigende Gesundheits- und Pfl-  
2143 geversorgung, verlässliche Kinderbetreuung und starke  
2144 Wirtschaftsförderung – all das und noch viel mehr lei-  
2145 sten unsere Kommunen. Sie setzen Politik um, investie-  
2146 ren in Zukunft und machen Politik erlebbar. Das gelingt  
2147 jedoch nur, wenn unsere Kommunen auch die nötige Fi-  
2148 nanzausstattung haben.

2149  
2150 **Unsere Position:**

- 2151  
2152 • **Handlungsfähig werden vielen Kommunen erst**  
2153 **dann, wenn sie von ihrer Schuldenlast befreit wer-**  
2154 **den: Es braucht einen kommunalen Altschulden-**  
2155 **fonds in NRW.**  
2156 • **Wir wollen die Position der Kommunen stärken –**  
2157 **mit einer starken Stimme und echten Mitsprache-**  
2158 **rechten.**  
2159 • **Wir brauchen einen “New Deal” in der Finanzierung**  
2160 **von Bildungseinrichtungen. Solange Bildung „Län-**  
2161 **dersache“ ist, muss das Land seiner Verantwortung**  
2162 **nachkommen.**  
2163 • **Steueroasen haben in NRW keine Zukunft. Unter-**  
2164 **nehmensgewinne müssen dort versteuert werden,**  
2165 **wo sie erwirtschaftet werden.**  
2166 • **Ungleiches auch ungleich behandeln: Die Gemein-**  
2167 **definanzierung muss sich wieder nach der objekti-**  
2168 **ven Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden**  
2169 **richten.**  
2170 • **Die Verteilung der Umsatzsteueranteile der Kom-**  
2171 **munen darf sich nicht allein am jeweiligen Steuer-**  
2172 **aufkommen bzw. der Wirtschaftskraft orientieren.**  
2173 **Auch hier gilt: Ungleiches auch ungleich behandeln.**

2174  
2175 **Gleiche Lebensverhältnisse erreichen wir durch Solida-**  
2176 **rität und gerechte Verteilung**

2177  
2178 Die ungleichen Lebensverhältnisse, die wir heute in

*finanzieren*

Die Kurzzeitpflege ist ein wesentlicher Faktor zur Ent-  
lastung pflegender Angehöriger in der familiären Pfl-  
ege. Aber das Angebot an Kurzzeitpflege ist nicht ausrei-  
chend, es mangelt an flächendeckend verfügbaren An-  
geboten. Die Nachfrage wird perspektiv jedoch deutlich  
steigen. Unser Anspruch: Kurzzeitpflege muss in NRW  
flächendeckend verfügbar sein.

Dazu muss die Zahl der verfügbaren Kurzzeitpflegeplät-  
ze in NRW ausgeweitet werden, die Angebote müssen  
transparent, niederschwellig und wohnortnah erreich-  
bar sein. Das Angebot an Kurzzeitpflege muss für die Be-  
treiber wirtschaftlich auskömmlich sein, dazu sollen die  
Pflegesätze entsprechend erhöht werden. Diese Erhö-  
hung darf nicht zulasten der Eigenbeteiligung der Pfl-  
gebedürftigen gehen.

**Wertschätzung muss durch Aufwertung beantwortet werden**

Pflegebedürftige Menschen wollen und sollen – wo ge-  
wünscht – so lange wie möglich in der eigenen häus-  
lichen Umgebung bleiben. Diesen Wunsch gilt es bei  
der Planung pflegerischer Infrastrukturen und der dazu-  
gehörigen Personalbedarfsplanung als Grundsatz stets  
mitzudenken. Daneben wird es immer auch stationäre  
Pflegeeinrichtungen geben.

Die umfassende Pflege, Betreuung und Versorgung in  
stationären Pflegeeinrichtungen setzt eine gute Perso-  
nalausstattung mit ausreichend qualifizierten Beschäf-  
tigten voraus, die es in der Altenpflege so zurzeit nicht  
gibt. Es fehlt Personal.

In NRW fehlten 2017 nach der Landesberichterstattung  
10.000 Pflegefachkräfte, hochgerechnet auf Vollzeit-  
stellen. Aufgrund der hohen Teilzeitquoten in der Pfl-  
ege heißt das, 14.000 Stellen für Pflegefachkräfte sind  
nicht besetzt. Dieser Mangel an Pflegefachkräften ist ei-  
ne Herausforderung, der sich Gesellschaft und Politik  
endlich stellen müssen.

Die öffentliche Wahrnehmung und Wertschätzung von  
Gesundheits- und Pflegearbeit ist durch die Corona-  
Pandemie gestiegen. Zwar können junge Menschen es  
sich laut aktueller Umfragen prinzipiell durchaus vor-  
stellen, z.B. einen Pflegeberuf zu ergreifen. Die Hebung  
dieses Potenzials für die Fach- und Arbeitskräftesiche-  
rung ist jedoch kein Selbstläufer. Verdienstunterschiede  
von bis zu 600 Euro zwischen den Pflegefachkräften im  
Krankenhaus und den Pflegefachkräften in der Alten-  
pflege sind angesichts der Anforderungen nicht mehr zu  
rechtfertigen. Einmalige Prämien ändern hieran nichts.  
Pflegefachkräfte müssen in der Altenpflege eine attrak-  
tive Alternative zum Krankenhaus sehen. Gelingt das  
nicht, wird der Personalmangel in der Altenpflege be-  
stehen bleiben.

2179 NRW erleben, sind das Ergebnis ungleicher Verteilung.  
 2180 Vielerorts fehlt das Geld. Das hat spürbare Folgen: In  
 2181 NRW ist die Verfügbarkeit von Kita-Plätzen oder die Hö-  
 2182 he der Kita-Beiträge vom Wohnort abhängig. Ob es ein  
 2183 Schwimmbad oder einen Sportplatz in der Nähe gibt,  
 2184 hängt vom Wohnort ab. Ob die Schultoilette oder der  
 2185 Aufzug zur U-Bahn funktioniert, ist vom Wohnort ab-  
 2186 hängig. Selbst die Lebenserwartung ist inzwischen vom  
 2187 Wohnort abhängig.

2188  
 2189 Daran sind nicht die KommunalpolitikerInnen vor Ort  
 2190 schuld. Dennoch sind sie es, die landauf und landab  
 2191 erklären müssen, warum bestimmte Dinge nicht mehr  
 2192 möglich sind. Schlimmer: Mancherorts geht es aus-  
 2193 schließlich darum, zu erklären, warum bestimmte Ein-  
 2194 richtungen oder Angebote dicht gemacht werden müs-  
 2195 sen. Menschen erleben, dass öffentliche Infrastruktur  
 2196 verfällt. Ausweise, Bauanträge, KFZ-Angelegenheiten,  
 2197 Heirat oder Geburt – überall ist die Kommune die ers-  
 2198 te Anlaufstelle für staatliche Hoheitsaufgaben. Doch  
 2199 wenn es hier mehr und mehr hakt, wenn Warte- und Be-  
 2200 arbeitungszeiten immer länger werden, dann schleicht  
 2201 sich das Gefühl ein, dass der Staat nicht mehr richtig  
 2202 funktioniert. Im Ergebnis schwindet das Vertrauen in  
 2203 Politik und die Unzufriedenheit steigt.

2204  
 2205 Für die NRWSPD ist klar, dass dieser Zustand nicht län-  
 2206 ger andauern darf. Wenn Menschen vor Ort erleben,  
 2207 dass Politik nicht mehr gestalten kann, dass Zukunft  
 2208 verspielt wird – dann ist die Demokratie vor Ort in Ge-  
 2209 fahr. Populisten und Rechtsradikale wissen diese Ent-  
 2210 wicklung zu nutzen – mit vermeintlich einfachen Ant-  
 2211 worten. Die NRWSPD hat eine bessere Antwort – die  
 2212 einzig richtige Antwort: Es braucht wieder mehr finan-  
 2213 zielle Mittel in den Kommunen.

2214  
 2215 Das muss auch im Interesse von vermögenden Kom-  
 2216 munen sein, die es in NRW ebenso gibt. Auch star-  
 2217 ke Kommunen sind zwingend darauf angewiesen, dass  
 2218 es ihren Nachbarkommunen gut geht. Tourismus, Ein-  
 2219 kaufsstraßen und Gastronomie leben von Gästen, die  
 2220 Geld mitbringen. Unternehmen brauchen gut ausgebil-  
 2221 dete ArbeitnehmerInnen. Großstädte brauchen attrak-  
 2222 tiven Wohnraum im Speckgürtel. Und Wirtschaft funk-  
 2223 tioniert nur dann, wenn Unternehmen aus der Region  
 2224 zuliefern, oder in der Nachbarschaft Güter und Dienst-  
 2225 leistungen nachgefragt werden. Das Vorbild ist Europa:  
 2226 Ein starker Binnenmarkt stärkt auch Deutschland. Nur  
 2227 gemeinsam sind wir stark. Dieses Prinzip greift ebenso  
 2228 für die Kommunen in NRW. Das bedeutet Solidarität.

2229  
 2230 Mit „Rot Pur“ hat die NRWSPD ihr Bekenntnis zu die-  
 2231 ser kommunalen Solidarität erneuert. Es braucht starke  
 2232 Kommunen. In der Krise hat sich bewiesen, dass dieser  
 2233 Weg richtig ist. Unsere Kommunen schultern Verant-  
 2234 wortung und tragen entscheidend dazu bei, dass wir ge-  
 2235 samtgesellschaftliche Herausforderungen bewältigen,  
 2236 wie wir es jüngst im Kampf gegen die Corona-Pandemie  
 2237 erleben.

Notwendig ist daher die kritische Reflexion von Lo-  
 giken und Mechanismen der Inwert-Setzung von  
 Gesundheits- und Pflegearbeit. Industriell geprägte  
 Formen der Arbeitsbewertung sind nicht hinreichend,  
 um den Wert der Arbeit, das Wissen und Können, Kom-  
 petenzzuwächse und veränderte Belastungsprofile der  
 Beschäftigten hinreichend abzubilden. Im Kern geht es  
 damit um eine Angleichung der Verdienststrukturen  
 einerseits, aber auch um mehr Wissen über Verände-  
 rungen in Bezug auf das Arbeitsvolumen, Aufgaben  
 und Tätigkeiten sowie Belastungen.

Aufgrund der kleinteiligen Struktur in der stationären  
 und ambulanten Altenpflege und der steigenden Zahl  
 privater Einrichtungen werden die Arbeitsbedingungen  
 der Beschäftigten immer seltener durch einen Tarifver-  
 trag oder kirchliche Arbeitsvertragsrichtlinien geregelt.  
 Bei einem Personalkostenanteil von über 70 Prozent  
 führt das zu einem Wettbewerb um möglichst niedrige  
 Personalkosten. Gleichzeitig wird damit auch der Druck  
 auf existierende Tarifverträge immer größer. Um diese  
 Entwicklung zu stoppen, brauchen wir einen flächende-  
 ckenden Tarifvertrag in der Altenpflege. Mit dem Pflege-  
 löhneverbesserungsgesetz ist die Grundlage für einen  
 solchen Tarifvertrag durch den Bundesarbeitsminister  
 gegeben.

Alle Berufsgruppen in NRW müssen mit Personalschlüs-  
 seln zurechtkommen, die sich an Personalrichtwer-  
 ten orientieren, die aus der Zeit vor Einführung des  
 SGB XI stammen. Sie sind veraltet. Für die Verwal-  
 tung, die Haustechnik, die Sozialarbeit und die Haus-  
 wirtschaft heißt das, dass umgehend neue Personal-  
 richtwerte ermittelt und verbindlich eingeführt werden  
 müssen. Auch für diese Berufsgruppen ist das Arbeits-  
 aufkommen und die Arbeitsintensität in den letzten  
 Jahren durch Veränderung der BewohnerInnenstruktu-  
 ren enorm gewachsen. Hier ist das Land gefordert. Die  
 zuständigen Behörden auf Länderebene müssen zudem  
 verpflichtet werden, die Einhaltung der Fachkraftquote  
 zu überprüfen und gegebenenfalls zu sanktionieren.

Studien zeigen, dass es vielfältige strukturelle Hinder-  
 nisse für Fachkräfte aus dem Ausland sowie für Quer-  
 einsteigerInnen in der Pflege gibt. Notwendig sind,  
 neben dem Abbau bürokratischer Hindernisse, sozia-  
 le Innovationen auf Organisationsebene. Ansätze lie-  
 gen hier u.a. in dem Aufbau systematischer betriebli-  
 cher Recruitment- und Rückkehrprogramme, in der An-  
 erkennung informell erworbener Kompetenzen für den  
 Einstieg in die Pflegearbeit, in der Förderung multi-  
 professioneller Teamarbeit sowie in der Stärkung einer  
 fachlich-sozialen Praxisanleitung für diese Zielgruppe.  
 Hierfür braucht es Maßnahmenkataloge und Qualitäts-  
 kriterien. Betriebliche Interessenvertretungen können  
 darin unterstützen, entsprechende Maßnahmen zu ent-  
 wickeln und überprüfen, ob diese eingehalten werden.

2238  
2239 **Spar- und Sanierungsanstrengungen werden durch**  
2240 **Corona-Pandemie zunichte gemacht**

2241  
2242 Die Corona-Pandemie ist jedoch für viele Kommunen  
2243 auch ein Brandbeschleuniger. Denn Corona hat massi-  
2244 ve finanzielle Folgen: Weniger Geld wird eingenommen,  
2245 weil die Gewerbesteuer sowie die kommunalen Antei-  
2246 le an der Einkommen- und Umsatzsteuer wegbrechen.  
2247 Auch Einnahmen aus anderen Abgaben wie Gebühren  
2248 und Beiträgen, oder Erträge aus kommunalen Unter-  
2249 nehmen sinken. Auf der anderen Seite wird mehr Geld  
2250 ausgegeben, weil die Bekämpfung der Pandemie hohe  
2251 Ausgaben verursacht.

2252  
2253 Das trifft vor allem schwache Kommunen. Viele von ih-  
2254 nen haben im Rahmen des „Stärkungspakt Stadtfinan-  
2255 zen“ einen harten Sanierungskurs eingeschlagen. Dafür  
2256 haben sie im Gegenzug seit dem Jahr 2011 insgesamt  
2257 rund 6 Mrd. Euro zur Verfügung gestellt bekommen, um  
2258 wieder handlungsfähig zu werden. Denn bereits vor Co-  
2259 rona steckten viele Kommunen in der Falle, oder besser  
2260 gesagt im Teufelskreis: Aus eigener Kraft schaffen es be-  
2261 troffene Kommunen nicht, ihre Attraktivität zu steigern,  
2262 umso mehr Steuer- oder Finanzkraft für nötige Investi-  
2263 tionen zu generieren. Die Haushalte sind am Limit. Also  
2264 ist das Gegenteil der Fall: Durch den Verschleiß von In-  
2265 frastruktur und Personalabbau in den nötigen Ämtern  
2266 sinkt die Attraktivität weiter und damit auch die Chan-  
2267 ce, sich selbst zu befreien. Der Stärkungspakt Stadtfin-  
2268 nanzen war der richtige Weg, um diesen Teufelskreis zu  
2269 durchbrechen. Die Krise droht jedoch alle Sparanstren-  
2270 gungen zunichte zu machen.

2271  
2272 Ein erstes wichtiges Zeichen hat der Bund gesetzt:  
2273 Durch die dauerhafte Entlastung von Sozialleistungen  
2274 (Konjunkturpaket 2020) haben die Kommunen bundes-  
2275 weit jedes Jahr 4 Milliarden Euro mehr in den Kassen.  
2276 Das hilft besonders dort, wo Arbeitslosigkeit hoch und  
2277 Einkommen niedrig sind.

2278  
2279 Doch damit kann es noch nicht getan sein. Die Kom-  
2280 munen müssen von Belastungen befreit werden, über  
2281 die sie selbst nicht bestimmen können. Soweit Kommu-  
2282 nen bestimmte Aufgaben übernehmen, weil Bund und  
2283 Länder sie ihnen zugewiesen haben, müssen die Kos-  
2284 ten dafür von den Auftraggebern getragen werden. Dies  
2285 entspricht dem Grundsatz der Konnexität. Die Entlas-  
2286 tung von Sozialleistungen ist daher richtig und muss  
2287 nun konsequent fortgeführt werden.

2288  
2289 **Ein Schuldenschnitt für die Kommunen**

2290  
2291 Zudem drücken vielerorts sogenannte Kassenkredite,  
2292 die zur Überbrückung vorübergehender Kassenengpäs-  
2293 se verwendet werden. In den NRW-Kommunen sind so  
2294 Schulden von insgesamt 22,6 Mrd. Euro aufgelaufen.

2295  
2296 Diese Kassenkredite, die aus eigener Kraft nicht

**Mehr Köpfe sind wichtig, aber es braucht noch mehr!**

Denn sozialer Fortschritt im und mit dem Gesundheits- und Pflegesektor ist ohne qualifiziertes und motiviertes Personal nicht möglich. Gegenwärtige Maßnahmen der Gesundheitspolitik zielen vor allem darauf, mehr Köpfe für die Arbeit in Gesundheit und Pflege zu gewinnen. Dies ist für die Beschäftigten vor Ort wichtig, kann aber allein keine Antwort auf die drängenden Herausforderungen sein. Damit es hier nicht zu Enttäuschungen kommt, braucht es einen Plan, wie NeueinsteigerInnen nicht nur in der Pflege ankommen, sondern auch die Voraussetzungen dafür geschaffen werden können, damit sie dort bleiben wollen.

Spätestens wenn um die Betreuung der eigenen Kinder geht, kommt es häufig zu Enttäuschungen. Richtig kompliziert wird es für Eltern, die im Schichtdienst arbeiten – und das werden immer mehr. Wohin mit den Kindern morgens um fünf oder abends um zehn? Hier braucht es entsprechende Arbeitszeitarrangements sowie ein verstärktes Engagement durch die Träger, beispielsweise durch betriebliche Betreuungseinrichtungen.

Durch die zunehmende Diffusion und Nutzung digitaler Technik, durch neue und erweiterte Qualifikations- und Kompetenzprofile sowie durch neue Wege der Arbeitsorganisation und -gestaltung auf betrieblicher Ebene werden sich Versorgungs- und Arbeitsarrangements grundlegend ändern. »Effizientere Gesundheits- und Pflegearbeit« markiert an sich aber noch keinen Fortschritt, denn oftmals bleibt unklar, ob daraus ein tatsächlicher Mehrwert für PatientInnen, Pflegebedürftige und deren Angehörige sowie für die Beschäftigten wird.

Es braucht eine Vision, wie Arbeit im Gesundheits- und Pflegesektor unter Nutzung neuer Kompetenzprofile, organisatorischer und technischer Möglichkeiten (Digitalisierung) künftig besser und intelligenter organisiert werden kann. Trotz der Anstrengungen zum Aufbau einer umfassenden Telematikinfrastruktur ist die Förderung der technischen Infrastruktur für Telemedizin in der Altenpflege nicht ausreichend. Insbesondere mangelt es an einer integrierten Vernetzung pflegerischer Expertisen mit der Akutversorgung sowie der (fach)ärztlichen und therapeutischen Versorgung. Entsprechende Programme für die Altenpflege müssen verstärkt auf die gezielte Förderung des Ausbaus telepflegerischer und teletherapeutischer Angebote für und in der Altenpflege setzen, und die Einrichtungen auch in der organisatorischen Umsetzung und Personalentwicklung unterstützen.

Wir wollen regionale Kompetenzzentren für eine digital gestärkte Altenpflege aufbauen. Gerade in der Altenpflege geht es um eine kluge Mischung digitaler Technik und »analoger« Betreuung als Ansatzpunkt zur Verbesserung der pflegerischen Versorgungsqualität.

2297 mehr abgelöst werden können, müssen endlich in  
 2298 einen Altschuldenfonds überführt werden. Hier ist  
 2299 das Land in der Verantwortung, nachdem die CDU-  
 2300 Bundestagsfraktion eine Beteiligung des Bundes  
 2301 blockiert hat. Zwar sind die Zinslasten aktuell ver-  
 2302 hältnismäßig gering, jedoch werden Investitionen  
 2303 verhindert, da Überschüsse in den Ausgleich gesteckt  
 2304 werden müssen. Nur in Zeiten niedriger Zinsen ist  
 2305 eine Lösung des Altschuldenproblems realistisch und  
 2306 finanzierbar. Es ist daher naiv und unverantwortlich,  
 2307 das Problem jetzt nicht anzugehen, mit dem Argument,  
 2308 die Zinsen seien niedrig.

2309  
 2310 Selbst die schwarz-grüne hessische Landesregierung  
 2311 macht es vor: Im Jahr 2018 wurden mit dem Programm  
 2312 „Hessenkasse“ rund 4,8 Mrd. Euro kommunaler Kassen-  
 2313 kredite abgelöst.

2314  
 2315 **Die Position der Kommunen stärken – mit einer starken**  
 2316 **Stimme**

2317  
 2318 Die Bewältigung der Flüchtlingskrise ist eine gutes Bei-  
 2319 spiel, um zu belegen, dass unsere Kommunen echte  
 2320 Krisenmanager sind. Kommunen haben Verantwortung  
 2321 übernommen – auch in finanzieller Hinsicht. Unbestrit-  
 2322 ten ist die Bewältigung jedoch eine gesamtgesellschaft-  
 2323 liche Aufgabe. Dies muss sich auch in der Finanzierung  
 2324 widerspiegeln. Dem ist jedoch nicht so; die Kommunen  
 2325 wurden und werden über Gebühr belastet. Die Corona-  
 2326 Pandemie droht eine ähnliche Erfahrung für die Kom-  
 2327 munen zu werden.

2328  
 2329 Als NRWSPD wollen wir die politische Position der Kom-  
 2330 munen stärken. Wir wollen mit den kommunalen Spit-  
 2331 zenverbänden in einen Dialog eintreten, wie es ge-  
 2332 lingt, ihre Stimme im institutionellen Gefüge zu stär-  
 2333 ken. Kommunen brauchen ein landes- und ggf. auch  
 2334 bundesrechtliches Mitspracherecht. Es muss verhindert  
 2335 werden, dass Kommunen sich regelmäßig nach Krisen  
 2336 oder im Rahmen anderer gesellschaftlicher Herausfor-  
 2337 derungen in der alleinigen Finanzverantwortung wie-  
 2338 derfinden. Sie müssen bei der Ausgestaltung von Lösun-  
 2339 gen institutionell beteiligt werden.

2340  
 2341 Als ersten Schritt ist die NRWSPD als Erstunterzeichne-  
 2342 rin dem Bündnis „Für die Würde unsere Städte“ beige-  
 2343 treten.

2344  
 2345 **Das Subsidiaritätsprinzip hat Grenzen**

2346  
 2347 NRW lässt überproportional viele Aufgaben durch sei-  
 2348 ne Kommunen erledigen. Leistungen sollen ortsnah an-  
 2349 geboten und an die lokalen Bedürfnisse angepasst sein.  
 2350 Diese Idee der Subsidiarität ist grundsätzlich richtig und  
 2351 begrüßenswert. Sie findet allerdings dort ihre Grenzen,  
 2352 wo durch die unterschiedliche Steuerkraft und damit  
 2353 Leistungsfähigkeit der Kommunen keine an die örtli-  
 2354 chen Bedürfnisse angepasste Erledigung erfolgen kann,  
 2355 da schlicht die Ressourcen fehlen.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass die Beschäftig-  
 ten im Kontext der Digitalisierung vor neuen und erwei-  
 terten Anforderungen stehen. Allerdings liegt der Fo-  
 kus derzeit in erster Linie auf der »Akzeptanz« neuer  
 technischer Anwendungen. Dies greift angesichts der  
 potenziellen Folgen digitaler Technik zu kurz. Digitale  
 Technik kann dann zu einem Fortschritt für die Wei-  
 terentwicklung der Pflege werden, wenn Beschäftigte  
 mit ihren fachlichen Kompetenzen und Interessenver-  
 tretungen konsequent an der Auswahl, Umsetzung und  
 Evaluierung beteiligt werden, die reflexiven Kompeten-  
 zen und Gestaltungskompetenz der Beschäftigten ge-  
 stärkt und Nutzeneffekte sichtbar und umgesetzt wer-  
 den. Folgen der Digitalisierung auf betrieblicher Ebe-  
 ne sind systematisch zu erfassen. Das Arbeitsschutzge-  
 setz (ArbSCHG) bietet hierfür den notwendigen gesetz-  
 lichen Rahmen. Doch oftmals werden Digitalisierungs-  
 folgen in diesem Kontext gar nicht systematisch erfasst.  
 Im Kontext beruflicher Bildung ist der Wandel der Kom-  
 petenzanforderungen zu erfassen, die Vermittlung di-  
 gitaler Kompetenzen in der Ausbildung sollte gestärkt  
 und ein Berichtssystem für betriebliche Qualifizierungs-  
 aktivitäten aufgebaut werden (analog zum BBiG).

*Wandel arbeitsorientiert gestalten: Mitbestimmung und  
 tarifliche Regelungen stärken, Pflegekammer ist hier  
 nicht die Lösung.*

NRW hat eine besondere Tradition der sozialpartner-  
 schaftlichen Gestaltung von Arbeit. Diese Tradition  
 muss insbesondere im Bereich der Altenpflege wieder  
 gelebt werden. Ob Strategien zur Aufwertung der Ar-  
 beit künftig erfolgreich sein werden, hängt entschei-  
 dend davon ab, wie tarifliche Rahmenbedingungen aus-  
 gestaltet sind und auf betrieblicher Ebene wirksam wer-  
 den.

Die Etablierung einer Pflegekammer in NRW ist jedoch  
 keine Lösung. Denn es ist nicht Aufgabe einer Kammer-  
 organisation, verlässliche Einsatz- und Anwendungs-  
 bedingungen von Arbeit im Gesundheits- und Pflege-  
 bereich zu verhandeln und betrieblich durchzusetzen.  
 Die Auflösung der Pflegekammer Niedersachsen im Jahr  
 2020 – per Mitgliedervotum – ist der eindeutige Beleg  
 dafür.

Der Gesundheits- und Pflegesektor braucht mehr Mit-  
 bestimmung, Unternehmen ohne Tarif müssen end-  
 lich ihre Abwehrhaltung aufgeben. Nur so werden Ar-  
 beitsbedingungen und damit auch die Qualität der Ar-  
 beit nachhaltig gestärkt. Dafür müssen die Mitbestim-  
 mungsakteure im Transformationsprozess gestärkt und  
 in ihrer Wissens- und Kompetenzwicklung unterstützt  
 werden.

*Neue Wege finden: Landespflegegesellschaft als Pilotpro-  
 jekt*

2356  
 2357 Daher braucht es in vielen Bereichen einen „New Deal“  
 2358 in der Finanzierung von Aufgaben. Einerseits geht es  
 2359 dabei um eine bedarfsorientierte, grundständige Fi-  
 2360 nanzierung über die bestehenden Verteilungsmecha-  
 2361 nismen. Andererseits braucht es aber auch eine Dis-  
 2362 kussion darüber, wo wieder mehr Aufgaben vom Land  
 2363 selbst übernommen werden müssen.  
 2364  
 2365 Ein erster Ansatzpunkt kann die Schulträgerschaft sein.  
 2366 Grundgesetzänderungen in der jüngeren Vergangen-  
 2367 heit haben es ermöglicht, dass sich der Bund finanziell  
 2368 einbringen kann. Die Grenzen zwischen den Zuständig-  
 2369 keiten kommen immer mehr ins Schwimmen. Der Zeit-  
 2370 punkt ist also günstig: Es braucht neben einer erneu-  
 2371 ten Anstrengung des Landes für mehr Investitionen in  
 2372 die Schulinfrastruktur (Fortschreibung des Programms  
 2373 „Gute Schule 2020“) auch einen organisatorischen Neu-  
 2374 anfang der finanziellen Kompetenzen. Dafür benötigen  
 2375 wir neue Verantwortungsgemeinschaften, einen “New  
 2376 Deal” in der Schul- und Bildungspolitik, bei dem die Zu-  
 2377 sammenarbeit von Kommunen, Land und Bund neu ge-  
 2378 regelt wird.  
 2379  
 2380 **Steueroasen haben in NRW keine Zukunft**  
 2381  
 2382 Europa kann sich nur weiterentwickeln und ist nur dann  
 2383 stark, wenn alle Länder und alle Ebenen zusammenar-  
 2384 beiten – denn alle sind voneinander abhängig. Dieses  
 2385 Prinzip trifft auch auf NRW und seine Kommunen zu.  
 2386  
 2387 Wenn sich Kommunen einen Vorteil gegenüber dem  
 2388 Umland verschaffen, indem sie massiv ihre Gewerbe-  
 2389 steuer senken, dann ist das ein egoistischer Weg, der  
 2390 ausblendet, dass es in Zukunft immer mehr darauf an-  
 2391 kommen wird, gemeinsam zu arbeiten. Dass es aber in  
 2392 Deutschland zur gängigen Praxis von Großkonzernen  
 2393 werden könnte, durch konzerninterne Verlagerungen  
 2394 steuerlicher Erträge oder die Einrichtung von „Briefkas-  
 2395 tenfirmen“ Steuern zu sparen, ist besorgniserregend. Es  
 2396 ist schief, dass mitten in Deutschland Steueroasen ent-  
 2397 stehen, während wir genau das auf internationaler Ebe-  
 2398 ne mit allen Mitteln bekämpfen.  
 2399  
 2400 Unternehmensgewinne müssen dort versteuert wer-  
 2401 den, wo sie erwirtschaftet werden. Wir brauchen an-  
 2402 dere Rahmenbedingungen, insbesondere muss die Ge-  
 2403 werbesteuer noch deutlicher an die Produktionsorte ge-  
 2404 bunden werden.  
 2405  
 2406 Die Möglichkeiten, Gewerbesteuern durch die Anrech-  
 2407 nung von Patenten und Lizenzen sowie die Reduzierung  
 2408 der Beschäftigten durch die Ausgliederung in Dienst-  
 2409 leistungsunternehmen zu verlagern, muss abgestellt wer-  
 2410 den. Gewerbesteuern müsseb dort verbleiben, wo der  
 2411 Mehrwert geschaffen wird. Denn dort, wo die tatsächliche  
 2412 gewerbliche Produktion stattfindet, bleiben die Be-  
 2413 lastungen für Umwelt und Infrastruktur. Ohne dass da-  
 2414 für allerdings von Unternehmen vor Ort ein angemess-

Die Umsetzung arbeitsrechtlicher Standards für Pfl-  
 egekräfte in Privathaushalten ist überfällig. Die arbeits-  
 vertragliche Situation muss verbessert werden. Zentral  
 sind mehr und verpflichtende Beratung und Aufklä-  
 rung, Arbeitsverträge mit Aufgabenbeschreibung sowie  
 die Verpflichtung der vermittelnden Agenturen zur In-  
 formation, Qualifizierung und Beratung.

Wir wollen daher ein Pilotprojekt »Landespflegegesell-  
 schaft« auflegen. Eine solche gemeinnützige GmbH soll  
 sukzessive zur Anlaufstelle im Pflegebereich werden.  
 Über sie soll nicht nur Information, Qualifizierung und  
 Beratung erfolgen, sondern auch – weitergehend und  
 nach österreichischem Vorbild – eine direkte Anstellung  
 pflegender Angehöriger erfolgen.

Dies macht aus drei Gründen Sinn: Erstens, um diese  
 Personen sozialversicherungsrechtlich abzusichern und  
 ihnen ihren Lebensunterhalt zu sichern; zweitens, um  
 den pflegebedürftigen Personen den Verbleib zu Hau-  
 se zu ermöglichen; und drittens, um durch die Ausbil-  
 dungsmöglichkeit auch mittelfristig zusätzliches Perso-  
 nal für den Pflegebereich zu gewinnen.

Klar ist jedoch auch, dass daran nicht die Erwartungs-  
 haltung geknüpft werden darf, dass die bisherige Er-  
 werbstätigkeit aufgegeben wird. Zwei Drittel der infor-  
 melle Pflegenden unter 65 Jahren sind selbst erwerbstä-  
 tig, in Voll- oder Teilzeit. Die Erwerbstätigkeit wird aber  
 aufgrund des Engagements in der Pflege der Angehö-  
 rigen strukturell eingeschränkt. Deshalb ist die Verein-  
 barkeit von Erwerbstätigkeit und familiärer, informel-  
 ler, Pflegearbeit eine große Herausforderung. Das gilt  
 in besonderer Weise für Frauen, die in ihrem Alltag in  
 erheblichem Umfang damit konfrontiert sind, die in-  
 formelle Sorgearbeit mit Angehörigen, die eigene Er-  
 werbstätigkeit sowie die eigene informelle Familienar-  
 beit miteinander zu vereinbaren. Dieser strukturellen  
 Benachteiligung kann durch eine Landespflegegesell-  
 schaft begegnet werden.

Eine dritte Aufgabe dieser Landespflegegesellschaft soll  
 die Anstellung von Pflegekräften sein, die bisher im  
 Graubereich, also über Agenturen vermittelt in priva-  
 ten Haushalten tätig sind. Diese Art der Laienpflege, die  
 häufig den Charakter einer Betreuungspflege hat, könn-  
 te damit in ein ordentliches Beschäftigungsverhältnis  
 überführt werden. Auch hier soll eine Landespflegege-  
 sellschaft durch Information, Beratung und schließlich  
 auch Qualifikation einen zusätzlichen Beitrag liefern.

Das Pilotprojekt Landespflegegesellschaft sollte zu-  
 nächst in einer Modellregion erprobt und evaluiert wer-  
 den. Wichtig ist zudem, dass die Gewerkschaften ein  
 Mitbestimmungsrecht haben. Zu diesem Zweck soll-  
 te der Vorstand paritätisch besetzt sein. Klar ist damit  
 auch, dass die Landespflegegesellschaft zu einem aner-  
 kannten Leistungserbringer im Sinne des Sozialgesetz-  
 buches wird.

2415 sener Finanzierungsanteil getragen wird.

2416

2417 Im Übrigen bedeutet ein Unterbietungswettbewerb  
2418 auch, dass insgesamt weniger Unternehmenssteuern  
2419 in NRW hängen bleiben. Daher setzen wir uns dafür  
2420 ein, dass die Gewerbesteuer dort gezahlt wird, wo die  
2421 Bänder laufen, die Schlotte qualmen und die LKWs über  
2422 den Asphalt rollen – und nicht dort, wo der Briefkasten  
2423 hängt.

2424

**2425 Gemeindefinanzierungsgesetz: Ungleiches auch un-**  
**2426 gleich behandeln**

2427

2428 Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) regelt den  
2429 jährlichen Finanzausgleich zwischen dem Land und  
2430 den Kommunen. Mit dem GFG 2019 hat die schwarz-  
2431 gelbe Landesregierung die Aufwands- und Unterhal-  
2432 tungspauschale neu eingeführt und diese 2020 auch  
2433 noch überproportional gegenüber der Gesamtsumme  
2434 erhöht. Das ist der Einstieg in eine Verteilung der Mit-  
2435 tel, die sich nicht mehr an der Bedürftigkeit der Kommu-  
2436 nen orientiert. Starke Kommunen werden bevorzugt,  
2437 schwache Kommunen werden schwächer. Gleichzeitig  
2438 sind in NRW überproportional viele Aufgaben den Kom-  
2439 munen übertragen worden. Die Mittel, welche die Kom-  
2440 munen im Rahmen des GFG bekommen, sind dafür bis-  
2441 her zu gering angesetzt.

2442

2443 Die Gemeindefinanzierung muss sich daher wieder  
2444 nach der objektiven Leistungsfähigkeit der Städte und  
2445 Gemeinden richten. Für uns gilt hier der Maßstab: Un-  
2446 gleiches auch ungleich behandeln. Nur so werden struk-  
2447 turelle Nachteile vor Ort nicht zu einer Bürde beim  
2448 Kampf um gleichwertige Lebensverhältnisse.

2449

2450 Dafür müssen die Sozillasten bei der Verteilung der  
2451 Mittel stärker berücksichtigt werden. Zudem gilt es, die  
2452 Aufwands- und Unterhaltungspauschale abzuschaffen,  
2453 oder nach Bedürftigkeit zu verteilen. Um den überpro-  
2454 portional vielen Aufgaben gerecht zu werden, muss au-  
2455 ßerdem der Anteil an den Steuermitteln, der im GFG auf  
2456 die Kommunen verteilt wird, mittelfristig und Schritt  
2457 für Schritt von 23 auf 28 Prozent erhöht werden.

2458

**2459 Die Umsatzsteuer braucht einen neuen Verteilungsme-**  
**2460 chanismus**

2461

2462 Die Anteile der Kommunen am Umsatzsteueraufkom-  
2463 men stellen eine relevante Einnahmeposition für diese  
2464 dar. Die Umsatzsteuer ist darüber hinaus in der jünge-  
2465 ren Vergangenheit wiederholt als Vehikel zur Verteilung  
2466 von (Sonder-)Zuweisungen des Bundes an die Kommu-  
2467 nen benutzt worden.

2468

2469 Die Verteilung der Umsatzsteueranteile richtet sich je-  
2470 doch bisher nach dem jeweiligen Steueraufkommen  
2471 der Städte und Gemeinden bzw. deren Wirtschaftskraft.  
2472 Das bevorzugt steuerstarke Gemeinden, da diese ei-  
2473 nen verhältnismäßig höheren Anteil erhalten. Gerade

### **Für Kommunen mit Zukunft – Volles Leben statt leerer Kassen**

Zukunft wird vor Ort gemacht. Wirksamer Klimaschutz, konsequente Digitalisierung, gute Arbeitsplätze, beste Bildung, gute Gesundheits- und Pflegeversorgung, verlässliche Kinderbetreuung, guter und bezahlbarer Wohnraum und starke Wirtschaftsförderung – all das und noch viel mehr leisten die Handelnden in unseren Gemeinden, Städten und Kreisen. Sie setzen Politik um, investieren in Zukunft und machen Politik erlebbar. Das gelingt jedoch nur, wenn unsere Kommunen auch die nötige Finanzausstattung haben.

#### **Unsere Position:**

- **Handlungsfähig werden viele Gemeinden, Städte und Kreise erst dann, wenn sie von ihrer Schuldenlast befreit werden: Es braucht einen kommunalen Altschuldenfonds in NRW.**
- **Wir wollen die Position der Kommunen stärken – mit einer starken Stimme und echten Mitspracherechten.**
- **Wir brauchen einen „New Deal“ in der Finanzierung von Bildungseinrichtungen. Solange Bildung „Ländersache“ ist, muss das Land seiner Verantwortung nachkommen.**
- **Steueroasen haben in NRW keine Zukunft. Unternehmensgewinne müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden.**
- **Ungleiches auch ungleich behandeln: Die Tendenz in der Gemeindefinanzierung, die finanzkraftunabhängigen Pauschalen zulasten der finanzkraftabhängigen Schlüsselzuweisungen zu erhöhen, muss rückgängig gemacht werden.**
- **Die Unterstützung der Kommunen durch den Bund darf zukünftig nicht wie in der Vergangenheit vorzugsweise über Umsatzsteueranteile geschehen. Auf diesem Wege profitieren vor allem ohnehin steuerstarke Kommunen außerhalb NRWs. Entlastungen müssen an den Sozialkosten ansetzen.**
- **Bereits 2019 haben wir beschlossen: Der Markt regelt nicht alles: Wir müssen Baukosten senken, sozialen Wohnungsbau fördern, wir brauchen eine Landeswohnungsbaugesellschaft und wir müssen ungerechtfertigten Mietpreisanstieg verhindern. Wir brauchen eine neue Wohnungspolitik!**

#### **Gleiche Lebensverhältnisse erreichen wir durch Solidarität und gerechte Verteilung**

Die ungleichen Lebensverhältnisse, die wir heute in NRW erleben, sind das Ergebnis ungleicher Verteilung. Vielerorts fehlt das Geld. Das hat spürbare Folgen: In NRW ist die Verfügbarkeit von Kita-Plätzen oder die Höhe der Kita-Beiträge vom Wohnort abhängig. Ob es ein Schwimmbad oder einen Sportplatz in der Nähe gibt, hängt vom Wohnort ab. Ob die Schultoilette oder der

2474 vor dem Hintergrund, dass (Sonder-)Zuweisungen des  
 2475 Bundes insbesondere auch dem Zweck der Herstellung  
 2476 gleichwertiger Lebensverhältnisse dienen sollen, ist ein  
 2477 solcher Verteilschlüssel nicht zielführend. Ein solcher  
 2478 Verteilschlüssel verstärkt sogar bestehende Ungleich-  
 2479 heiten und strukturelle Benachteiligungen.

2480  
 2481 Auch hier gilt: Ungleiches auch ungleich zu behandeln.  
 2482 Es braucht eine Verteilung, die sich stärker am Bedarf,  
 2483 also nach sozialen Kriterien ausrichtet. Die Verteilung  
 2484 der Umsatzsteueranteile der Kommunen darf sich nicht  
 2485 allein am jeweiligen Steueraufkommen bzw. der Wirt-  
 2486 schaftskraft orientieren.

2487  
 2488 **Eine Grundsteuersenkung gelingt nur durch die faire**  
 2489 **Verteilung von Mitteln**

2490  
 2491 Letztlich wird dieser Dreiklang, also die bessere Zuwei-  
 2492 sung und Verteilung von Mitteln über das Gemeindefin-  
 2493 anzierungsgesetz sowie die Gewerbe- und Umsatzsteu-  
 2494 er dazu beitragen, dass auch die kommunale Grund-  
 2495 steuer stabil oder sogar wieder gesenkt werden kann.

2496  
 2497 Wie hoch die Grundsteuer ausfällt, variiert je nach  
 2498 Wohnort und kann über den lokalen Hebesatz gesteu-  
 2499 ert werden. Inzwischen korreliert die Grundsteuerbe-  
 2500 lastung jedoch wesentlich mit der Finanznot der Kom-  
 2501 munen. Zwischen dem günstigen Gütersloh und dem  
 2502 Spitzenreiter Witten besteht eine Diskrepanz von jähr-  
 2503 lich knapp 450 Euro, gemessen an einem Standard-  
 2504 Einfamilienhaus.

2505  
 2506 Nur eine bessere finanzielle Ausstattung der armen  
 2507 Kommunen und die Lösung der Altschuldenfrage kann  
 2508 diesen Trend aufhalten. Die Steuerbelastung der Ein-  
 2509 wohner einer Stadt muss sich wieder an den Leistungen  
 2510 der Stadt orientieren können.

2511  
 2512  
 2513  
 2514  
 2515  
 2516  
 2517  
 2518  
 2519  
 2520  
 2521  
 2522  
 2523  
 2524  
 2525  
 2526  
 2527  
 2528  
 2529  
 2530  
 2531  
 2532

Aufzug zur U-Bahn funktioniert, ist vom Wohnort ab-  
 hängig. Selbst die Lebenserwartung ist inzwischen vom  
 Wohnort abhängig.

Daran sind nicht die KommunalpolitikerInnen vor Ort  
 schuld. Dennoch sind sie es, die landauf und land-  
 ab erklären müssen, warum bestimmte Dinge nicht  
 mehr möglich sind. Schlimmer: Mancherorts geht es  
 ausschließlich darum, zu erklären, warum bestimmte  
 Einrichtungen oder Angebote geschlossen oder einge-  
 stellt werden müssen. Menschen erleben, dass öffent-  
 liche Infrastruktur verfällt. Ausweise, Bauanträge, KFZ-  
 Angelegenheiten, Heirat oder Geburt – überall ist die  
 örtliche Verwaltung die erste Anlaufstelle für staat-  
 liche Hoheitsaufgaben. Doch wenn es hier mehr und  
 mehr hakt, wenn Warte- und Bearbeitungszeiten im-  
 mer länger werden, dann schleicht sich das Gefühl ein,  
 dass der Staat nicht mehr richtig funktioniert. Im Ergeb-  
 nis schwindet das Vertrauen in Politik und die Unzufrie-  
 denheit steigt.

Für die NRWSPD ist klar, dass dieser Zustand nicht län-  
 ger andauern darf. Wenn Menschen vor Ort erleben,  
 dass Politik nicht mehr gestalten kann, dass Zukunft  
 verspielt wird – dann ist die Demokratie vor Ort in Ge-  
 fahr. Populisten und Rechtsradikale wissen diese Ent-  
 wicklung zu nutzen – mit vermeintlich einfachen Ant-  
 worten. Die NRWSPD hat eine bessere Antwort – die  
 einzig richtige Antwort: Es braucht wieder mehr finan-  
 zielle Mittel für die Gemeinden, Städte und Kreise.

Das muss auch im Interesse von vermögenden Kommu-  
 nen sein, die es in NRW ebenso gibt. Auch starke Kom-  
 munen sind zwingend darauf angewiesen, dass es ih-  
 ren Nachbarkommunen gut geht. Tourismus, Einkaufs-  
 straßen und Gastronomie leben von Gästen, die Geld  
 mitbringen. Unternehmen brauchen gut ausgebildete  
 ArbeitnehmerInnen. Großstädte brauchen attraktiven  
 Wohnraum im sog. Speckgürtel. Und Wirtschaft funk-  
 tioniert nur dann, wenn Unternehmen aus der Region  
 zuliefern, oder in der Nachbarschaft Güter und Dienst-  
 leistungen nachgefragt werden. Das Vorbild ist Europa:  
 Ein starker Binnenmarkt stärkt auch Deutschland. Nur  
 gemeinsam sind wir stark. Dieses Prinzip greift ebenso  
 für die Kommunen in NRW. Das bedeutet Solidarität.

Mit „Rot Pur“ hat die NRWSPD ihr Bekenntnis zu die-  
 ser kommunalen Solidarität erneuert. Es braucht star-  
 ke Kommunen. In der Krise hat sich bewiesen, dass dies  
 wichtiger denn je ist. Unsere Kommunen schultern Ver-  
 antwortung und tragen entscheidend dazu bei, dass wir  
 gesamtgesellschaftliche Herausforderungen bewältigen,  
 wie wir es jüngst im Kampf gegen die Corona-  
 Pandemie erleben.

**Land darf Kommunen in der Corona-Pandemie nicht  
 länger im Regen stehen lassen**

Die Corona-Pandemie ist jedoch für viele Kommunen

2533  
 2534  
 2535  
 2536  
 2537  
 2538  
 2539  
 2540  
 2541  
 2542  
 2543  
 2544  
 2545  
 2546  
 2547  
 2548  
 2549  
 2550  
 2551  
 2552  
 2553  
 2554  
 2555  
 2556  
 2557  
 2558  
 2559  
 2560  
 2561  
 2562  
 2563  
 2564  
 2565  
 2566  
 2567  
 2568  
 2569  
 2570  
 2571  
 2572  
 2573  
 2574  
 2575  
 2576  
 2577  
 2578  
 2579  
 2580  
 2581  
 2582  
 2583  
 2584  
 2585  
 2586  
 2587  
 2588  
 2589  
 2590  
 2591

auch ein Brandbeschleuniger. Denn Corona hat massive finanzielle Folgen: Weniger Geld wird eingenommen, weil die Gewerbesteuer sowie die kommunalen Anteile an der Einkommen- und Umsatzsteuer wegbrechen. Auch Einnahmen aus anderen Abgaben wie Gebühren und Beiträgen, oder Erträge aus kommunalen Unternehmen sinken. Auf der anderen Seite muss mehr Geld ausgegeben werden, weil die Bekämpfung der Pandemie hohe Ausgaben verursacht.

Dieses Dilemma trifft insbesondere finanzschwache Kommunen. Viele von ihnen haben im Rahmen des „Stärkungspaktes Stadtfinanzen“ einen harten Sanierungskurs eingeschlagen. Mit Hilfe des Landes in Höhe von rund 6 Mrd. Euro konnte ein gutes Stück Handlungsfähigkeit wiedererlangt werden. Diese Erfolge sind hart erkämpft worden und haben bittere Entscheidungen nötig gemacht. Diese Entbehrungen drohen durch die finanziellen Folgen der Pandemie nun zunichte gemacht zu werden. Hier muss das Land eingreifen. Nachdem auf Druck der Bundesregierung die Ausfälle bei der Gewerbesteuer für das Jahr 2020 jeweils hälftig durch den Bund und das Land erstattet wurden, muss das Land nun auch die Ausfälle für die Jahre 2021 und 2022 kompensieren. Die Aufstockung der Verteilmasse im Gemeindefinanzierungsgesetz 2021 war richtig und wichtig. Sie darf jedoch nicht als Kredit und somit aus Geldern der Kommunen selbst gewährt werden.

Denn bereits vor Corona steckten viele Kommunen in der Falle, oder besser gesagt im Teufelskreis: Aus eigener Kraft schaffen es betroffene Kommunen nicht, ihre Attraktivität zu steigern, um so mehr Steuer- oder Finanzkraft für nötige Investitionen zu generieren. Die Haushalte sind am Limit. Also ist das Gegenteil der Fall: Durch den Verschleiß von Infrastruktur und Personalabbau in den nötigen Ämtern sinkt die Attraktivität weiter und damit auch die Chance, sich selbst zu befreien. Der Stärkungspakt Stadtfinanzen war der richtige Weg, um diesen Teufelskreis zu durchbrechen. Die jetzige Pandemie droht jedoch alle Sparanstrengungen zunichte zu machen.

Ein erstes wichtiges Zeichen hat der Bund nach jahrelangem Drängen der SPD insbesondere aus NRW gesetzt: Durch die dauerhafte Entlastung bei den Kosten der Unterkunft werden die Kommunen in NRW jährlich um rund eine Milliarde Euro entlastet. Das hilft insbesondere dort, wo Arbeitslosigkeit hoch und Einkommen niedrig sind. Das kann jedoch nur ein erster Schritt sein. Denn die Anhebung der Bundesbeteiligung auf bis zu 75 Prozent stellt immer noch keinen bedarfsdeckenden Anteil dar.

Doch damit kann es noch nicht getan sein. Die Kommunen müssen von Belastungen befreit werden, die sie nicht selbst verursacht haben. Es muss das Motto gelten: Wer bestellt, der zahlt auch. Soweit Kommunen bestimmte Aufgaben übernehmen, weil Bund und Län-

2592  
 2593  
 2594  
 2595  
 2596  
 2597  
 2598  
 2599  
 2600  
 2601  
 2602  
 2603  
 2604  
 2605  
 2606  
 2607  
 2608  
 2609  
 2610  
 2611  
 2612  
 2613  
 2614  
 2615  
 2616  
 2617  
 2618  
 2619  
 2620  
 2621  
 2622  
 2623  
 2624  
 2625  
 2626  
 2627  
 2628  
 2629  
 2630  
 2631  
 2632  
 2633  
 2634  
 2635  
 2636  
 2637  
 2638  
 2639  
 2640  
 2641  
 2642  
 2643  
 2644  
 2645  
 2646  
 2647  
 2648  
 2649  
 2650

der sie ihnen zugewiesen haben, müssen die Kosten dafür von den Auftraggebern getragen werden. Dies entspricht dem Grundsatz der Konnexität. Die Entlastung von Sozialleistungen ist daher richtig und muss nun konsequent fortgeführt werden.

**„Stunde Null“ für NRW-Kommunen**

Zudem drücken vielerorts sogenannte Kassenkredite, die zur Überbrückung vorübergehender Kassenengpässe verwendet werden. In den NRW-Kommunen sind so Schulden von insgesamt 22,6 Mrd. Euro aufgelaufen.

Diese Kassenkredite, die Kommunen aus der Not mangelnder eigener Finanzkraft aufnehmen mussten, werden sie aus eigener Kraft nicht ablösen können. Es braucht endlich eine Lösung für den Anteil dieser Kassenkredite, der nicht für den eigentlichen Zweck der Abdeckung von Liquiditätsengpässen aufgenommen wurde. Hier ist nun allein das Land in der Verantwortung, nachdem die CDU-Bundestagsfraktion eine Beteiligung des Bundes blockiert hat.

Zwar sind die Zinslasten aktuell verhältnismäßig gering, jedoch werden Investitionen verhindert, da Überschüsse in den Ausgleich gesteckt werden müssen. Nur in Zeiten niedriger Zinsen ist eine Lösung des Altschuldenproblems realistisch und finanzierbar. Es ist daher naiv und unverantwortlich, das Problem jetzt nicht anzugehen, mit dem Argument, die Zinsen seien niedrig.

Selbst die schwarz-grüne hessische Landesregierung macht es vor: Im Jahr 2018 wurden mit dem Programm „Hessenkasse“ rund 4,8 Mrd. Euro kommunaler Kassenkredite abgelöst.

**Die Position der Kommunen stärken – mit einer starken Stimme**

Nach der Bewältigung der Migrationskrise in den Jahren 2015 und 2016 stellen die 396 Städte und Gemeinden und die 31 Kreise in NRW nun erneut unter Beweis, dass unsere Kommunen echte Krisenmanager sind. Kommunen haben Verantwortung übernommen – auch in finanzieller Hinsicht. Unbestritten ist die Bewältigung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Anders als es Kommunalministerin Scharrenbach darstellt, tragen Kommunen in NRW derzeit jedoch einen unverhältnismäßigen Anteil und werden über Gebühr belastet. Es reicht nicht die finanziellen Schäden der Corona-Pandemie über einen Haushaltstrick als Vermögensgegenstand in den Bilanzen zu „isolieren“. Das Land darf die Kommunen bei der Abschreibung dieser Kosten nicht im Regen stehen lassen und muss sich substantziell daran beteiligen.

Als NRWSPD wollen wir die politische Position der Kommunen stärken. Wir sind mit den kommunalen Spitzenverbänden im Dialog, wie es gelingt, ihre Stimme im

2651  
2652  
2653  
2654  
2655  
2656  
2657  
2658  
2659  
2660  
2661  
2662

institutionellen Gefüge zu stärken. Kommunen brauchen ein landes- und ggf. auch bundesrechtliches Mitspracherecht. Es muss verhindert werden, dass Kommunen sich regelmäßig nach Krisen oder im Rahmen anderer gesellschaftlicher Herausforderungen in der alleinigen Finanzverantwortung wiederfinden. Sie müssen bei der Ausgestaltung von Lösungen institutionell beteiligt werden.

Als ersten Schritt ist die NRWSPD als Erstunterzeichnerin dem Bündnis „Für die Würde unsere Städte“ beigetreten.

2663  
2664  
2665  
2666  
2667  
2668  
2669  
2670  
2671  
2672  
2673  
2674  
2675  
2676  
2677  
2678  
2679  
2680  
2681  
2682  
2683

**Das Subsidiaritätsprinzip hat Grenzen**

Die NRW-Landesregierung lässt überproportional viele Aufgaben durch seine Kommunen erledigen – das zeigt sich auch in der Pandemie. Leistungen sollen ortsnah angeboten und an die lokalen Bedürfnisse angepasst sein. Diese Idee der Subsidiarität ist grundsätzlich richtig und begrüßenswert. Sie findet allerdings dort ihre Grenzen, wo durch die unterschiedliche Steuerkraft und damit Leistungsfähigkeit der Kommunen keine an die örtlichen Bedürfnisse angepasste Erledigung erfolgen kann, da schlicht die Ressourcen fehlen.

Daher braucht es in vielen Bereichen einen „New Deal“ in der Finanzierung von Aufgaben. Einerseits geht es dabei um eine bedarfsorientierte, grundständige Finanzierung über die bestehenden Verteilungsmechanismen. Andererseits braucht es aber auch eine Diskussion darüber, welche Aufgaben von welcher staatlichen Ebene übernommen wird.

2684  
2685  
2686  
2687  
2688  
2689  
2690  
2691  
2692  
2693  
2694  
2695  
2696  
2697

Bei Schulen zeigt sich, wie die Grenzen der Zuständigkeiten angesichts zunehmender Digitalisierung immer mehr verschwimmen. Der Zeitpunkt ist also günstig: Es braucht nach dem erfolgreichen Landesprogramm „Gute Schule 2020“ ein erneute Anstrengung des Landes für mehr Investitionen in die Schulinfrastruktur. Ein Programm „Gute Schule 2025“ kann ein erster Anfang sein. Daneben braucht es auch einen organisatorischen Neuanfang der finanziellen Kompetenzen. Dafür benötigen wir neue Verantwortungsgemeinschaften, einen „New Deal“ im Schul- und Bildungsbereich, bei dem die Zusammenarbeit von Kommunen, Land und Bund neu geregelt wird.

2698  
2699  
2700  
2701  
2702  
2703  
2704  
2705  
2706  
2707  
2708

**Steuerparadiesen haben in NRW keine Zukunft**

Europa kann sich nur weiterentwickeln und ist nur dann stark, wenn alle Länder und alle Ebenen zusammenarbeiten – denn alle sind voneinander abhängig. Dieses Prinzip trifft auch auf das Land NRW und seine Kommunen zu.

Wenn sich Kommunen einen Vorteil gegenüber dem Umland verschaffen, indem sie massiv ihre Gewerbesteuer senken, dann ist das ein egoistischer Weg,

2709  
2710  
2711  
2712  
2713  
2714  
2715  
2716  
2717  
2718  
2719  
2720  
2721  
2722  
2723  
2724  
2725  
2726  
2727  
2728  
2729  
2730  
2731  
2732  
2733  
2734  
2735  
2736  
2737  
2738  
2739  
2740  
2741  
2742  
2743  
2744  
2745  
2746  
2747  
2748  
2749  
2750  
2751  
2752  
2753  
2754  
2755  
2756  
2757  
2758  
2759  
2760  
2761  
2762  
2763  
2764  
2765  
2766  
2767

der ausblendet, dass es in Zukunft immer mehr darauf ankommen wird, gemeinsam zu arbeiten. Dass es aber in Deutschland zur gängigen Praxis von Großkonzernen werden konnte, durch konzerninterne Verlagerungen steuerlicher Erträge oder die Einrichtung von „Briefkastenfirmen“ Steuern zu sparen, ist besorgniserregend. Es ist nicht akzeptabel, dass mitten in Deutschland Steueroasen entstehen, während wir genau das auf internationaler Ebene mit allen Mitteln bekämpfen.

Unternehmensgewinne müssen dort versteuert werden, wo sie erwirtschaftet werden. Wir brauchen andere Rahmenbedingungen, insbesondere muss die Gewerbesteuer noch deutlicher an die Produktionsorte gebunden werden.

Die Möglichkeiten, Gewerbesteuern durch die Anrechnung von Patenten und Lizenzen sowie die Reduzierung der Beschäftigten durch die Ausgliederung in Dienstleistungsunternehmen zu verlagern, muss abgestellt werden. Gewerbesteuern müssen dort verbleiben, wo der Mehrwert geschaffen wird. Denn dort, wo die tatsächliche gewerbliche Produktion stattfindet, bleiben die Belastungen für Umwelt und Infrastruktur. Ohne dass dafür allerdings von Unternehmen vor Ort ein angemessener Finanzierungsanteil getragen wird.

Im Übrigen bedeutet ein Unterbietungswettbewerb auch, dass insgesamt weniger Unternehmenssteuern in NRW hängen bleiben. Daher setzen wir uns dafür ein, dass die Gewerbesteuer dort gezahlt wird, wo die Bänder laufen, die Schloten qualmen und die LKWs über den Asphalt rollen – und nicht dort, wo der Briefkasten hängt.

**Gemeindefinanzierungsgesetz: Ungleiches auch ungleich behandeln**

Das Gemeindefinanzierungsgesetz (GFG) regelt den jährlichen Finanzausgleich zwischen dem Land und den Kommunen. Mit dem GFG 2019 hat die schwarzgelbe Landesregierung die Aufwands- und Unterhaltungspauschale neu eingeführt und diese 2020 auch noch überproportional gegenüber der Gesamtsumme erhöht. Durch diese systemwidrige Pauschale werden steuerstarke Kommunen gestärkt und steuerschwache Kommunen geschwächt. Das ist der Einstieg in eine Verteilung der Mittel, die sich nicht mehr an der Bedürftigkeit der Kommunen orientiert. Starke Kommunen werden bevorzugt, schwache Kommunen werden schwächer.

Eine Orientierung an der objektiven Bedürftigkeit der Kommunen muss der Maßstab im kommunalen Finanzausgleich bleiben. Für uns gilt hier der Maßstab: Ungleiches auch ungleich behandeln. Nur so werden strukturelle Nachteile vor Ort nicht zu einer Bürde beim Kampf um gleichwertige Lebensverhältnisse.

2768  
2769  
2770  
2771  
2772  
2773  
2774  
2775  
2776  
2777  
2778  
2779  
2780  
2781  
2782  
2783  
2784  
2785  
2786  
2787  
2788  
2789  
2790  
2791  
2792  
2793  
2794  
2795  
2796  
2797  
2798  
2799  
2800  
2801  
2802  
2803  
2804  
2805  
2806  
2807  
2808  
2809  
2810  
2811  
2812  
2813  
2814  
2815  
2816  
2817  
2818  
2819  
2820  
2821  
2822  
2823  
2824  
2825  
2826

Dafür muss die Aufwands- und Unterhaltungspauschale abgeschafft werden und dürfen die finanzkraftunabhängigen Pauschalen nicht weiter zulasten der Schlüsselzuweisungen erhöht werden. Um den vielen Aufgaben der Kommunen gerecht zu werden, muss der Anteil an den Steuermitteln, der im GFG auf die Kommunen verteilt wird, mittelfristig angepasst werden.

**Entlastungsmittel brauchen einen neuen Verteilungsmechanismus**

Der Bund hat auf Initiative der SPD die Kommunen in den vergangenen Jahren massiv unterstützt. Eine Verteilung dieser Entlastungsmittel ist häufig über die Anteile der Kommunen an der Umsatzsteuer erfolgt.

Die Verteilung der Umsatzsteueranteile richtet sich jedoch nach dem jeweiligen Steueraufkommen der Städte und Gemeinden bzw. deren Wirtschaftskraft. Die Entlastungsmittel werden auf diesem Wege somit überproportional an steuerstarke Gemeinden verteilt. Gerade vor dem Hintergrund, dass (Sonder-)Zuweisungen des Bundes insbesondere auch dem Zweck der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dienen sollen, ist ein solcher Verteilmechanismus nicht zielführend. Gerade vor dem Hintergrund, dass (Sonder-)Zuweisungen des Bundes insbesondere auch dem Zweck der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse dienen sollen, ist ein solcher Verteilmechanismus nicht zielführend. Über diesen Weg werden bestehende Ungleichheiten und strukturelle Benachteiligungen sogar verstärkt.

Auch hier gilt: Ungleiches auch ungleich zu behandeln. Es braucht eine Verteilung von Entlastungsmitteln, die sich stärker am Bedarf, also nach sozialen Kriterien ausrichtet.

**Eine Grundsteuersenkung gelingt nur durch die faire Verteilung von Mitteln**

Hierzu ist die Landesregierung gefordert, sich endlich auf ein Grundsteuermodell festzulegen, dass die tatsächlichen Werte berücksichtigt.

Wie hoch die Grundsteuer ausfällt, variiert je nach Wohnort und kann über den lokalen Hebesatz gesteuert werden. Inzwischen korreliert die Grundsteuerbelastung jedoch wesentlich mit der Finanznot der Kommunen. Zwischen dem günstigen Gütersloh und dem Spitzenreiter Witten besteht eine Diskrepanz von jährlich knapp 450 Euro, gemessen an einem Standard-Einfamilienhaus.

Nur eine bessere finanzielle Ausstattung der armen Kommunen und die Lösung der Altschuldenfrage kann diesen Trend aufhalten. Die Steuerbelastung der Einwohner einer Stadt muss sich wieder an den Leistungen der Stadt orientieren können.

2827  
2828  
2829  
2830  
2831  
2832

Den Kommunen muss darüber hinaus die Möglichkeit zur Erhebung der einer Grundsteuer C gegeben werden. Auf diesem Wege erhalten Kommunen die Möglichkeit mithilfe der Grundsteuer Bodenspekulation einzudämmen.

1 **L-02**  
2 **Antragsteller: NRW Jusos**  
3  
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
5  
6 **Stärker zurückkommen: Die neue Normalität muss**  
7 **eine bessere sein! – Ansätze für eine progressive Politik**  
8 **nach Corona**  
9  
10 Gut ein halbes Jahr nach Ausbruch der Corona-  
11 Pandemie müssen wir festhalten, dass es sich bei der  
12 aktuellen Krise trotz vieler zuvor um die einschnei-  
13 dendste Krise seit dem zweiten Weltkrieg handelt.  
14 Die Pandemie hat zeitweise zu einem vollständigen  
15 Erliegen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen  
16 Lebens geführt, sie hat weltweit hunderttausende  
17 Menschen das Leben gekostet und nach wie vor haben  
18 wir nicht das erreicht, was öffentlich als „die neue  
19 Normalität“ diskutiert wird. Nun, einige Monate nach  
20 dem Corona-Schock, ist die Debatte über die Lehren  
21 aus und die Folgen von dieser Krise in vollem Gange  
22 und für uns als Jusos ist klar: Die neue Normalität nach  
23 Corona darf nicht die alte Normalität vor Corona sein.  
24 Wir müssen stärker aus der Krise zurückkommen: Die  
25 neue Normalität muss eine bessere sein!  
26  
27 Aus politischer Sicht beispielsweise muss die Lehre aus  
28 dieser Zäsur sein, dass wir endgültig Abschied nehmen  
29 von den zwei maßgeblich dominierenden Politiken der  
30 letzten Jahrzehnte.  
31  
32 Dabei handelt es sich zum einen um die Ideologie des  
33 Neoliberalismus, die in den letzten Jahrzehnten so prä-  
34 gend war wie keine andere und die zugleich nun so of-  
35 fensichtlich am Ende ist wie keine andere. Die Idee, dass  
36 das zentrale Ordnungssystem unserer Gesellschaft der  
37 Markt ist, auf dem sich eigen- verantwortliche Indivi-  
38 duen zur Profitmaximierung versammeln, und dass die-  
39 ser Markt, einmal aus dem Gleichgewicht geraten, sich  
40 durch magische Selbstreinigungskräfte wieder selbst  
41 besser ins Gleichgewicht bringt als durch politische  
42 Steuerung; diese Idee ist krachend gescheitert. Das neo-  
43 liberale Mantra „Privat vor Staat“ und das zusammen-  
44 gefasste Glaubensbekenntnis „Das regelt der Markt.“  
45 wirkt angesichts der aktuellen Lage wie Hohn und ver-  
46 mag nur noch Delegierte eines FDP-Parteitags zu über-  
47 zeugen. Die große Mehrheit der Menschen hingegen  
48 musste in den letzten Jahren und nun spätestens durch  
49 die Corona- Krise erfahren, was der Markt alles nicht  
50 regelt. Der Markt hat weder für 5G an jeder Milchkan-

**Empfehlung der Antragskommission:**  
**Erledigt durch Annahme von L-01 in Fassung der An-**  
**tragskommission**

51 ne, noch für flächendeckende Mobilität in der Breite der  
52 Bundesrepublik, weder für eine angemessene Gesund-  
53 heitsversorgung, noch für bezahlbaren Wohnraum oder  
54 die angemessene Entlohnung systemrelevanter Beru-  
55 fe gesorgt. Und wie schlecht es um die vermeintlichen  
56 Selbstreinigungskräfte des Marktes bestellt ist, kann  
57 daran gesehen werden, dass selbst diejenigen, die sich  
58 Eingriffe des Staates immer verbeten haben, nun die  
59 Lautesten sind, die nach staatlichen Hilfen rufen.

60  
61 Die zweite dominante Politik der letzten Jahrzehnte, die  
62 nun an ihr Ende kommen muss, ist das TINA- Prinzip  
63 (There is no alternative), mit dem politische Entschei-  
64 dungen nicht mit Sach-Argumenten, son- dern mit dem  
65 Verweis auf ihre vermeintliche Alternativlosigkeit ge-  
66 rechtfertigt wurden. Denn während zu Beginn der Pan-  
67 demie und auf der Ebene des unmittelbaren Krisenma-  
68 nagements bestimmte Entscheidungen in der Tat zwin-  
69 gend und richtig waren, bestehen nun in der Frage, wel-  
70 che Konsequenzen aus der aktuellen Krise gezogen wer-  
71 den müssen, so klare Alternativen wie lange nicht mehr.  
72 Die Chancen für progressive Politik für die Zeit nach  
73 Corona stehen gut, aber das Ende des Neoliberalismus  
74 wird kein Selbstläufer, weil uns auf der anderen Seite  
75 eine Koalition aus Konservativen und Neoliberalen ge-  
76 genübersteht, die nach der Krise mit den alten, geschei-  
77 terten Rezepten weitermachen wollen. Dagegen müs-  
78 sen wir eine progressive, gesellschaftliche Allianz für ein  
79 besseres Morgen bilden, mit der wir stärker als vorher  
80 aus der Krise herauskommen. Der Kampf um die Deu-  
81 tungshoheit rund um die Corona-Krise ist also in vollem  
82 Gange und wir werden ihn nur dann für uns entschei-  
83 den können, wenn wir klar sagen können, wie die neue  
84 Normalität eine bessere sein kann. Dazu macht dieser  
85 Antrag einen Aufschlag.

#### 86 87 **Ein neues Staatsverständnis**

88 Die bessere Normalität braucht vor allem ein neues Ver-  
89 ständnis über die Rolle des Staates in unserer Gesell-  
90 schaft. Wir sind der Überzeugung, dass nicht der Markt,  
91 sondern eben der Staat als demokratische Verfasstheit  
92 aller Bürger\*innen das zentrale Ordnungssystem un-  
93 serer Gesellschaft darstellt. Und wie kaum zuvor hat  
94 die Corona-Krise zum einen die Handlungsfähigkeit des  
95 Staates unter Beweis gestellt und zum anderen auch  
96 den Primat der Politik über die Wirtschaft. Während  
97 in der Vergangenheit der marktkonformen Demokra-  
98 tie der Mund geredet wurde, steht es für uns nicht zur  
99 Debatte, dass wir einen demokratiekonformen Markt  
100 brauchen, dem der Staat zu diesem Zweck klare Vorga-  
101 ben gibt. Unser Staat für ein besseres Morgen ist aber  
102 auch **ein aktiver und handlungsfähiger Staat**, der dem  
103 Markt nicht nur einen klaren Handlungsrahmen gibt,  
104 sondern auch selbst **durch Investitionen für wirtschaft-**  
105 **lichen Erfolg und gesellschaftlichen Fortschritt sorgt.**  
106 Den staatlichen Investitionen müssen dabei zwei ent-  
107 scheidende Aufgaben zukommen. Zum einen stellen sie  
108 die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Bun-  
109 desrepublik dar. Denn damit Unternehmen erfolgreich

110 sein können, braucht es eine gute öffentliche Infrastruk-  
 111 tur – und zwar sowohl physisch in Form von intak-  
 112 ten Straßen und Brücken, einem umfassenden Mobili-  
 113 tätsangebot und einer guten digitalen Infrastruktur, als  
 114 auch sozial in Form von bester Bildung und Forschung,  
 115 einer guten Gesundheitsversorgung und der Garantie  
 116 von sozialer Sicherheit. In den vergangenen Jahrzeh-  
 117 ten wurden immer mehr dieser öffentlichen Aufgaben  
 118 privatisiert und damit dem Diktat der Profitmaximie-  
 119 rung unterworfen, mit den bereits beschriebenen Fol-  
 120 gen. Wir sind der Auffassung: **Öffentliche Aufgaben ge-  
 121 hören in öffentliche Hand! Es gibt einfach bestimmte  
 122 Bereiche des Zusammenlebens, die keiner Marktlogik  
 123 unterworfen werden dürfen.**

124  
 125 Die zweite Aufgabe von öffentlichen Investitionen ist  
 126 die einer Steuerungsfunktion. Der Staat sollte also nicht  
 127 blind investieren und so quasi für Herdenliquidität sor-  
 128 gen, sondern durch gezielte Investitionen jene Art des  
 129 Wirtschaftens und auch jene Innovationen fördern, die  
 130 dem Gemeinwohl dienen. **Konkret bedeutet das, dass  
 131 Unternehmen nur dann Gelder der Allgemeinheit be-  
 132 kommen sollten, wenn sie sich auch zu Zielen der All-  
 133 gemeinheit verpflichten.**

#### 134 135 **Staatsschulden**

136 Mit einem neuen Staatsverständnis in der besseren  
 137 Normalität muss auch ein neues Verständnis von  
 138 Staatsschulden einhergehen. Im Verlauf der Corona-  
 139 Krise hat die Bundesregierung mit zwei Konjunkturpro-  
 140 grammen in bemerkenswertem Umfang reagiert und  
 141 so den wirtschaftlichen und sozialen Totalabsturz ver-  
 142 hindert. Im März wurde das Corona-Schutzschild „Ba-  
 143 zooka“ über 350 Milliarden Euro für Zuschüsse und Hil-  
 144 fen sowie zusätzlichen 820 Milliarden Euro für Betei-  
 145 ligungen, Kredite und Bürgschaften aufgelegt. Im Ju-  
 146 ni folgte das Konjunkturprogramm „Wumms“ mit ei-  
 147 nem Umfang von 160 Milliarden Euro. Angesichts dieser  
 148 Summen, die die Staatsschuldenquote der Bundesrepu-  
 149 blik in die Höhe getrieben haben, ist die Debatte dar-  
 150 über, wie diese Schulden wieder zurückgezahlt werden  
 151 können in vollem Gange und es wird auf uns ankommen  
 152 dafür zu sorgen, dass nicht dieselben Fehler wie nach  
 153 der Finanzkrise 2008 gemacht werden.

154  
 155 Damals hat man als Reaktion auf eine verbreitetere  
 156 Staatskepsis und aufgrund der Verunsicherung in der  
 157 Bevölkerung 2009 die Einführung einer Schuldenbrem-  
 158 se beschlossen – mit verheerenden Folgen. Die Schul-  
 159 denbremse ist die ins Grundgesetz geschriebene neoli-  
 160 berale Ideologie, die die Handlungsfähigkeit des Staa-  
 161 tes massiv eingeschränkt hat. Und während es in den  
 162 Jahren nach der Finanzkrise öffentliche Anerkennung  
 163 für ausgeglichene Haushalte gegeben hat, sieht eine  
 164 große Mehrheit der Menschen heute die enorme Dis-  
 165 krepanz zwischen dem fetischisierten ausgeglichenen  
 166 Haushalt und den realen Verhältnis- sen im Land. Auf-  
 167 grund mangelnder Investitionen durch die Schulden-  
 168 bremsen hinkt die Digitalisierung von Wirtschaft und Ge-

169 sellschaft peinlich weit hinterher. Die Bildungsausga-  
 170 ben stagnieren seit zehn Jahren im Verhältnis zur Wirt-  
 171 schaftskraft. Die sozial-ökologische Transformation ist  
 172 zum Erliegen gekommen, was man unter anderem dar-  
 173 an sieht, dass die Bundesrepublik ihre Vorreiterinnen-  
 174 rolle bei den Erneuerbaren Energien schon längst wie-  
 175 der verloren und die Automobilbranche als Schlüssel-  
 176 industrie den Strukturwandel verschlafen hat. Und die  
 177 öffentliche Infrastruktur ist aufgrund des massiven In-  
 178 vestitionsstaus marode und damit eine zunehmende  
 179 Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit. So sieht die Bi-  
 180 lanz von 10 Jahren Schuldenbremse in Deutschland aus.  
 181 Noch schlimmer hat es die Länder im Süden Europas ge-  
 182 getroffen, denen wir im Zuge der Eurokrise dieselbe bitte-  
 183 re Medizin der Austerität aufgezwungen haben – nur in  
 184 noch stärkerem Maße. Diese hat während der Corona-  
 185 Krise tödliche Folgen gehabt, weil die dortigen kaputt-  
 186 gesparten Gesundheitssysteme nicht in der Lage waren,  
 187 die Pandemie angemessen zu bewältigen.

188  
 189 Diesen Kardinalfehler, nämlich den Versuch, sich ge-  
 190 sund zu sparen, dürfen wir nun nicht wiederholen. Der  
 191 Weg der Konsolidierung durch Austerität ist ein Irrweg.  
 192 Damit bekennen wir uns zum Weg des Herauswach-  
 193 sens aus der Krise, der es ermöglicht, die Staatsschulden  
 194 solange zu überwälzen, bis die Schuldenquote durch  
 195 ein gestiegenes BIP wieder sinkt. Wozu die Alternati-  
 196 ve des Heraussparens der Konservativen und Neolibe-  
 197 ralen führt, konnte eindrücklich in den letzten Jahren  
 198 beobachtet werden. In Wahrheit hat diese status quo  
 199 Koalition der Bewahrer\*innen schlicht keinen Plan mehr  
 200 für die Zukunft.

201  
 202 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns kon-  
 203 kret:

- 204 • Wir bekräftigen angesichts der Corona-Krise unse-  
 205 re Forderung nach einer Abschaffung der Schul-  
 206 denbremse und nach einer Abkehr der Politik der  
 207 schwarzen Null.
- 208 • Statt einmaligen Konjunkturprogrammen fordern  
 209 wir ein mehrjähriges, massives Investitionspro-  
 210 gramm. Die Investitionen sollten sowohl über un-  
 211 komplizierte Wege den Kommunen zur Verfügung  
 212 gestellt werden als auch direkt über Bund und Län-  
 213 der laufen. Folgende sieben Schwerpunkte gilt es  
 214 dabei zu setzen:
  - 215 – Ausbau und Modernisierung des Schienen-  
 216 netzes.
  - 217 – Instandsetzung, Neubau und Anschaffung  
 218 digitaler Hardware in Bildungseinrichtungen  
 219 wie Schulen, Kindertagesstätten und Univer-  
 220 sitäten.
  - 221 – Programme zum öffentlichen Wohnungs-  
 222 bau.
  - 223 – Ausbau erneuerbarer Energien beispiels-  
 224 weise über Programme wie Windbür-  
 225 ger\*innengelder und kommunal subventio-  
 226 nierter Ausbau von Solardächern.
  - 227 – Aufbau massiver Kapazitäten zur

228 Wasserstoff-Produktion.  
229 – Flächendeckender Ausbau digitaler Netze.

230

231 **Finanzierung**

232 Die bessere Normalität braucht aber auch endlich ei-  
233 nen angemessenen Beitrag der Wohlhabenden in un-  
234 serer Gesellschaft zur Finanzierung der Kosten der Kri-  
235 se sowie eine gerechte Verteilung der Vermögen insge-  
236 samt. Mitten in der Corona-Krise hat das Deutsche In-  
237 stitut für Wirtschaftsforschung (DIW) im Juli noch ein-  
238 mal eindruckliche Zahlen zur Vermögenskonzentration  
239 in Deutschland vorgelegt. Demnach besitzen die reichs-  
240 ten zehn Prozent der Menschen in Deutschland gut zwei  
241 Drittel des Gesamtvermögens, während die Hälfte der  
242 Bevölkerung nahezu gar kein Vermögen besitzt. Mit die-  
243 sem Zustand können wir uns als Jusos und mit diesem  
244 Zustand kann sich auch die Sozialdemokratie nicht ab-  
245 finden. Die bessere Normalität braucht daher ein kla-  
246 res Bekenntnis zur Umverteilung und zu einer gerech-  
247 ten Steuerpolitik, die dafür sorgt, dass die Lasten der  
248 Krise nicht wieder nur von Menschen mit niedrigen und  
249 mittleren Einkommen geschultert werden.

250

251 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns hier  
252 konkret:

- 253 • eine **einmalige, krisenbedingte Vermögensabgabe**  
254 **für sehr hohe Vermögen.**
- 255 • Die **Einführung einer Finanztransaktionssteuer**, wie  
256 von den NRW Jusos gefordert, muss schnell umge-  
257 setzt werden.
- 258 • Ebenso bekräftigen wir unsere Forderungen zur **Ein-**  
259 **führung der Vermögenssteuer** und einer **Reform der**  
260 **Erbschaftssteuer**, wie sie vom SPD-Bundesparteitag  
261 zuletzt beschlossen wurde.

262

263 **Wirtschaft und Arbeit**

264 In keinem anderen Bereich ist es so notwendig, dass  
265 die neue Normalität eine bessere wird, wie im Be-  
266 reich von Wirtschaft und Arbeit. Schonungslos hat die  
267 Corona-Krise die Widersprüche und Schwächen eines  
268 Wirtschaftssystems offen gelegt, dessen oberste und  
269 manchmal auch einzige Maxime die der Profitmaximie-  
270 rung ist.

271

272 In beispiellosem Ausmaß haben wir auf der einen Sei-  
273 te einen Angebotsschock erlebt, weil die hyperglobali-  
274 sierte Wertschöpfung mit ihren krisenanfälligen just-  
275 in-time-Lieferketten teilweise vollständig zum Er-  
276 liegen gekommen ist. Die Unternehmen waren schlicht  
277 nicht mehr in der Lage zu produzieren. Und zum ande-  
278 ren haben wir in gleicher Weise einen Nachfrageschock  
279 erlebt, weil die Verbraucher\*innen durch Einkommens-  
280 oder gar Jobverlust und Kontaktbeschränkungen kaum  
281 noch in der Lage waren zu konsumieren. Um die Krise  
282 zu bewältigen, wird es nun darauf ankommen, sowohl  
283 die Wertschöpfung wieder zu stabilisieren als auch die  
284 Nachfrage wieder zu stimulieren. Dies darf aber eben  
285 nicht durch ein Zurück zum Vor-Corona-Zustand passie-  
286 ren, sondern wir müssen die richtigen Schlüsse aus die-

287 sem doppelten Schock ziehen und die Chance für eine  
288 bessere Normalität nutzen.

289

290 Wirtschaftspolitisch heißt das vor allem, dass wir ganz  
291 aktiv jene Form des Wirtschaftens fördern, die dem Ge-  
292 meinwohl dient. Diese zeichnet sich durch gute, tarifge-  
293 bundene Beschäftigung, durch eine Demokratisierung  
294 der Unternehmen, durch qualitatives Wachstum im Sin-  
295 ne der sozial-ökologischen Transformation sowie durch  
296 echte Gleichstellung in den Betrieben aus. Auch global  
297 muss die Corona-Krise dazu führen, dass zum Beispiel  
298 die internationalen Lieferketten nicht länger nur nach  
299 dem Maßstab der Profitmaximierung, sondern vor al-  
300 lem unter dem Gesichtspunkt der Resilienz zu organi-  
301 sieren sind. Durch ein entsprechendes Lieferkettenge-  
302 setz gilt es dabei, faire Arbeitsbedingungen auch über  
303 den nationalen Rahmen hinaus zu garantieren. Und um  
304 das einmal klarzustellen: Die vollkommen berechtig-  
305 te Kritik an einer bestimmten Form der Globalisierung  
306 („Hyper-Globalisierung“) und die ebenfalls berech-  
307 tigte Forderung, ausgewählte Lieferketten ein Stück weit  
308 weniger global zu organisieren, darf nicht dazu füh-  
309 ren, dass wir uns gemein machen mit denjenigen, die  
310 der vermeintlichen Re-Nationalisierung das Wort reden.  
311 Wir müssen im Gegenteil zwar klar die negativen Aus-  
312 wirkungen der entfesselten Globalisierung thematisie-  
313 ren, um sie dann aber aktiv zu gestalten, ohne zu einfa-  
314 chen Ressentiments nachzugeben. Eine sozialdemokra-  
315 tisch gestaltete Globalisierung kann so zu mehr qualita-  
316 tivem Wachstum, zu besseren Arbeitsbedingungen und  
317 zu besseren Löhnen im globalen Kontext führen.

318

319 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns wirt-  
320 schaftspolitisch konkret:

- 321 • Weitere **Stimulierungen privater Investitionen**. Ge-  
322 rade in einer möglichen Rezession werden priva-  
323 te Investitionen dringend benötigt. Auch hier gilt  
324 es, schwerpunktmäßig die Transformationen in den  
325 Bereichen Sozialstaat, Digitalisierung und Klima-  
326 schutz voranzutreiben.
- 327 • Durch einen bei der KfW aufgesetzten oder staat-  
328 lichen Fonds kann **Kapital für innovative Neugrün-  
329 dungen** zur Verfügung gestellt werden.
- 330 • Die stattfindenden und zu erwartenden Transfor-  
331 mationsprozesse erzeugen erheblichen Weiterbil-  
332 dungsbedarf, um Beschäftigung zu sichern. Be-  
333 schäftigte müssen qualifiziert werden, um in ge-  
334 änderten oder neuen Berufsfeldern gute Arbeit  
335 zu finden. Neben einem **Ausbau der Kapazitäten  
336 der Berufskollegs** ist auch dringend in **betriebl-  
337 iche und überbetriebliche Weiterbildungsangebo-  
338 te** zu investieren. Auch hierfür könnte ein bei der  
339 KfW aufgesetzter oder staatlicher Bildungsfonds  
340 die notwendigen Mittel aufbringen, um das lebens-  
341 lange und immer wiederkehrende Lernen im Job zu  
342 ermöglichen.
- 343 • Um Unternehmensinsolvenzen zu verhindern, wird  
344 der Staat sich mit Eigenkapital an vielen Unter- neh-  
345 men beteiligen müssen oder hat dies schon getan.

346 Dabei sollen klare Kriterien gesetzt werden, dass die  
 347 Beteiligung des Staates nur stattfindet, wenn die  
 348 künftigen Geschäftsfelder der Unter- nehmen für  
 349 sozialen und ökologischen Fortschritt und nicht für  
 350 Rückschritt und Stillstand stehen, dass Vorstands-  
 351 gehälter und -boni gedeckelt sind, Steuern in der  
 352 Bundesrepublik gezahlt werden müssen und dass in  
 353 den Unternehmen nach Tarif bezahlt wird. **Wer Geld**  
 354 **von der Allgemeinheit bekommt, muss sich auch zu**  
 355 **Zielen der Allgemeinheit verpflichten.**

- 356 • Durch steuerpolitische Maßnahmen können **Ab-**  
 357 **schreibungsmöglichkeiten für Investitionen in Digi-**  
 358 **talisierung und Klimaschutz** verbessert werden.
- 359 • Der **Aufbau einer Pharmaindustrie, die die Abhän-**  
 360 **gigkeit von bisherigen Lieferketten löst**, muss ein  
 361 strategisches Ziel der Gesundheitspolitik werden.  
 362 Dabei muss vor allem in den Blick genommen wer-  
 363 den, wie staatliches Kapital für pharmazeutische In-  
 364 novationen und Neugründungen zur Verfügung ge-  
 365 stellt werden kann.
- 366 • Durch ein **wirksames Lieferkettengesetz** für wei-  
 367 terhin notwendige Lieferketten werden wir auch  
 368 global für bessere Arbeitsbedingungen und Löhne  
 369 kämpfen und das Klima schützen.

370  
 371 Arbeitsmarktpolitisch haben wir in Deutschland gera-  
 372 de in den letzten Wochen gesehen, dass der Ab- schie-  
 373 dem vom Neoliberalismus kein zwingender ist, sondern von  
 374 uns aktiv betrieben werden muss. Am Anfang der Pan-  
 375 demie wurden einzelne Dienstleistungsberufe vor al-  
 376 lem im Gesundheits-, Einzelhandels- und Logistikbe-  
 377 reich noch als systemrelevant und heldenhaft gefei-  
 378 ert und beklatscht. Jetzt hingegen, da diese Arbeitneh-  
 379 mer\*innen zurecht für bessere Arbeitsbedingungen und  
 380 bessere Bezahlung kämpfen, schlägt ihnen teilweise  
 381 von denselben Leuten Unverständnis dafür entgegen,  
 382 dass sie für ihre Rechte streiken. Dabei wissen wir schon  
 383 heute, dass diese meist prekär Beschäftigten innerhalb  
 384 ihres Arbeitsverhältnisses wenig eigenen Schutz vor der  
 385 Pandemie erfahren haben und auch am längsten mit ih-  
 386 ren Auswirkungen in Form von Kurzarbeit und Arbeits-  
 387 losigkeit zu kämpfen haben werden. Wir sind der kla-  
 388 ren Auffassung: Klatschen reicht nicht! Wer den Laden  
 389 hier am Laufen hält, muss auch anständig bezahlt wer-  
 390 den und unter fairen Bedingungen ihren\*seinen Job ma-  
 391 chen können. Kämpfer\*innen dafür sind in allererster Li-  
 392 nie unsere Kolleg\*innen in den Gewerkschaften.

393  
 394 Und die bessere Normalität braucht wieder stärkere Ge-  
 395 werkschaften in der Auseinandersetzung zwischen Ka-  
 396 pital und Arbeit angesichts der massiven Transformati-  
 397 on der Arbeitswelt. Wir erleben zum einen, dass die Or-  
 398 ganisationsbedingungen der Belegschaften sich massiv  
 399 verändern. Während manche im Homeoffice für sich al-  
 400 lein arbeiten, befinden sich andere in Kurzarbeit und  
 401 wieder andere arbeiten ganz normal weiter in den Be-  
 402 trieben. Diese Fragmentierung der Belegschaft stellt die  
 403 gewerkschaftliche Organisation vor erhebliche Heraus-  
 404 forderungen. Zum anderen erleben wir, dass die Ka-

405 pitalseite versucht, das Modell der Sozialpartnerschaft  
 406 als nicht mehr zeitgemäß darzustellen. So ließ kürzlich  
 407 ein Banken-Start-up keine Anstrengung unversucht, die  
 408 Gründung eines Betriebsrats zu vermeiden, weil dieser  
 409 gegen alle Werte verstoße, an die das Unternehmen  
 410 glaube. Wer aber glaubt, dass der Wandel der Arbeits-  
 411 welt weniger Mitbestimmung bedeuten müsste, hat  
 412 in uns und unseren gewerkschaftlichen Kolleg\*innen  
 413 die entschiedensten Gegner\*innen. Umgekehrt wird ein  
 414 Schuh draus: Der Wandel in der Arbeitswelt muss zu  
 415 mehr statt zu weniger Mitbestimmung führen!

416  
 417 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns ar-  
 418 beitsmarktpolitisch konkret:

- 419 • Für die in der Krise zurecht als systemrelevant gefei-  
 420 erten Berufe braucht es endlich auch eine **finanziel-**  
 421 **le Aufwertung**. Dazu wäre ein **allgemeinverbindli-**  
 422 **cher Tarifvertrag Pflege** beispielweise ein wichtiger  
 423 Schritt. Ansonsten wäre über **Branchenmindestlöh-**  
 424 **ne für Care-Berufe oder solche im Einzelhandel**
- 425 • Vor allem müssen wir die Rahmenbedingungen  
 426 aber auch so gestalten, dass sich abhängig Beschäftig-  
 427 te aus diesen Bereichen **verstärkt in Gewerk-**  
 428 **schaften organisieren**, um effektiv und demokra-  
 429 tisch für bessere Arbeitsbedingungen wie z.B. ver-  
 430 änderte Personalschlüssel etc. eintreten zu kön-  
 431 nen. Hier erneuern wir unsere Forderung nach einer  
 432 Stärkung der Gewerkschaften durch:
  - 433 – die **Aufhebung des Arbeitgeber\*innen-Vetos**  
 434 bei der Allgemeinverbindlichkeitserklärung  
 435 von Tarifverträgen
  - 436 – ein **hartes strafrechtliches Vorgehen gegen**  
 437 **die Behinderung von Gewerkschaftsaktivi-**  
 438 **täten**, dem sogenannten Union Busting.
  - 439 – **vollständige Arbeitnehmer\*innenrechte für**  
 440 **Beschäftigte im Bereich der digitalen Platt-**  
 441 **formökonomie** und entsprechende **Stärkung**  
 442 **der Betriebsräte auf digitalem Wege.**

443  
 444 **Sozialstaat**

445 Auch eine andere Errungenschaft, die von Sozialdemo-  
 446 krat\*innen und Gewerkschafter\*innen erkämpft wurde,  
 447 ist in den vergangenen Jahren immer wieder von kon-  
 448 servativer und neoliberaler Seite als Auslaufmodell dar-  
 449 gestellt worden. Aber auch hier hat Corona gezeigt: Die  
 450 bessere Normalität braucht einen starken, vorsorgen-  
 451 den Sozialstaat, der alle gegen die individuellen Lebens-  
 452 risiken solidarisch absichert und präventiv für gute Be-  
 453 schäftigung sorgt!

454  
 455 Man stelle sich nur mal vor, die SPD hätte nicht für  
 456 ein Kurzarbeiter\*innengeld, für einen vereinfachten Zu-  
 457 gang zur Grundsicherung erstmal ohne Vermögens-  
 458 überprüfung und für eine Übernahme der tatsächlichen  
 459 Kosten für Unterkunft und Heizung gesorgt. Das  
 460 sind aus jungsozialistischer Perspektive nur Notmaß-  
 461 nahmen, aber sie unterstreichen die Bedeutung des So-  
 462 zialstaats besonders aber nicht nur in der Krise. Das  
 463 Kurzarbeiter\*innengeld sollte dabei nicht nur als rei-

464 nes Notfallinstrument zur Verhinderung von Arbeitslo-  
465 sigkeit genutzt werden, sondern sollte auf die Finan-  
466 zierung von Weiterbildungsmöglichkeiten während der  
467 Zeit der Kurzarbeit ausgeweitet werden.

468  
469 Das Corona-Virus trifft eben nicht alle gleich, sondern  
470 wirkt sozial-selektiv. Menschen mit niedrigem Einkom-  
471 men oder ohne Arbeit werden wirtschaftlich härter  
472 von der Krise getroffen, Kinderarmut verschärft sich  
473 und ganze soziale Schichten werden noch stärker von  
474 der gesellschaftlichen Teilhabe ausgeschlossen. Für eine  
475 bessere Normalität nach der Krise erneuern wir unsere  
476 zahlreichen Forderungen für einen aktiven und solidari-  
477 schen Sozialstaat.

478  
479 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns hier  
480 konkret:

- 481 • eine deutlich längere Bezugsdauer des ALG I (Ar-  
482 beitslosengeld) gerade bei langen Beitragsjahren
- 483 • die Einführung eines ALG Q, mit dem Zeiten der  
484 Weiterbildung oder Umschulung finanziert wer-  
485 den, um Beschäftigte in der Transformation nicht al-  
486 lein zu lassen
- 487 • die überfällige Abschaffung von Hartz IV durch  
488 ein sanktionsfreies und bedarfsgerechtes Bür-  
489 ger\*innengeld
- 490 • eine eigenständige Kindergrundsicherung
- 491 • Schließlich bekräftigen wir unsere Forderung nach  
492 einem Recht auf Weiterbildung und Qualifi- zierung  
493 sowie nach einem Recht auf Arbeit, zu dem für uns  
494 auch das Konzept einer Jobgarantie gehört.

495  
496 **Feminismus**

497 Die neue Normalität muss schließlich auch dahinge-  
498 hend eine bessere werden, als sie feministisch sein  
499 muss. Denn das Corona-Virus hat nicht nur sozial-  
500 selektiv gewirkt, sondern auch nochmal die enorm un-  
501 gleich verteilte Belastung von Frauen in unserer Gesell-  
502 schaft sichtbar gemacht, und zwar in mehreren Hinsich-  
503 ten. Zum einen werden die als systemrelevant erkann-  
504 ten Berufe, ob in der Pflege oder an der Supermarkt-  
505 kasse, überwiegend von Frauen ausgeübt und trotz Sys-  
506 temrelevanz viel zu schlecht bezahlt. Und zum anderen  
507 wurde einmal mehr deutlich, wie viel zuvor ‚unsichtba-  
508 re‘ und unentgeltliche Carearbeit von Frauen im priva-  
509 ten Bereich geleistet wird. Durch den Wegfall von Be-  
510 treuungsmöglichkeiten im Zuge der Pandemie hat sich  
511 dieses massive Ungleichgewicht noch weiter verstärkt  
512 und es ist nicht hinnehmbar, dass nach wie vor feminis-  
513 tische Belange bei der Bewältigung der Krise überhaupt  
514 keine Rolle spielen. Die Pandemie sorgt zusätzlich da-  
515 für, dass die Lebensrealitäten und Personen, die schon  
516 vorher wenig sichtbar waren, nun noch weiter aus dem  
517 öffentlichen Leben verdrängt werden. Queeren Perso-  
518 nen fehlen sowohl Schutz- als auch Begegnungsräume  
519 und die Deutungshoheit über die Pandemie in Wissen-  
520 schaft und Medien haben Männer, deren homogene Le-  
521 bensrealität sich dann auch in der nicht Berücksichti-  
522 gung von Frauen in Hilfefonds widerspiegelt. Dass es

523 um die körperliche Selbstbestimmung von Frauen pre-  
 524 kär bestellt war, sieht mensch unter anderem auch dar-  
 525 an, dass die Pandemie kurzerhand dafür genutzt wer-  
 526 den soll, ein "Sexkaufverbot" zu erwirken und der Zu-  
 527 gang zu Schwangerschaftsabbrüchen noch schwerer ist  
 528 als ohnehin schon. Die bessere Normalität muss also ei-  
 529 ne feministische sein! Wir müssen die Diskursfenster,  
 530 die sich während der Krise eröffnet haben, dafür nutzen,  
 531 unsere feministischen Forderungen zu radikalisieren.

532  
 533 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns aus  
 534 feministischer Perspektive konkret:

- 535 • Endlich eine **angemessene Entlohnung von Beru-**  
 536 **fen, die mehrheitlich von Frauen ausgeübt werden**  
 537 **und entsprechende Arbeitsbedingungen.**
- 538 • Die schwierigen Arbeitsbedingungen in vielen Care-  
 539 Berufen hängen häufig auch mit einer nicht aus-  
 540 reichenden Personalausstattung zusammen bezie-  
 541 hungsweise ließe sich auch sagen, dass beide Pro-  
 542 bleme sich gegenseitig bedingen. Um diese Zustän-  
 543 de aktiv anzugehen, soll es ein **staatlich subventio-**  
 544 **niertes Umschulungsprogramm für Care-Berufe** ge-  
 545 **ben, das Perspektiven für Arbeitnehmer\*innen, aber**  
 546 **auch für die Gesellschaft, die elementar auf diese**  
 547 **Branchen angewiesen ist, schafft.**
- 548 • Außerdem sind Bund, Länder und Kommunen in der  
 549 Pflicht für eine **bedarfsgerechte und kostenlose Be-**  
 550 **treuungsstruktur** zu sorgen, die auch in Krisenzei-  
 551 ten oberste Priorität hat.
- 552 • Und schließlich braucht es endlich eine **konsequent**  
 553 **feministische Sozialstaatspolitik**, die Frauen unab-  
 554 hängig von einem möglichen Partner gegen Lebens-  
 555 risiken absichert.

#### 556 557 **Perspektiven für die junge Generation**

558 Die bessere Normalität braucht auf jeden Fall ein Zu-  
 559 kunftsversprechen an die junge Generation. Die Pande-  
 560 mie hat viele junge Menschen in unterschiedlichster Art  
 561 und Weise betroffen und wir wollen auch hier unsere  
 562 Lehren für die Zukunft ziehen sowie bereits bestehende  
 563 Forderungen nochmals bekräftigen.

564  
 565 Zum einen hat sich die Landesregierung dilettantisch  
 566 verhalten, wenn es um die Unterstützung der Schulen  
 567 und Aufrechterhaltung der Bildung ging. Unzureichen-  
 568 de und sich ständig ändernde Anweisungen waren an  
 569 der Tagesordnung. Schulen wurden häufig allein gelas-  
 570 sen und es gab kaum ein Konzept, wie der Ablauf wei-  
 571 terhin garantiert werden kann. Es zeigte sich, dass ge-  
 572 rade Kinder und Jugendliche aus finanziell schwachen  
 573 Haushalten mal wieder die Leidtragenden waren. Wer  
 574 kein digitales Endgerät und eigenes Zimmer besitzt, litt  
 575 besonders unter den Umständen. Wieder einmal wurde  
 576 klar, dass der Zugang zur Bildung vom Geldbeutel ab-  
 577 hängig ist. Wir brauchen endlich **gleichberechtigte Kon-**  
 578 **zepte, um gute Bildung für alle zu ermöglichen sowie**  
 579 **eine gute, digitale Ausstattung, die gleichberechtigten**  
 580 **Zugang auch von zu Hause ermöglicht.**

581

582 Zum anderen hat auch die Bundesbildungsministerin  
 583 bewiesen, wie egal ihr Studierende sind. Die existenziellen  
 584 Ängste wurden über Monate hinweg ignoriert und  
 585 mit der schlecht organisierten Soforthilfe kam viel zu  
 586 spät ein Angebot, was durch hohe bürokratische Hürden  
 587 und mit viel zu wenig Geld keine echte Hilfe war  
 588 und junge Menschen im Studium allein gelassen hat.  
 589 Anstatt das BAföG für notleidende Studierende zugänglich  
 590 zu machen, wurden viele nun in die Schuldenfalle  
 591 geschickt. **Es hat sich wieder gezeigt, dass ein elternun-**  
 592 **abhängiges BAföG für ein gleichberechtigtes Studium**  
 593 **wichtig und existenzsichernd ist.**

594  
 595 Auch in Hinblick auf die Ausbildungen muss gehan-  
 596 delt werden, diese dürfen nicht unter der Pandemie lei-  
 597 den – weder in der Qualität noch in der Quantität. Wir  
 598 stellen uns dabei hinter die Forderungen der DGB Ju-  
 599 gend. **Entlassungen von Auszubildenden müssen ver-**  
 600 **hindert werden, die Verbundausbildung muss gestärkt**  
 601 **werden, die Lohnfortzahlung muss gewährleistet sein,**  
 602 **Abschlussprüfungen müssen stattfinden und Übernah-**  
 603 **men müssen abgesichert werden.** Außerdem muss ei-  
 604 ne Corona-Delle beim Ausbildungsstart verhindert wer-  
 605 den, es braucht daher ein **Sonderprogramm zur Aus-**  
 606 **bildungssicherung** zum Beispiel in Form eines Solidar-  
 607 fonds Ausbildung.

608  
 609 Weiterhin sind auch junge Beschäftigte besonders von  
 610 der Krise betroffen. Kettenbefristungen dürfen nach der  
 611 Krise nicht die Norm werden, unsere **Forderung, sach-**  
 612 **grundlose Befristungen abzuschaffen,** bleibt bestehen.  
 613 Es darf nicht wieder zu einer Jugendarbeitslosigkeits-  
 614 welle kommen, daher muss auch die **europäische Ju-**  
 615 **gendgarantie besser ausgestattet werden,** um wirklich  
 616 sinnvoll zu wirken.

617  
 618 **Kommunen**  
 619 Die bessere Normalität braucht starke, handlungsfähi-  
 620 ge Kommunen. In den Kommunen wird derzeit eine  
 621 wahnsinnig intensive Arbeit geleistet. Im deutschen Fö-  
 622 deralismus sind es die Kommunen, die die Maßnah-  
 623 men zum Schutz der Bevölkerung umsetzen müssen.  
 624 In den kommunalen Krisenstäben, den Ordnungsbehör-  
 625 den und erst recht in den kommunalen Krankenhäu-  
 626 sern wird ein großer Anteil zur Bewältigung der Krise  
 627 geschafft.

628  
 629 Dabei kommen finanziell schwierige Zeiten auf die  
 630 Kommunen zu: Für viele Verwaltungen sind zum Bei-  
 631 spiel Ausgaben notwendig, um in der Corona-Zeit digi-  
 632 tal arbeitsfähig zu sein. Die Digitalisierung der Verwal-  
 633 tungen kann dabei als Chance für die Zukunft gesehen  
 634 werden. Gleichzeitig droht aber durch die bevorstehen-  
 635 de Rezession ein Einbruch der Gewerbesteuern.

636  
 637 Dabei sind es gerade die Kommunen, auf die es in der  
 638 Nach-Corona-Zeit ankommen wird. Nicht nur, weil ein  
 639 Großteil der Investitionen in den Kommunen getätigt  
 640 wird. Wenn das öffentliche Leben Stück für Stück wie-

641 der hochgefahren wird, wird in den Kommunen ein neu-  
 642 es gutes Zusammenleben organisiert werden müssen.  
 643 Vorstellbar sind etwa Mikrohilfspakete, die den Fortbe-  
 644 stand von lokalen, durch den Corona- bedingten Ausfall  
 645 von Festveranstaltungen oder ähnlichem in finanzielle  
 646 Schwierigkeiten geratenen Ver- einen ermöglichen. Das  
 647 schließt auch die lokale Kunst- & Kulturszene ein. Um  
 648 ein Club-Sterben und die reihenweise Schließung von  
 649 Kulturorten zu verhindern, braucht es auch hier finenzi-  
 650 elle Unterstützung und Fördertöpfe für Kleinkunst, da-  
 651 mit in unserer besseren Normalität auch ein vielfältiges  
 652 kulturelles An- gebot bestehen bleibt. Dafür muss die  
 653 finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen schnell  
 654 hergestellt werden.

655  
 656 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns mit  
 657 Blick auf die Kommunen:

- 658 • Die Corona-Krise zeigt erneut: **Die Gesundheitsver-**  
 659 **sorgung gehört in öffentliche Hand.** Der Bund sollte  
 660 einen Topf auflegen, der es Kommunen ermöglicht,  
 661 private Krankenhäuser zu kommunalisieren.
- 662 • Viele Kommunen leiden unter der erdrückenden  
 663 Last der Altschulden. Für diese Kommunen braucht  
 664 es eine schnelle Übernahme der Altschulden durch  
 665 Bund und Länder in Form eines **Altschuldentil-**  
 666 **gungsfonds.**
- 667 • Eine schnelle grundsätzliche Reform der Kommu-  
 668 nalfinanzierung muss die Kommunen aus ihrer Ab-  
 669 hängigkeit von der Gewerbesteuer lösen. Mögliche  
 670 konkrete Maßnahmen dazu wären:
  - 671 – Eine **Heraufsetzung des kommunalen An-**  
 672 **teils bei noch zu bestimmenden Gemein-**  
 673 **schaftssteuern** zur Stärkung der Investiv-  
 674 kraft der Kommunen ist zu prüfen.
  - 675 – Unser Ziel ist eine **Harmonisierung der**  
 676 **Gewerbesteuer-Hebesätze.** Zur Erreichung  
 677 dessen ist ein Mindesthebesatz geeignet.  
 678 Dieser muss so gesetzt werden, dass er den  
 679 Landes- und Bundesschnitt effektiv anhebt.  
 680 Zur Realisierung dessen sollte eine ange-  
 681 messene Karenzzeit gewählt werden. Die  
 682 Kommunen, welche auf einen absehbaren  
 683 Zeitraum von den Änderungen betroffen  
 684 sein werden, benötigen eine Übergangszeit,  
 685 in welcher sie ihren Haushalt umstellen  
 686 können. Denkbar wäre auch eine stufen-  
 687 weise Anhebung eines Mindesthebesatzes.  
 688 Da es sich um ein bundesweites Problem  
 689 handelt, wäre ein bundesweit koordinier-  
 690 tes Vorgehen am sinnvollsten. Aufgrund  
 691 der Erfahrungen mit dem Föderalismus  
 692 und angesichts der aktuellen politischen  
 693 Konstellationen in den einzelnen Bundes-  
 694 ländern, kann dies je- doch keine Bedingung  
 695 sein.
  - 696 – Die **Finanzierung der Landschaftsverbände**  
 697 **in Nordrhein-Westfalen ist zu reformieren.**  
 698 Nordrhein-westfälische Kommunen haben  
 699 im Ländervergleich darunter zu leiden, dass

700 sie in erheblichem Maße die Kosten für die  
 701 Landschaftsverbände tragen, während sie in  
 702 anderen Bundesländern durch den Landes-  
 703 haushalt finanziert werden. Im Landschafts-  
 704 verband Westfalen-Lippe wird der Haushalt  
 705 zu zwei Dritteln aus Beiträgen (Landschafts-  
 706 umlage) der Landkreise und kreisfreien Städ-  
 707 te finanziert. Künftig sollte der kommunale  
 708 Anteil nicht über 50 Prozent liegen.

709 – **Die kommunale Selbstverwaltung ist als**  
 710 **zentrales Prinzip unseres Staatsverständnis-**  
 711 **ses zu wahren und zu fördern.** Der Ten-  
 712 denz zu auf Landes- und Bundesebene ent-  
 713 wickelten „Projektrastern“, denen sich die  
 714 Kommunen für Zuschusszahlungen zwangs-  
 715 läufig unterordnen, muss entgegengewirkt  
 716 werden. Insbesondere muss die Zuweisung  
 717 von Landes- und Bundesmitteln um auch  
 718 kommunalen Prioritäten gerecht zu wer-  
 719 den verstärkt über Schlüssel und Grundzu-  
 720 weisungen erfolgen. Trotzdem stellen sol-  
 721 che „Projektraster“ von Bund und Land ei-  
 722 nen wichtigen Gegenpol zu kommunal be-  
 723 dingten Unterschie- den bei der Erreichung  
 724 von, auch in diesem Antrag dargestellten  
 725 Zielen, wie die Förderung von Aus- und Wei-  
 726 terbildung dar. Bei ihrer Erarbeitung müssen  
 727 die Kommunen jedoch viel mehr einbezogen  
 728 werden. Es muss eine Kommunikationsstelle  
 729 zwischen Bund, Land und Kommunen gefun-  
 730 den werden, die die Kom- munen gleichwer-  
 731 tig an der Erarbeitung solcher Raster betei-  
 732 ligt.

734 **Europa reformieren – Renationalisierung verhindern**  
 735 Die bessere Normalität braucht schließlich auch ein bes-  
 736 seres Europa. Die Europäische Union spielt bei der Be-  
 737 kämpfung der Corona-Krise nur eine untergeordnete  
 738 Rolle. Die nationalen Alleingänge bei den Grenzschlie-  
 739 ßungen und die fehlende Garantie, dass der Schengen-  
 740 Raum nach Corona wieder geöffnet werden, zeigen, in  
 741 was für einer Gefahr sich die europäische Idee befindet.  
 742  
 743 Als Konsequenz aus der Krise muss die Europäische Uni-  
 744 on ihre Integration vorantreiben, auch, um eine Rena-  
 745 tionalisierung zu verhindern. Eine weitergehende Inte-  
 746 gration darf aber nicht ziellos alle Bereiche des politi-  
 747 schen Lebens betreffen, sondern muss sich auf die Be-  
 748 reiche konzentrieren, in denen jetzt ein gemeinsames  
 749 europäisches Vorgehen benötigt wird. Neben der Au-  
 750 ßenpolitik (auf die hier nicht näher eingegangen wer-  
 751 den soll) sind das die Entwicklung einer gemeinsamen  
 752 Wirtschafts- und Finanzpolitik, die soziale Absicherung,  
 753 Migrationspolitik und der Kampf gegen den Klimawan-  
 754 del.

755  
 756 Stärker aus der Krise zurückkommen heißt für uns euro-  
 757 päisch konkret:  
 758 • **Euro-Bonds** können verhindern, dass die Corona-

759 Krise die besonders schwer betroffenen Staaten  
 760 in die finanzielle Handlungsunfähigkeit treibt.  
 761 Das aktuell diskutierte Wiederaufbauprogramm,  
 762 das durch eine Kreditaufnahme über die EU-  
 763 Kommission und damit durch die regulären  
 764 Beiträge der Mitgliedsländer finanziert wird, ist  
 765 dabei ein Schritt in die richtige Richtung.

766 • Eine **weitere schnelle Reform der Eurozone** muss  
 767 gezielte Investitionen ermöglichen, um wirtschaft-  
 768 liche Ungleichgewichte ausgleichen zu können.

769 • **Maßnahmen gegen das massive Ungleichgewicht**  
 770 **der Außenhandelsbilanzen** sind gerade in der Krise  
 771 notwendig. Das heißt in erster Linie eine Stimulie-  
 772 rung der Binnennachfrage in Staaten mit hohen Ex-  
 773 portüberschüssen wie Deutschland.

774 • Die EU braucht dringend einen **Regionalewick-**  
 775 **lungsplan für Süd- und Osteuropa**. Die noch immer  
 776 unter der Eurokrise leidenden südeuropäischen und  
 777 viele osteuropäischen Staaten haben eine deut-  
 778 lich geringere ökonomische Komplexität als et-  
 779 wa Deutschland. Dieser strukturellen Ungleichheit  
 780 der Produktionsbedingungen muss gegengesteuert  
 781 werden.

782 • Die EU sollte eine **eigene Gesellschaft zur Produkti-**  
 783 **on von Wasserstoff** aufbauen.

784 • Die EU muss als Konsequenz aus den Lehren  
 785 der Corona-Krise **gemeinsame gesundheitspoliti-**  
 786 **sche Ansätze entwickeln**. Mehr Unabhängigkeit von  
 787 Lieferketten bei Medikamenten wäre etwa ein The-  
 788 ma, das sich gut gemeinsam europäisch ange-  
 789 hen lässt. Wir unterstützen den Gesetzentwurf der  
 790 S&D-Fraktion im Europäischen Parlament, voran-  
 791 getrieben von unserer Juso- Abgeordneten Delara  
 792 Burkhardt, für entwaldungsfreie Lieferketten. Da-  
 793 mit soll erreicht werden, dass nur noch Produkte auf  
 794 dem europäischen Markt landen, die nicht zur Zer-  
 795 störung von (Regen-)Wäldern, oder zur Verletzung  
 796 von Menschenrechten beigetragen haben. Das Ge-  
 797 setz fordert regelmäßige Berichte, mehr Transpa-  
 798 renz und Haftung für Unternehmen, die Wälder und  
 799 andere Biotope bei der Produktion ihrer Produkte  
 800 nicht schützen. Es ist die Pflicht der Unternehmen,  
 801 sich nicht aus der Verantwortung zu ziehen, wenn  
 802 sie in anderen Ländern Schäden anrichten und von  
 803 deren Standort profitieren. Deshalb muss auch Bun-  
 804 deswirtschaftsminister Peter Altmaier seine Blocka-  
 805 dehaltung endlich aufgeben.

806 • Auch nach Corona wird die globale Migration nicht  
 807 nachlassen. Es braucht **schnell ein unkompliziertes**  
 808 **über die Kommunen laufendes Verfahren zur Ver-**  
 809 **teilung von vor Krieg, Verfolgung und Elend flie-**  
 810 **henden Menschen**. Gerade die Verbesserung der ka-  
 811 tastrophalen Zustände in Moria sollte dabei ober-  
 812 ste Priorität genießen. Das kürzlich vorgestellte Prin-  
 813 zip der „verpflichtenden Solidarität“, das vor allem  
 814 mehr Abschottung bedeutet, lehnen wir vor diesem  
 815 Hintergrund ab.

816

817 **Fazit**

818 Die Corona-Krise hat uns in den verschiedensten Berei-  
819 chen – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich –  
820 gezeigt, dass wir nicht einfach weitermachen können  
821 wie bisher. Sie hat aber nach Jahren des Stillstands  
822 auch die enorme Handlungsfähigkeit von Politik unter  
823 Beweis gestellt. Wir können und wir als Jusos wer- den  
824 unser Zusammenleben neu gestalten. Letztlich geht  
825 es um die Frage, **wie wir eigentlich leben wollen**. Und  
826 für uns ist dabei klar, dass die neue Normalität nicht  
827 die alte sein darf. **Sorgen wir durch einen progressiven**  
828 **Politikentwurf dafür, dass sie eine bessere sein wird!**  
829

1 L-03  
2 **Antragsteller: Forum Eine Welt der NRWSPD**  
3  
4 **Der Landesparteitag möge beschließen:**  
5  
6 **Krise als Chance. Eine Welt nach Corona**  
7  
8 Noch immer hat uns das Virus fest im Griff und befindet  
9 sich die Welt im Krisenmodus.  
10  
11 Die Pandemie trifft und bedroht alle, jedoch nicht alle  
12 im gleichen Maß, die Älteren stärker als die Jungen und  
13 die sozial Schwachen heftiger als die, die über bessere  
14 Lebensbedingungen verfügen. Auch legt sie bestehen-  
15 de Schwächen und Bruchlinien dieser Einen Welt of-  
16 fen und verschärft sie. Und welches Ausmaß die ge-  
17 gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Folgen von Kurz-  
18 arbeit, geringeren Einkommen, zunehmender Arbeits-  
19 losigkeit, Insolvenzen, geschlossenen Kitas und Schulen  
20 letztlich annehmen werden, ist noch nicht abzusehen.  
21  
22 Einen einfachen oder den richtigen Weg aus der Krise  
23 gibt es nicht. Dafür ist Vieles zu neu, zu umfassend und  
24 von unvorhersehbarer Dynamik. Aber bereits vor Coro-  
25 na bestanden Lösungsansätze, die konkrete Möglichkei-  
26 ten etwa für eine Stärkung gesellschaftlicher Krisenresi-  
27 lienz, für eine gerechtere und nachhaltigere globale Ver-  
28 teilung von Wohlstand, für weniger risikoanfällige Lie-  
29 ferketten oder für den Schutz vor sozialer Benachtei-  
30 ligung durch Globalisierungsprozesse aufzeigten. Viele  
31 dieser Lösungsansätze werden vom Konzept der Nach-  
32 haltigen Entwicklung umfasst.  
33 Die Zeit ist reif, dieses Konzept aus der Nische zu ho-  
34 len und mit einem sozial-demokratischen Narrativ zu  
35 versehen. Keine andere politische Kraft verfügt über ei-  
36 nen so engen programmatischen Zugang zu den Zie-  
37 len nachhaltiger Entwicklung, wie die Sozialdemokra-  
38 tie. Dieses Potential gilt es zu nutzen!  
39  
40 Daher fordern wir:  
41  
42 **1. Nachhaltigkeit zum Leitprinzip sämtlicher Schritte**  
43 **aus der Krise machen**  
44 Das oberste Ziel sämtlicher Corona-bezogener Maßnah-

**Empfehlung der Antragskommission:**  
**Erledigt durch Annahme L-01 in Fassung der Antrags-**  
**kommission**

45 men darf keine Rückkehr zum nicht-nachhaltigen Zu-  
 46 stand vor der Krise sein. Vielmehr gilt es den politische  
 47 Handlungsdruck, der sich aus der akuten Bedrohungsla-  
 48 ge durch die Pandemie und deren Folgen ergibt, zu nut-  
 49 zen, um eine Vielzahl interdependenter, tieferliegen-  
 50 der Missstände zu beseitigen. Gleichzeitig gilt es, posi-  
 51 tive Impulse für eine sozialere, inklusivere, umweltbe-  
 52 wusstere und nachhaltiger wirtschaftende Gesellschaft  
 53 zu setzen, um die gesellschaftliche Krisenanfälligkeit zu  
 54 reduzieren. So sind etwa ökologisch und sozial nach-  
 55 haltige Strukturen und nachhaltig wirtschaftende Un-  
 56 ternehmen nachweislich weniger risikofähig. Diese  
 57 heißt es zu stärken. Die Agenda 2030 und die 17 SDGs  
 58 dienen als Richtschnur für diesen Prozess. Auf keinen  
 59 Fall dürfen soziale und ökologische Standards und Ziele  
 60 mit Hinweis auf aktuelle ökonomische Schwierigkeiten  
 61 suspendiert oder abgesenkt werden.

62

### 63 **2. Mehr soziale Gerechtigkeit schaffen**

64 Die Corona-Krise trifft all jene besonders hart, die be-  
 65 reits vor der Krise mit sozialer Benachteiligung und pre-  
 66 kären Lebensbedingungen konfrontiert waren, insbe-  
 67 sondere Solo-Selbstständige, alleinerziehende Frauen  
 68 und sozial schwache Schichten mit niedriger Schulbil-  
 69 dung und geringem Einkommen.

70 Gleichzeitig hat die Corona-Krise auch gezeigt, wie  
 71 wichtig Solidarität, Gemeinschaft und Empathie für eine  
 72 erfolgreiche Krisenbewältigung sind – regional, na-  
 73 tional und international. Die nordrhein-westfälische So-  
 74 zialdemokratie schließt sich der Forderung nach einer  
 75 „soziale Offensive“ an, um die gesellschaftliche Krisen-  
 76 resilienz zu stärken.

77

### 78 **3. Ambitionierte Ziele für Klima-, Umwelt- und Ressour-** 79 **censchutz weiter verfolgt**

80 Ehrgeizige klimapolitische Ziele und Maßnahmen, die  
 81 vor der Corona-Krise beschlossen wurden, dürfen trotz  
 82 großer Herausforderungen der Pandemiebewältigung  
 83 weder abgeschwächt noch zurückgefahren werden. Es  
 84 ist deshalb Aufgabe von Sozialdemokratinnen und So-  
 85 zialdemokraten in Verantwortung auf allen politischen  
 86 Ebenen, solchen Tendenzen entschieden entgegenzu-  
 87 wirken. Corona bedingte Ankurbelungsmaßnahmen für  
 88 die Wirtschaft müssen ökologisch und sozial nachhaltig  
 89 sein. Build back better!

90

### 91 **4. Wirtschafts- und Finanzpolitik als Hebel für die not-** 92 **wendige Transformation erkennen und nutzen**

93 Die Mehrbelastungen für Wirtschaft und öffentliche  
 94 Haushalte infolge der Corona-Krise sind gewaltig. Trotz  
 95 des daraus resultierenden Drucks ist es notwendig, Kon-  
 96 junkturprogramme und Wiederaufbaumaßnahmen als  
 97 Instrumente für einen Transformationsprozess in Rich-  
 98 tung Nachhaltige Entwicklung einzusetzen. Unser Wirt-  
 99 schaftssystem darf nicht weiter dem Dogma der Ge-  
 100 winnmaximierung folgen, sondern sollte sich an Prinzi-  
 101 pien einer Gemeinwohlökonomie ausrichten.

102

103 So ist etwa die staatliche Subventionierung von Um-

104 weltzerstörung durch eine steuerliche Bevorzugung  
 105 nachhaltiger und fairer Produkte zu ersetzen. Gleichzei-  
 106 tig müssen nachhaltige Finanzinstrumente wie Green  
 107 Bonds verstärkt eingesetzt werden. Um die Abhän-  
 108 gigkeit von wenig resilienten globalen Lieferketten in  
 109 Zukunft zu mindern, müssen strategische Wertschöp-  
 110 fungsketten für Europa definiert und die Kreislaufwirt-  
 111 schaft im Sinne einer „Circular Economy“ sowohl im eu-  
 112 ropäischen als auch im globalen Kontext gestärkt wer-  
 113 den. Eine Renationalisierung von Lieferketten ist keine  
 114 mit Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung vereinbare  
 115 Krisenprävention. Vielmehr muss in eine weitere globa-  
 116 le Diversifizierung und vorausschauende Bevorratung  
 117 vor allem von medizinischen Bedarfsgütern und Medi-  
 118 kamenten investiert werden. Nationale oder regionale  
 119 Abschottung, Desintegration von Handelsbeziehungen  
 120 und internationaler Arbeitsteilung bergen dagegen den  
 121 Keim für soziale und politische Konflikte der Zukunft.  
 122

123 **5. Vorbeugung und -sorge durch nachhaltige Entwick-**  
 124 **lung stärken**

125 Nachhaltigkeit muss nicht nur bei der Krisenbewälti-  
 126 gung eine zentrale Rolle spielen. Mangelnde Nachhal-  
 127 tigkeit ist sogar ein ursächlicher Treiber viraler Epidemien.  
 128 So fügt sich Corona in eine ganze Reihe von Epide-  
 129 mien ein – etwa neben Ebola, MERS, Spanischer Grip-  
 130 pe oder BSE – die sämtlich auf einer systematischen  
 131 Missachtung von Ökosystemen basieren. Die Gesund-  
 132 heit der Menschen und die Intaktheit von Ökosystemen  
 133 sind untrennbar miteinander verbunden.  
 134 Zentral für die Vorbeugung zukünftiger Epidemien ist  
 135 deshalb ein wirksames Nachhaltigkeitsmanagement  
 136 auf Grundlage einer Kombination von regulatorischen  
 137 und unternehmerischen Ansätzen. Unternehmen und  
 138 Behörden können etwa durch Lieferkettentransparenz  
 139 und -Management sowie durch innovative Anreize für  
 140 einen Konsum von nachhaltig hergestellten Produkten  
 141 einen zentralen Beitrag dafür leisten, die Wahrschein-  
 142 lichkeit für die Entstehung und das Ausmaß von viralen  
 143 Epidemien zu vermindern.  
 144

145 **6. Mutiger und sichtbarer für eine gerechtere Welt wer-**  
 146 **den**

147 Alle Menschen auf diesem Planeten, heutige und zu-  
 148 künftige Generationen, haben das Recht auf ein gutes  
 149 Leben. Gleichzeitig gilt es, die planetaren Grenzen zu  
 150 beachten.  
 151 Deshalb müssen wir alles daransetzen, den ökologi-  
 152 schen und sozialen Fußabdruck, den wir durch eine  
 153 ressourcenintensive und Natur und Klima schädigen-  
 154 de Produktions- und Lebensweise in der Welt verursa-  
 155 chen, zu verringern. Das richtet sich ausdrücklich auch  
 156 an die Politik in Nordrhein-Westfalen als einwohnerrei-  
 157 ches und wirtschaftlich starkes Bundesland und setzt  
 158 ein neues Verständnis von Wohlstand voraus.  
 159 Die Zusammenarbeit mit Partnerländern und -  
 160 regionen im Globalen Süden – etwa mit den NRW-  
 161 Partnerländern Ghana und Südafrika – muss ausgebaut  
 162 und vertieft werden.

163 Die wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungsmög-  
 164 lichkeiten der Partnerländer sind zu fördern, z.B. durch  
 165 faire Handelsregeln, aber auch durch Maßnahmen  
 166 zur rechtsverbindlichen Einhaltung fundamentaler  
 167 Menschen- und Arbeitnehmerrechte. NRW sollte ein  
 168 anspruchsvolles Lieferkettengesetz unterstützen.

169

#### 170 **7. Zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement** 171 **fördern**

172 Viele Kommunen haben bereits vor Jahren erkannt, dass  
 173 nachhaltige Entwicklung eine Blaupause für innovative,  
 174 zukunftsorientierte Kommunalpolitik sein kann. Bereits  
 175 vor der Krise war der finanzielle und rechtliche Spiel-  
 176 raum der Kommunen hierfür klein. Der dringend be-  
 177 nötigte kommunale Schutzschirm zur Abfederung der  
 178 Pandemie-Folgen muss deshalb zwingend kommunales  
 179 Engagement für Nachhaltige Entwicklung berücksichtigen.  
 180 Beispielsweise muss im Beschaffungswesen  
 181 Spielraum gelassen und die Fort- und Durchführung be-  
 182 reits begonnener oder beschlossener Projekte im Be-  
 183 reich der Nachhaltigkeit gesichert werden. Die Vergabe  
 184 von EU-Strukturmitteln muss darüber hinaus zukünftig  
 185 an die Existenz kommunaler Nachhaltigkeitsstrategien  
 186 geknüpft werden.

187

188 Humanitäre Organisationen leiden besonders unter der  
 189 Corona-Krise. Ihre Arbeit gilt es zu stärken, indem ih-  
 190 re Forderungen nach größerer Flexibilität beim Einsatz  
 191 und einer Erhöhung von öffentlichen Zuwendungen so-  
 192 wie einer gleichzeitigen Senkung des zu erbringenden  
 193 Eigenanteils gehört werden.

194

#### 195 **8. Ein gesamtgesellschaftlicher Diskurs ist notwendig**

196 Die Bewältigung der Corona-Krise darf sich nicht zu  
 197 einer Debatte über Generationengerechtigkeit entwi-  
 198 ckeln. Auch wenn unmittelbar vor allem ältere Gene-  
 199 rationen schutzbedürftig sind, und gleichzeitig die da-  
 200 mit verbundenen Beschränkungen und vor allem de-  
 201 ren wirtschaftliche Folgen zunächst vornehmlich jün-  
 202 gere Generationen tragen, gefährden die Langzeitfol-  
 203 gen der Krise alle Menschen gleichermaßen. Ein Dialog  
 204 über einen nachhaltigen gesamtgesellschaftlichen Weg  
 205 aus der Krise muss deshalb aktiv von der Politik beglei-  
 206 tet und mit konkreten Lösungsvorschlägen unterfüttert  
 207 werden. Die NRW-SPD wird hierzu mit geeigneten For-  
 208 maten einen zentralen Beitrag leisten.

209

#### 210 **9. Die NRWSPD wird Taktgeberin**

211 Eine Welt- und Nachhaltigkeitsthemen dürfen keine  
 212 Nebensache sein. Sie gehören ins Zentrum der SPD und  
 213 stecken in ihrer DNA. „National begrenzte Solidarität  
 214 steht im Widerspruch zur internationalistischen Tradi-  
 215 tion der Sozialdemokratie“, so Gesine Schwan in einem  
 216 kürzlich erschienenen Interview.

217 Der Landesverband Nordrhein-Westfalen will hier im  
 218 Rahmen seiner Möglichkeiten eine Vorreiterrolle ein-  
 219 nehmen und seinen proaktiven Einsatz für die Umset-  
 220 zung der Agenda 2030, für mehr Gerechtigkeit welt-  
 221 weit, für faire Handelsbedingungen, Klimaschutz und

222 weniger Rüstungsexporte künftig unter der Überschrift  
223 „Nachhaltige Entwicklung“ bündeln.  
224 In der Praxis bedeutet das, dass von der Landesebene bis  
225 zum Ortsverein globale Fragen und Entwicklungen Ge-  
226 genstand regelmäßiger Parteiarbeit sein sollen. Die Bil-  
227 dung von Eine Welt Foren, sowie die Vernetzung unter-  
228 schiedlicher anderer Untergruppierungen, die sich für  
229 Themen der nachhaltigen Entwicklung einsetzen wird  
230 gefördert. Über Parteigrenzen hinaus werden der Aus-  
231 tausch und die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftli-  
232 chen Organisationen weiter intensiviert werden.  
233 Gerade der jungen Generation ist die Sozialdemokratie  
234 ein Politikangebot schuldig, das die großen aktuellen  
235 gesellschaftlichen Diskurse aufgreift und so den Weg  
236 in eine freie, gerechte und solidarische Zukunft weist.  
237